

# spw

Heft 261

Ausgabe 4 - 2024 | 9,50 Euro

## Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Transformationskrise

Tom Krebs

Marktliberalismus und Sozialdemokratie

Sebastian Dullien

600 Milliarden Euro für die Zukunft

Jan Prieue

Deutschlands Export-Mantra

Alfred Kleinknecht

Deregulierung von Arbeitsmärkten als Innovationsbremse

Wiebke Esdar, Achim Post

Für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal!

Antje Blöcker

Angriff auf die Mitbestimmung bei Volkswagen

**ACHTUNG:**  
spw-Bezug ab dem  
**01.01.2025**  
nur noch als  
Vereinsmitglied



Claudia Walther	
Kurzum.....	4

## IN EIGENER SACHE

Verlagsmitteilung .....	5
Mitgliedserklärung .....	6

## MEINUNG

Dietmar Köster	
Verspielt die SPD ihr Ansehen als Friedenspartei? .....	7

## SCHWERPUNKT: WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IN DER TRANSFORMATIONSKRISE

Arno Brandt, Folke große Deters	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	11
Tom Krebs	
Marktliberalismus und Sozialdemokratie.....	14
Sebastian Dullien	
600 Milliarden Euro für die Zukunft .....	19
Jan Priewe	
Deutschlands Export-Mantra .....	22
Alfred Kleinknecht	
Deregulierung von Arbeitsmärkten als Innovationsbremse.....	29
Wiebke Esdar, Achim Post	
Für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal! .....	34
Antje Blöcker	
Angriff auf die Mitbestimmung bei Volkswagen.....	38

## ANALYSE & STRATEGIE

Michael R. Krätke	
Kant und Marx .....	45
Arne Heise	
Hat Europa ein Problem mit der Wettbewerbsfähigkeit? .....	51
Michael Dauderstädt	
Was haben Lambsdorffpapier, Hartzreform und das aktuelle CDU-FDP-Narrativ gemeinsam?	
Wirtschaftspolitisches déjà vu: Mit Sozialabbau aus der Krise .....	55

## REZENSIONEN

**Thilo Scholle**

Sammelrezension: Rechtstheorie im Anschluss an Marx ..... 58

**Thilo Scholle**

Rezension: Der Eurokommunismus ..... 63

## MELDUNGEN & TERMINE

**Thilo Scholle**

Für eine spw auf der Höhe der Zeit ..... 65

### Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

#### Herausgeber\*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzten), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspele (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Arno Brandt, Folke große Deters

#### Redaktion:

Arno Brandt, Ole Erdmann, Folke große Deters, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Stefan Stache

#### V.i.S.d.P.:

Ole Erdmann, redaktion@spw.de

#### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44 309 Dortmund • Tel.: 0231 - 2 02 00 11 • Fax 0231 - 2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

#### Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

#### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit vier Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Chat-GPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 960 Stück, Dezember 2024

## Kurzum von Claudia Walther



↳ Claudia Walther ist Mitherausgeberin der spw. Sie ist Co-Vorsitzende der Kölner SPD, Mitkordinatorin des Europa-Arbeitskreises der SPD Mittelrhein und ist beruflich bei der Bertelsmann Stiftung tätig zu den Themen Migration, Integration und Vielfalt in Kommunen.

Foto: © SPD/SK/MK

Am 6. November folgte dem Sieg Donald Trumps abends die Auflösung der Ampel. Wie konnte es so weit kommen, dass Donald Trump die Mehrheit in beiden Kammern erhält?

„It’s the economy, stupid!“ Dieser Wahlkampf-Slogan von Bill Clinton von 1992 bringt es auf den Punkt. Abstiegsängste, Verunsicherungen durch Krisen, Verteilungskämpfe sind das Gift, das Spaltungsprozesse vorantreibt und eine Politik der Abschottung fördert. „Make America great again“ scheint für viele der Ausweg, für den sie in Kauf nehmen, einen narzisstischen Rechtsbrecher zu wählen. Doch nur Economy allein wäre zu einfach. Frauenfeindlichkeit bzw. Machismus und Rassismus spielen hier ebenfalls eine Rolle. Noch nie war eine Frau US-Präsidentin. Für viele scheint das unvorstellbar. Erst recht eine „schwarze“ Frau war selbst für viele Amerikaner mit ausländischen Wurzeln nicht wählbar. Hinzu kommt die Angst vor Veränderungen, sei es durch Kriege, Klimawandel oder Globalisierung.

Um die Wirtschaft geht es auch beim Bruch der Ampel-Koalition. An der Schuldenbremse entscheidet sich, ob Investitionen in Infrastruktur und Transformation möglich sind. Die FDP hatte sich klar dagegen entschieden. Der dadurch bedingte Stillstand war unerträglich. Wirtschafts-Institute und Expert:innen waren sich zuletzt einig, dass 500 – 800 Milliarden Euro (bis 2030) zusätzliche öffentliche Investitionen in die Transformation erforderlich sind. Hinzu kommt noch einmal ein Vielfaches an privaten Investitionen, die durch

diese öffentlichen Investitionen angestoßen werden müssen. Hierbei geht es vor allem um die Bewältigung der Energiewende, um Digitalisierung sowie um die Sanierung der teilweise maroden Infrastruktur. Nicht zuletzt geht es um die Bahn, deren Funktionieren für die Verkehrswende unerlässlich ist. Wer für diese Transformation kein Geld in die Hand nimmt, riskiert, dass Leute noch mehr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren, dass sie Anstrengungen für Klimaschutz und Energiewende vermeiden oder ablehnen, weil es für sie zu teuer kommt und dass noch mehr Angst vor Veränderungen geschürt wird. Auch hierzulande zeigen sich Verteilungskämpfe. Sie äußern sich im schrillen öffentlichen und politischen Diskurs gegen Geflüchtete, versteckt und verpackt unter dem Namen „irreguläre Migration“. Schon Seehofer hat die „Migration als Mutter aller Probleme“ bezeichnet. Dass diese Deutung teilweise Einzug in Äußerungen aller Parteien findet, ist beschämend. Es ist das alte Sündenbockphänomen: je mehr Krise, desto stärker das Bashing gegen vermeintliche „Sündenböcke“, verkörpert in Rassismus und Antisemitismus. Die SPD braucht stattdessen ein klares Bekenntnis zu den Chancen der Migration, ob durch Fachkräftezuwanderung oder Arbeitsintegration von Geflüchteten

Kurzum: Wir brauchen keine halbherzige Politik, sondern eine „Soziale Politik für Dich“ in großem Stil! Mit einer Reform der Schuldenbremse müssen tatsächliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Erneuerbare Energien und in sozialen Zusammenhalt ermöglicht werden. Früh investieren, statt spät reparieren, das sollte unser Grundsatz sein, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken! Auch gerade für die bevorstehenden Bundestagswahlen. ■

# Verlagsmitteilung

## Mitteilung der Geschäftsführung der spw Verlag GmbH

Liebe Leser\*innen,

dies ist die letzte Mitteilung der spw-Geschäftsführung. Der Verlag wird nach 46 Jahren seine Arbeit zum Jahresende einstellen. Aber die gute Nachricht ist: Die Zeitschrift spw gibt es weiter! So hat es im Juni in Hannover die spw Gesellschaftsversammlung der GmbH mit großer Beteiligung einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen. Eine Fortführung des sehr aufwendigen Verlagsgeschäftes in Kombination mit dem arbeitsintensiven Abo-Modell ist ehrenamtlich nicht mehr abbildbar und hätte uns in die Zahlungsunfähigkeit geführt.

Ab 2025 wird die spw als Mitgliederzeitschrift des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V. erscheinen. Mitglieder des Vereins werden die spw per Post als Druckexemplar erhalten. Wir hoffen alle treten dem Verein bei. Vor der spw liegt auch ein grundlegender Umbau der Zeitschrift mit digitalen Formaten. Durch eure Vereinsmitgliedschaft könnt ihr diesen fördern und zum Erfolg beitragen.

Wir verabschieden uns nun. Stefan war seit 2014, Ecki seit 2006 und Andreas seit 1990 in der ehrenamtlichen spw-Geschäftsführung. Es waren zum Teil sehr aufregende und intensive Jahre. Aber 1978 hätte niemand gedacht, dass es den Verlag so lange gibt und die spw noch viel länger!

**Anmerkung:** Die Abos können nicht automatisch auf den Verein übertragen werden.

### *Eure Geschäftsführung*



*Andreas Bach*



*Ecki Seidel*



*Stefan Stache*

## Mitgliedserklärung

Vorname, Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft zum obigen Verein

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

### SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige den Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V. bis auf Widerruf, meinen Mitgliedsbeitrag zum jeweiligen Fälligkeitstermin durch Lastschrift von meinem nachstehenden Konto einzuziehen:

Kontonummer (IBAN): DE \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl (BIC): \_\_\_\_\_

Die Lastschrift erfolgt wie unten angegeben. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die von meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Gläubiger-Identifikationsnummer (ID) des Vereins ist: DE30ZZZ0000373558.

Mein **monatlicher Mitgliedsbeitrag** beträgt (bitte ankreuzen):

- |   |      |   |         |
|---|------|---|---------|
| <input type="checkbox"/> Mindestbeitrag     | 5 €  | <input type="checkbox"/> Förderbeitrag I      | 20 €    |
| <input type="checkbox"/> Standardbeitrag I  | 10 € | <input type="checkbox"/> Förderbeitrag II     | 30 €    |
| <input type="checkbox"/> Standardbeitrag II | 15 € | <input type="checkbox"/> Abweichender Beitrag | ..... € |

Einziehbar per Lastschrift:  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten vom Verein gemäß Datenschutzgesetzen der BRD und der EU gespeichert und verarbeitet werden.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

# Verspielt die SPD ihr Ansehen als Friedenspartei?

von Dietmar Köster



☞ Prof. Dr. Dietmar Köster, Mitglied des Landesvorstands der NRW SPD, Mitglied des europäischen Parlaments von 2014 bis 2024, davor Professor für Soziologie an der Hochschule in Dortmund.

Foto: © privat

Das SPD-Präsidium hatte sich am 12. August 2024 im Rahmen einer Videoschale entschieden, die geplante Stationierung von landgestützten US-amerikanischen Mittelstreckenraketen 2026 auf deutschem Boden zu befürworten. In einer bilateralen Erklärung hatten der US-amerikanische Präsident Biden und der deutsche Bundeskanzler Scholz vereinbart

- landgestützte Tomahawk-Marschflugkörper mit einer Reichweite von 2.500 km (Typhon)
- Standard Missile 6 (SM-6) in der Ausführung als Boden-Boden-Rakete mit einer Reichweite von 470 km („Flugabwehrrakete“) und
- die noch in der Testphase befindlichen Hyperschallraketen Dark Eagle mit einer Reichweite von 3.000 km

zu stationieren.

Etwas verklausuliert heißt es in dem Präsidiumsbeschluss, dass die SPD Verantwortung dafür übernehmen müsse, dass „kein Kind, das heute geboren wird, wieder Krieg erleben muss“ und dafür die Stationierung von „US-amerikanischen Raketen mit größerer Reichweite ein wichtiger Baustein ist“.<sup>1</sup>

Dieser Überraschungscoup der Parteispitze in der Sommerpause hatte wohl das Ziel, diese Entscheidung mehr als einen Verwaltungsakt der Bundesregierung erscheinen zu lassen, die keiner größeren öffentlichen Debatte in der Partei, im Parlament und in der Öffentlichkeit bedürfe. Mittlerweile ist aus dem Willy-Brandt-Haus angekündigt worden, dass über die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen debattiert werden sollte. Allerdings ist davon bislang wenig zu hören. Eine ernsthafte breit angelegte Debatte mit ergebnisoffenem Ausgang scheint nicht vorgesehen zu sein.

Mit diesem Beschluss berührt die SPD-Spitze die historische Kernidentität der SPD als Friedenspartei. Mit der Befürwortung, US-amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu stationieren, wird die SPD ihre Glaubwürdigkeit einbüßen, in der Tradition von Willy Brandt und seiner Losung „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ zu stehen. Oder auch von Rosa Luxemburg, die schrieb: Die SPD muss „eine unbedingte Anhängerin des Friedens und glühende Gegnerin militärischer Rüstungen“ (Luxemburg 2022:19) sein. Eine Möglichkeit, die SPD als Friedenspartei zu profilieren, wäre es gewesen, wenn der sozialdemokratische Bundeskanzler ein gegenseitiges Moratorium bei der Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa ins Gespräch gebracht hätte.

In der Zeitenwende droht die SPD eine Partei zu werden, die in der politischen Praxis stark auf Aufrüstung und Abschreckung setzt. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Stationierung von Mittelstreckenraketen befürwortet, für die Aufrüstung in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steht und die Gesellschaft „kriegstüchtig“ gemacht werden soll, wie es der sozialdemokratische Verteidigungsminister fordert. In dem Beschluss des Präsidiums gibt es wohl ein allgemeines Bekenntnis zu „wirksamer

<sup>1</sup> Kinder für die eigene politische Position zu instrumentalisieren, ist schon per se höchst fragwürdig.

Rüstungskontrolle in Europa“<sup>2</sup>. Allerdings fehlen vollkommen praktische Schritte auf dem Weg dorthin. So droht der SPD ein weiterer Glaubwürdigkeits- und in der Folge auch ein Bedeutungsverlust. Das Thema Frieden überlässt man weitgehend der rechtsextremen AfD und dem links-nationalen BSW, das mit dem Thema bei den letzten Landtagswahlen bereits erfolgreich war.

Der Bundeskanzler hat seine Entscheidung für die bilaterale Erklärung nicht in einen größeren Begründungskontext gestellt. Er behauptet, das sei aus Abschreckungsgründen gegen Russland geboten. In diesem Fall gab es nicht nur eine schwache Kommunikation, jetzt gibt es gar keine mehr und es wird einfach entschieden. Bastapolitik in Reinkultur.

Da die Stationierung der Raketen „weitreichende Folgen für die Sicherheit Europas und die globale nuklearstrategische Stabilität hat und die nuklearen Risiken der deutschen Bevölkerung“ (Neuneck 2024:1) erhöht hat, werden auch zunehmend kritische Stimmen in der SPD laut, die dem Beschluss des Präsidiums widersprechen. Zu den Kritikern zählt nicht nur der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. So haben u.a. der ehemalige Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans, Ralf Stegner, die SPD AG 60 plus und die DL21<sup>2</sup> in einem separaten sozialdemokratischen Aufruf zur Friedensdemonstration am 3. Oktober erklärt: „Wir kritisieren die einseitige Festlegung einer automatischen Stationierung neuer konventioneller (aber nuklear aufrüstbarer) bodengestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen mit kürzesten Vorwarnzeiten in Deutschland“. Weiter wird bemängelt, dass dies nicht ein gemeinsamer Beschluss der NATO ist und die Raketen nur auf deutschem Boden stationiert werden sollen. Ebenso halten die Verfasser es für problematisch, dass mit der bilateralen Erklärung nicht auch ein Verhandlungsangebot an Russland verbunden ist, um Moskau zu Rüstungsverhandlungen zu drängen.

Welche Argumente bringen die Befürworter\*innen vor? Gibt es wirklich eine Abschreckungslücke?

Zur Erinnerung: 2019 kündigten die USA mit Trump als Präsidenten den INF-Vertrag aus dem Jahr 1987, der alle bodengestützten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern verbot. Gegen diesen Vertrag soll Russland verstoßen haben, das neben einer Vielzahl an luft- und seegestützten Systemen selbst bereits landgestützte Mittelstreckenwaffen stationiert hatte. Russland bestritt, dass der genannte Marschflugkörper eine Reichweite von mehr als 500 Kilometer besitzt und damit gegen den INF-Vertrag verstößt. Präsident Putin schlug nach Auflösung des INF-Vertrags 2019 und 2020 ein neues Moratorium für landgestützte Mittelstreckenraketen vor. So einigten sich beide Seiten auf Inspektionen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beendete dieses Vorhaben (Graef, Thies, Mengelkamp 2024).

Ein weiteres Problem für die USA bestand darin, dass der INF-Vertrag China nicht einbezog. So gab es Debatten darüber, einen neuen Vertrag über Mittelstreckenraketen zu schaffen, der auch China zwingen sollte, seine landgestützten Raketen abzurüsten. Darauf ließ sich Peking nicht ein. Die amerikanische Kündigung des INF-Vertrages hatte somit vor allem auch den Grund, Mittelstreckenraketen gegen China aufstellen zu können (Gottschalk 2024).

Zudem plante die NATO, Abwehrsysteme aufzustellen, die 2016 in Rumänien in Betrieb genommen wurden. Während die NATO betonte, dass das System nicht gegen Russland gerichtet sei, sah das die russische Seite anders und kündigte wiederum Gegenmaßnahmen an, darunter Iskander-Raketen in der Exklave Kaliningrad. Im Mai 2018 wurde dann bekannt, dass Russland tatsächlich mit der dauerhaften Stationierung von Iskander-Raketen begonnen hatte.

Dennoch gibt es keine Abschreckungslücke, denn mit see- und luftgestützten Mittelstreckenwaffen besitzt die NATO schon jetzt

<sup>2</sup> Weitere Kritiker\*innen: Willy-Brandt-Kreis, Naturfreunde, AWO, DJS Die Falken, Erhard-Eppler-Kreis



ein Übergewicht an Gegenmaßnahmen gegenüber den russischen Waffensystemen. Es kommt also nicht so sehr darauf an, einzelne Waffengattungen, sondern das Gesamtkräfteverhältnis in den Blick zu nehmen. So jedenfalls Oberst a.D. Wolfgang Richter in einem Konzeptpapier der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Richter 2024).

Die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen hat für die USA strategische Bedeutung. Mit diesen Raketen kann Moskau seine atomare Zweitschlagfähigkeit gefährdet sehen. So können russische Stellungen aus Deutschland angegriffen werden, ohne dass Russland wissen kann, ob diese Raketen nuklear bestückt sind. Umgekehrt verfügt Russland nicht über die Fähigkeit, die USA mit Mittelstreckenwaffen anzugreifen. So führt die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu einer Störung des atomaren strategischen Gleichgewichts. Damit steigt das Risiko, dass die US-amerikanischen Stationierungsorte in Deutschland primäres Ziel von russischen Angriffen werden. Es ist zu bezweifeln, ob ein Präsident Trump in irgendeiner Weise bei einer zugespitzten Konfrontation des Westens gegenüber Russland die Überlebensinteressen der europäischen Bürger\*innen im Blick bei der Frage hat, ob die Mittelstreckenraketen von deutschem Boden gegen Russland eingesetzt werden sollen. Es ist unverantwortlich, einem Präsidenten Trump die Entscheidung zu überlassen, Russland mit den neuen Mittelstreckenraketen zu drohen.

Auch die Behauptung im Beschluss des SPD-Präsidiums, mit der Stationierung sei keine verschärfte Konfrontation mit Russland beabsichtigt, hält einer genaueren Betrachtung nicht Stand. Die Stationierung „verschärft somit vorbehaltlos die Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Sie trägt auch dazu bei, Moskaus Motiven für die Fortsetzung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine neue Nahrung zu geben. Denn seit langem richtet sich sein Sicherheitsinteresse darauf, die NATO auf Abstand zu halten und eine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenwaffen in seiner geographischen Nähe zu verhindern“ (ebenda, 13).

Weiter heißt es im Präsidiumsbeschluss, dass die Stationierung der Mittelstreckenraketen eine Antwort auf den russischen Angriff gegen die Ukraine sei. Auch das überzeugt nicht. In den USA wurden Vorbereitungen für die Stationierung schon 2021 getroffen.

Rolf Mützenich warnte eindringlich davor, die Gefahren einer Stationierung von Langstreckensystemen mitten in Europa zu unterschätzen (taz vom 21.07.2024). Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob unser dicht besiedeltes Land zum Ziel eines atomaren Erstschlags werden könnte. Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation aufgrund der kürzer werdenden Vorwarnzeiten ist groß. Sie beträgt mit der Stationierung von Hyperschallraketen nur noch 10 bis 15 Minuten (Mika 2024). Da ist es fast unmöglich zu einer realistischen Einschätzung zu kommen, ob es sich hier um einen Fehlalarm oder einen realen Angriff des Westens handelt und daher ein atomarer Zweitschlag auszuüben ist. Damit wird die strategische Stabilität geschwächt, denn es wird die Gefahr russischer Fehlwahrnehmungen und damit vorbeugender Fehlreaktionen erhöht. Das Risiko unbeabsichtigter militärischer Eskalation zwischen Russland und den USA steigt. Außerdem sollen die Raketen nur in Deutschland stationiert werden. Damit wird in Europa Deutschland zum alleinigen Ziel möglicher russischer – auch atomarer – Gegenschläge.

Die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen wird auch weitreichende Auswirkungen auf das Wettrüsten haben. So gibt es mit dem Auslaufen des START-Vertrags 2026 keine verbindlichen Begrenzungen für strategische Nuklearwaffen mehr. Dies öffnet die Tore für ein neues atomares Wettrüsten und verschärft die globale Instabilität.

Die Stationierung der Mittelstreckenraketen muss verhindert werden. Es ist nun Aufgabe, innerhalb der SPD dafür die richtigen Beschlüsse zu fassen. Dem Beschluss des SPD-Präsidiums muss widersprochen werden. Es geht auch um das friedenspolitische Profil der SPD. ■

## Quellen:

Gottschalk, Arno (2024): Iskander in Kaliningrad. Zur Vorgeschichte eines fragwürdigen Arguments. <https://www.erhard-eppler-kreis.de/wp-content/uploads/go-x/u/de0265a0-d65b-464e-9b2b-7e50d3e38755/Artikel-ueber-Iskander-in-Kaliningrad.pdf>

Graef, Alexander/Thies, Tim/Mengelkamp, Lukas (2024): Alles nur Routine? [https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20240716&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter) (17.7.2024)

Luxemburg, Rosa (2022, 2. Auflage, Erstveröffentlichung 1911.): Friedensutopien und Hundepolitik. Stuttgart: Reclam Verlag.

Mika, Bascha (2024): „Es geht um konventionelle Waffen zur Abschreckung“

US-Raketen in Deutschland: Der Politologe Ulrich Menzel spricht über die geplante Stationierung und Parallelen zur Nachrüstungsdebatte der 80er Jahre. In: FR vom 11.08.2024

Neuneck, Götz (2024): Erklärung der VDW-Studiengruppe „Frieden und Europäische Sicherheit zur Stationierung von konventionellen „Long-Range Fire Deployments“ in Deutschland. 19. August 2024

<https://vdw-ev.de/wp-content/uploads/2024/08/ErklaerungVDWStudiengruppeRuestung.pdf> (08.10.2024)

Richter, Wolfgang (2024): Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. FES-Studie: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf> (14.08.2024)

Rolf Mützenich ist nicht begeistert. In: taz vom 21.07.2024: <https://taz.de/Stationierung-von-Mittelstreckenwaffen/!6024780/> (12.08.2024)

# Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Transformationskrise

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt und Folke große Deters<sup>1</sup>



Die im Jahr 2021 gestartete Ampel-Koalition, die mit dem Anspruch angetreten war, die sozial-ökologische Transformation voranzu-

treiben, ist inzwischen Geschichte. Die langanhaltenden Konflikte um die finanzpolitischen Spielräume einer um ihre eigene Handlungsfähigkeit ringenden Regierung waren bereits seit Monaten ein Vorzeichen für den bevorstehenden Zerfall der Dreierkoalition. Der grundlegende Widerspruch zwischen marktliberalen und sozialdemokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen erwies sich letztlich als unüberbrückbar. Die Illusion, diese Gegensätze in einer sogenannten „Fortschrittskoalition“

<sup>1</sup> Dr. Arno Brandt ist Ökonom (Schwerpunkte: Regional- und Innovationsökonomie sowie Strukturpolitik) und lebt in Lüneburg. Von 1990 - 2012 war er als Bankdirektor in der NORD/LB tätig. In Hannover ist er Vorsitzender des „Forums für Politik und Kultur e.V.“ und Mitglied des Koordinierungskreises der Keynes Gesellschaft Regionalgruppe Nord. Außerdem ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des SPD-Wirtschaftsforums und Mitglied der spw-Redaktion.

Folke große Deters ist Mitglied der spw-Redaktion, Vorsitzender der ASJ NRW und lebt in Bornheim-Hersel.

zu versöhnen, scheiterte vor allem, als die finanzpolitischen Ressourcen knapper wurden. Je enger die finanzwirtschaftlichen Spielräume wurden, umso stärker gerieten die Modelle in Widerspruch zueinander und führten schlussendlich zum Zerfall der Ampel.

Spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 stießen die notwendigen Investitionen für eine erfolgreiche Transformation an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit. Besonders die FDP bestand kompromisslos auf der Einhaltung einer Finanzpolitik nach ihren ordnungspolitischen Vorstellungen und verteidigte den heiligen Gral der Schuldenbremse mit Zähnen und Klauen. Schätzungen zufolge werden in den kommenden zehn Jahren Investitionen in Höhe von bis zu 600 Milliarden Euro benötigt, um den Kapitalstock umfassend zu modernisieren und das Ziel der Netto-Null-Emissionen bis 2045 zu erreichen. Ohne eine Reform der Schuldenbremse erscheint die Mobilisierung eines solchen Investitionsvolumens völlig unrealistisch.

Gleichzeitig belasten die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Finanzierung der Ukraine-Hilfen die öffentlichen Haushalte zusätzlich.

Der Zerfall der Koalition hinterlässt die Erkenntnis, dass mit der FDP kein fortschrittlicher Staat zu machen ist. Der Preis dafür ist hoch: Das Projekt der sozial-ökologischen Transformation hat erheblichen Schaden genommen und die Unterstützung in der breiten Bevölkerung für die notwendigen Veränderungsprozesse ist nahezu erodiert. Statt klimapolitischer Fortschritte dominiert eine neoliberale Standortdebatte die öffentliche Diskussion, die an den tatsächlichen strukturellen Problemen des deutschen Wirtschaftsmodells vorbeigeht. Die politische Ökonomie der Zeitenwende erfordert progressive Strukturereformen, die das deutsche Wirtschaftsmodell neu ausrichten und den Kapitalstock modernisieren. Ein Rückgriff auf neoliberale Lösungsansätze ist hingegen keine tragfähige Option (vgl. Tom Krebs). Dabei muss das Ziel von Netto-Null-Emissionen in Einklang mit

den Lebensrealitäten der arbeitenden Bevölkerung gebracht werden – industriepolitische Interventionen und sozialpolitische Flankierungen sind unverzichtbar.

Die Schwächen des deutschen Wirtschaftsmodells werden genau in dem Moment deutlich, in dem ein Pfadwechsel hin zur sozial-ökologischen Transformation notwendig wäre. Doch ob nach der nächsten Bundestagswahl eine politische Allianz entsteht, die Nachhaltigkeit, Resilienz und Souveränität auf nationaler, europäischer und globaler Ebene fördert, bleibt fraglich. Ein nüchterner Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse lässt eher eine Fortsetzung der Blockadepolitik befürchten.

Auch auf europäischer Ebene gerät die Transformation zunehmend ins Stocken. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament haben die Dynamik des Green Deals erheblich verlangsamt und Fragen der wirtschaftlichen Prosperität stärker in den Fokus gerückt. Gleichzeitig verschärfen geopolitische Umbrüche, weltwirtschaftliche Krisen und politische Machtverschiebungen – etwa durch den Wahlsieg Donald Trumps – die Herausforderungen. Das deutsche Wirtschaftsmodell wird dabei auch die Entwicklung des europäischen Modells maßgeblich beeinflussen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion zentral, insbesondere für die SPD, deren jüngst verabschiedetes Strategiepapier lediglich eine Zwischenetappe auf dem Weg zu einer konsistenten wirtschaftspolitischen Ausrichtung darstellen kann.

Auf einer Tagung am 14. September 2024 in Hannover, die unter anderem von der spw organisiert wurde, wurden wirtschafts- und finanzpolitische Perspektiven im Kontext der aktuellen Transformations- und Wirtschaftskrise erörtert. Die Beiträge der Referenten dieser Tagung sind in diesem Heft zusammengefasst. Ergänzend analysieren Wiebke Esdar und Achim Post die haushaltspolitische Strategie der SPD-Bundestagsfraktion, während ein weiterer Artikel der Automotive-Expertin Antje Blöcker die derzeitige Krise des VW-Konzerns beleuchtet.

### Zusammenfassungen der Beiträge:

- **Tom Krebs** analysiert das Scheitern der Ampel-Koalition als Resultat der FDP-Dominanz. Die Blockadehaltung der FDP führte unweigerlich zum Zerfall der Regierung, da Marktliberalismus und Sozialdemokratie miteinander unvereinbare Modelle vertreten. Krebs kritisiert zudem die zunehmende Annäherung der SPD an wirtschaftsliberale Positionen und fordert eine Rückkehr zu sozialdemokratischen Prinzipien.
- **Sebastian Dullien** fasst in einem Interview die Ergebnisse einer Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zusammen. Diese schätzen den zusätzlichen Investitionsbedarf in Deutschland für die nächsten zehn Jahre auf 600 Milliarden Euro, um Infrastrukturdefizite zu beheben und die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben.
- **Jan Priewe** hinterfragt die langfristige Tragfähigkeit der exportorientierten Ausrichtung des deutschen Wirtschaftsmodells. Er argumentiert für eine stärkere Diversifikation hin zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft.
- **Alfred Kleinknecht** analysiert die Auswirkungen von Arbeitsmarktderegulierungen auf Produktivitätswachstum und Innovationsfähigkeit. Er zeigt, dass angebotsorientierte Reformen langfristig kontraproduktiv sind und fordert einen Paradigmenwechsel hin zu produktivitätsgetriebenem Wachstum sowie staatlich gelenkten Investitionen.
- **Wiebke Esdar und Achim Post**, beide Bundestagsabgeordnete der SPD, skizzieren in ihrem Beitrag die haushaltspolitischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um den Investitionsstau in Deutschland zu überwinden. Neben der Reform der Schuldenregel schlagen sie die Einrichtung eines Staatsfonds („Deutschlandfonds“) vor, der institutionellen und privaten Investoren die Beteiligung an Zukunftsinvestitionen ermöglicht.
- Die Automotive-Expertin **Antje Blöcker** beleuchtet die aktuelle Krise bei Volkswagen (VW) und die Auswirkungen auf die Mitbestimmungskultur im Unternehmen. Die Automobilindustrie kämpft mit Überkapazitäten, dem Wandel zu Elektromobilität und Digitalisierung sowie geopolitischen Spannungen. In dieser Konstellation hat VW erstmals den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung gekündigt und Restrukturierungspläne mit umfassenden Werksschließungen und Einsparungen bei Gehältern angekündigt. Die Krise erfordert nach Blöcker eine grundlegende Transformation in der Automobilindustrie – technologisch, sozial und ökologisch. Die Mitbestimmungskultur bei VW steht vor großen Herausforderungen, aber eine demokratische und soziale Wende ist möglich. ■

# Marktliberalismus und Sozialdemokratie

von Tom Krebs



↳ **Tom Krebs** ist Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Er ist Mitglied der Mindestlohnkommission und war der erste Gastprofessor am Bundesfinanzministerium. In der Vergangenheit forschte Krebs an verschiedenen US-Universitäten und arbeitete als Berater für den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die amerikanische Zentralbank in Minneapolis.

Foto: © privat

Am 6. November 2024 ist ein großes gesellschaftspolitisches Experiment nach 40 Jahren Versuchsphase endgültig gescheitert. In den USA hat die demokratische Kandidatin Kamala Harris gegen den neo-faschistischen Hochstapler Donald J. Trump die Präsidentschaftswahl verloren, weil sie in den letzten Wochen des Wahlkampfes Milliardäre wie Mark Cuban und republikanische Politikerinnen wie Liz Cheney umgarnte, um eine imaginäre „Mitte“ der Gesellschaft für sich zu gewinnen. Und in Deutschland ist nach zwei Jahren Streit und Blockade eine Ampelregierung beendet worden, weil sie vergeblich versucht hat, Sozialdemokratie und Marktliberalismus miteinander zu versöhnen.

Diese Ereignisse sind kein Zufall, sondern das Ergebnis eines grundsätzlichen Widerspruchs, der sich nicht schadlos auflösen lässt. Sozialdemokratie und Marktliberalismus sind zwei gegensätzliche Gesellschaftsentwürfe, und der Marktliberalismus ist gefräßig. Er ist ein Monotheismus, der keinen Gott neben dem heiligen Markt duldet, auch wenn er gelegentlich Bündnisse mit neofaschistischen Autokraten akzeptiert. So war es nur konsequent, dass Christian Lindner sich nicht damit begnügte, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ampelregierung in eine FDP-Politik mit rot-grünen Tupfern zu verwandeln, wie es bereits in den letzten anderthalb Jahren geschehen war. Nein, Christian Lindner woll-

te mehr – FDP-pur sozusagen. Es spricht für Olaf Scholz, dass er – anders als Robert Habeck – bereit war, die Reißleine zu ziehen, und mit der Entlassung von Christian Lindner den Spuk beendete.

In meinem aktuellen Buch „Fehldiagnose“ zeige ich, wie stark die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ampelregierung seit dem Frühjahr 2023 von den marktliberalen Ideen der FDP geprägt war. Dabei gehe ich ausführlich auf die unrühmliche Rolle der Mainstream-Ökonom:innen ein, die mit ihren marktradikalen Konzepten und Fehlanalysen zahlreiche politische Fehlentscheidungen zu verantworten haben. Schließlich skizziere ich im letzten Teil des Buchs die wesentlichen Elemente einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die prinzipiell geeignet ist, linke politische Mehrheiten zu schaffen. Im Folgenden fasse ich die wesentlichen Thesen und Ergebnisse des Buchs zusammen.

## Fehldiagnosen und ihre Folgen

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine gab es vier ökonomische Fehldiagnosen und entsprechende politische Fehlentscheidungen, die letztlich zu der aktuellen Wirtschaftskrise beigetragen haben. Diese Fehldiagnosen und Fehlentscheidungen können alle auf die marktliberalen Tendenzen in der Ampelregierung zurückgeführt werden. Anders gesagt: Marktliberalismus als wirtschaftspolitische Agenda funktioniert nur in der Märchenwelt der Ökonom:innen, und als die marktliberale Politik der Ampelregierung auf die ökonomische Realität prallte, hatte dies desaströse Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft.

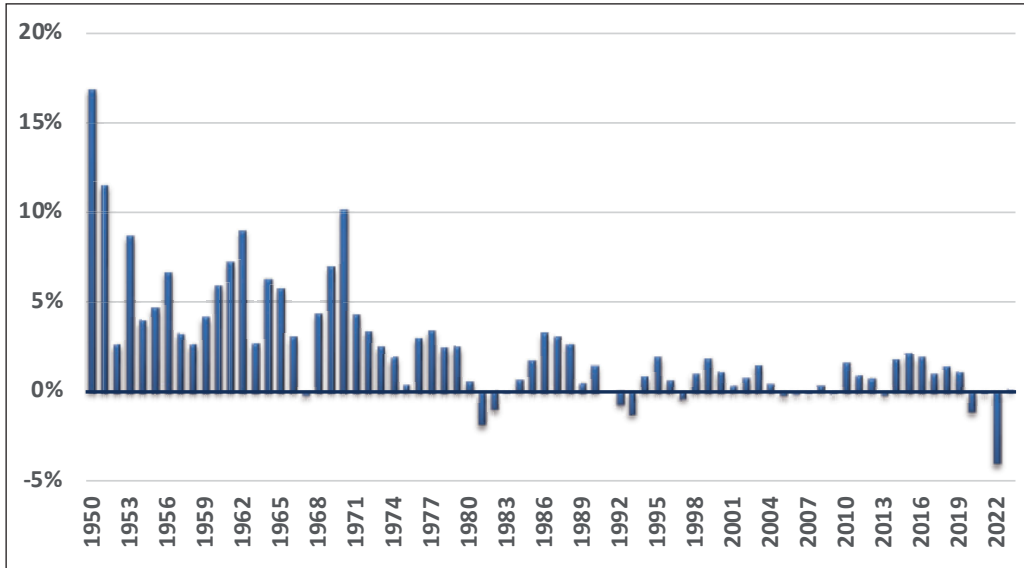
Erstens lehnen die meisten Ökonom:innen und die FDP Energiepreislösungen grundsätzlich ab, weil sie fälschlicherweise glauben, dass auch in Krisenzeiten die Preissignale voll wirken müssten – der Markt hat angeblich immer recht. Diese Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen in das Preissystem führte dazu, dass

die Ampelregierung zu lange mit der Einführung der Gas- und Strompreisbremse zögerte und die AfD im Sommer/Herbst 2022 stark an Zustimmung gewinnen konnte. Darüber hinaus gab es für gewerbliche Energieverbraucher nur eine unwirksame Pseudo-Preisbremse. Die Industrie war also dem Energiekostenschock schutzlos ausgeliefert, und die Produk-

tion und Investitionen wurden entsprechend runtergefahren.

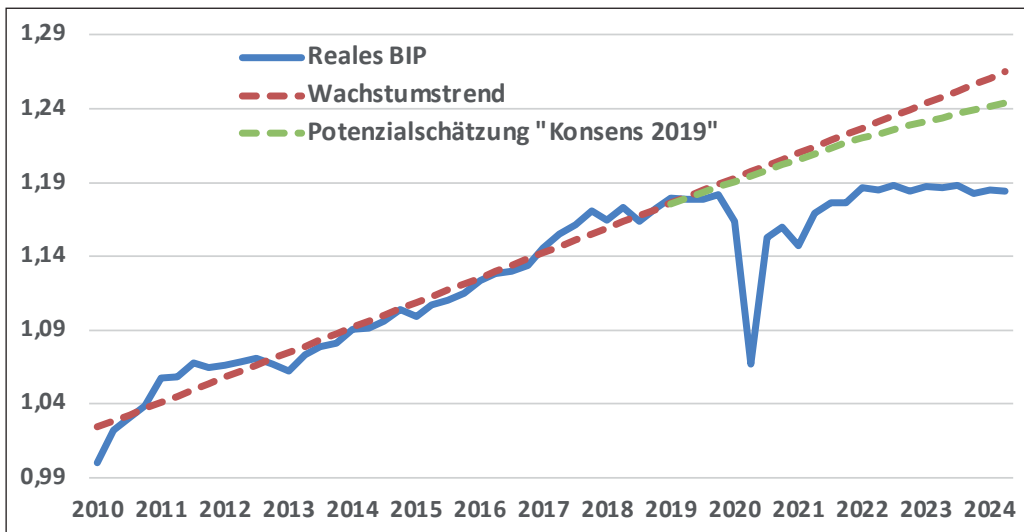
Zweitens hat die Mehrzahl der Ökonom:innen die Folgen der Energiekrise fahrlässig unterschätzt, weil sie in einer marktliberalen Märchenwelt leben, in der sich Menschen und Unternehmen schnell und problem-

Abbildung 1. Veränderung der Reallöhne



Quelle: Krebs (2024)

Abbildung 2. Wirtschaftswachstum



Quelle: Krebs (2024)

los an hohe Energiepreise anpassen können. Dieses verzerrte Weltbild führte dazu, dass große Teile der Ökonomenzunft zusammen mit der Ampelregierung die Krise bereits im Frühjahr 2023 für beendet erklärte. Doch die Lebensrealität der Menschen sah anders aus. Die Beschäftigten mussten 2022 die höchsten Reallohnverluste der deutschen Nachkriegsgeschichte hinnehmen. Zudem hatte die Energiekrise die deutsche Wirtschaft schwer getroffen, und Ende 2023 lag die gesamtwirtschaftliche Produktion rund sieben Prozent unter dem Vorkrisentrend. Die obigen zwei Grafiken stellen diese beiden Aspekte der ökonomischen Realität dar.

Die Grafiken 1 und 2 widersprechen der These der „milden Krise“ und erklären die große Verunsicherung in der Gesellschaft. Die Energiekrise war die größte Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte, vergleichbar nur mit der Erfahrung der ostdeutschen Bundesländer gleich nach der Wiedervereinigung. Wer das leugnet, redet an der Lebensrealität der Menschen vorbei. Die Diskrepanz zwischen ökonomischer Realität und den Äußerungen von Regierungsvertretern im Jahr 2023 erzeugte Unmut in der Bevölkerung und gab der AfD weiteren Auftrieb. Zudem konnte Christian Lindner im Frühjahr 2023 eine „Normalisierung“ der Finanzpolitik ausrufen, weil die Krise angeblich vorbei war – ohne Krise keine Krisenpolitik. Die restriktive Finanzpolitik der Ampelregierung hatte zur Folge, dass 2023 und 2024 keine nennenswerten wirtschaftspolitischen Impulse gesetzt werden konnten und die wirtschaftliche Erholung ausblieb.

Drittens sind marktliberale Ökonom:innen und die FDP aus ideologischen Gründen gegen eine grüne Industriepolitik nach US-amerikanischem Vorbild. Denn sie glauben, dass ein hinreichend hoher CO<sub>2</sub>-Preis in Kombination mit magischen Marktkräften ausreichen würde, um die notwendige Transformation der Industrie erfolgreich zu gestalten. Doch die ökonomische Realität sieht anders aus: Ohne eine durchdachte Förderpolitik zieht die Industrie ins Ausland und die deutsche Wirtschaft leidet. Das wissen auch Bundeskanzler

Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck, und deshalb unterstützen sie – gegen die Widerstände vieler Ökonom:innen und der FDP – eine grüne Industriepolitik. Doch die Industriepolitik der Ampelregierung war häufig planlos und widersprüchlich, weil das übergreifende ökonomische Konzept fehlte und vieles Stückwerk blieb. Das zeigt, dass schlechte bzw. marktliberale wirtschaftspolitische Beratung – Industriepolitik nur mit „Bauchschmerzen“ – oft zu einer schlechten Wirtschaftspolitik führt – Industriepolitik ohne kohärenten Plan.

Viertens sind die meisten Ökonom:innen und große Teile der Politik nicht gewillt, sich ernsthaft mit den Aufgaben und Wirkungsweisen von Gewerkschaften und Mindestlöhnen auseinanderzusetzen. Gewerkschaften sind keine Lobby-Gruppe für Spezialinteressen und der Mindestlohn ist vornehmlich kein Instrument der Sozialpolitik, wie es häufig in der öffentlichen Debatte behauptet wird. Gewerkschaften und Mindestlohn sind essentielle Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausgleich asymmetrischer Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Sie sorgen dafür, dass die vielen abhängig Beschäftigten – die große Mehrheit der Gesellschaft – einen angemessenen Anteil am produzierten Mehrwert erhalten. Die Stärkung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innenseite ist nicht nur zentral für eine gerechte Verteilung der Markteinkommen, sondern sie steigert langfristig auch die Produktivität und das Wirtschaftswachstum. Anders gesagt: Die Produktivitätspeitsche wirkt! Doch die Mehrzahl der Ökonom:innen können oder wollen dies nicht sehen, weil Macht in ihrer marktliberalen Fantasiewelt nicht vorkommt. Diese ideologisch motivierte Realitätsverweigerung der Ökonomenzunft und der marktliberalen FDP führte in der aktuellen Legislaturperiode dazu, dass keine nennenswerten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden konnten.

### Der Weg aus der Misere

Die Mehrzahl der Ökonom:innen hat die Energiekrise falsch diagnostiziert und sie liegen auch jetzt wieder falsch, wenn sie ver-



suchen, die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage hauptsächlich mit dem Alter und der Faulheit der Beschäftigten zu erklären. Es sind Fehldiagnosen, die leider von Teilen der Medien unkritisch übernommen wurden. Der Weg aus der gegenwärtigen Misere erfordert eine ehrliche Auseinandersetzung mit solchen Fehlanalysen und den damit verbundenen politischen Fehlentscheidungen. Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse ist nicht Selbstzweck, sondern der erste Schritt in eine bessere Zukunft.

Deutschland braucht einen neuen politischen Ansatz, der die Sorgen der Menschen ernst nimmt und gleichzeitig eine positive Zukunftsvision bietet. Dazu muss die Politik die fiktive Welt der selbstregulierenden Märkte hinter sich lassen und das alte Marktdogma durch eine realistische Theorie von Wirtschaft und Gesellschaft ersetzen. In dieser neuen Theorie spielen Unsicherheit (John Maynard Keynes), Anpassungskosten (Karl Polanyi) und Marktmacht (Karl Marx) eine zentrale Rolle. Das Ergebnis eines solchen Paradigmenwechsels ist eine Politik, die ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rückt. Dieser Ansatz steht im krassen Widerspruch zum marktliberalen Fundamentalismus mit seinen realitätsfremden Annahmen und gefährlichen Schlussfolgerungen, wie er immer noch die öffentlichen Debatten und große Teile der Politik dominiert.

Ganz konkret muss sich die neue Bundesregierung auf einige wichtige Maßnahmen konzentrieren, und diese konsequent und ohne Rücksicht auf die üblichen Nebelkerzen umsetzen. Eine solche Maßnahme ist eine Strompreisgarantie bzw. eine Strompreisbremse bis mindestens 2030 für alle privaten Haushalte und Unternehmen – nicht nur für die energieintensive Industrie. Zudem erfordert die ökonomische Vernunft massive öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, einen großvolumigen Investitionsbooster für den Mittelstand und eine stringente Industriepolitik. Einen konkreten Plan dafür skizziere ich in meinem Buch. Der Mindestlohn sollte bis 2026 auf 15 Euro erhöht und das Mindestlohngesetz verbessert werden. Schließlich muss ein

effektives Bundestariftreuegesetz kommen und staatliche Investitionszuschüsse sollten an die Lohnzahlung gekoppelt werden, damit die Löhne steigen und die abhängig Beschäftigten einen fairen Anteil an dem produzierten Mehrwert erhalten. Ein solcher Fair New Deal würde den Wirtschaftsstandort und die soziale Gerechtigkeit stärken – und wahrscheinlich auch der AfD ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen.

## Der Marktliberalismus kommt durch die Hintertür

Der hier skizzierte Plan, den ich im Buch ausführlich beschreibe, ähnelt stark den Vorschlägen im wirtschaftspolitischen Strategiepapier, das der SPD-Parteivorstand kürzlich beschlossen hat (SPD, 2024). Das zeigt: Die SPD scheint sich langsam wieder an ihre sozialdemokratischen Wurzeln zu erinnern. Doch der Teufel steckt – wie so oft – im Detail. Ein zweiter Blick auf das Strategiepapier zeigt, dass marktliberale Konzepte über die Hintertür ihren Weg in das SPD-Papier gefunden haben. Die folgenden drei Beispiele stehen stellvertretend für die grundsätzliche Problematik, in einer marktliberalen Welt eine konsequent sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu formulieren.

Das Strategiepapier verspricht zurecht: „Wir werden verlässlich und dauerhaft verhindern, dass die Netzentgelte für Unternehmen und Privathaushalte weiter steigen und damit Planungssicherheit für Unternehmen schaffen.“ Eine Strompreisgarantie für alle Privathaushalte und Unternehmen ist der ökonomisch vernünftige und sozial gerechte Weg, dieses Versprechen einzulösen. Diese Garantie ist die einzige Möglichkeit, um die hohe Unsicherheit hinsichtlich zukünftiger Netzentgelte effektiv zu reduzieren und verspieltes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Anders gesagt: Die Strompreisgarantie ist die staatliche Versicherung gegen ein Risiko, dass die Politik selbst geschaffen hat. Doch die Mehrzahl der Ökonom:innen und große Teile der Medien sehen in dieser Maßnahme den ersten Schritt in die sozialistische Mangelwirtschaft. Womit sich die Frage stellt: Ist die SPD in der Lage, eine wirtschaft-

lich vernünftige und extrem populäre Strompreisgarantie in ihr Programm aufzunehmen? Oder werden die marktliberalen Bedenken-träger:innen letztlich die Oberhand behalten?

Der Erhalt und die Ausweitung der öffentlichen Infrastruktur ist aktuell eines der drängendsten Probleme in Deutschland. Im SPD-Papier heißt es richtigerweise: „Deutschlands Infrastruktur braucht ein Update“. Es ist eine zutiefst sozialdemokratische Idee, dass der Staat für eine qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Infrastruktur sorgt. Umso überraschender ist es, dass im Strategiepapier des SPD-Parteivorstands indirekt die Teilprivatisierung dieser öffentlichen Aufgabe gefordert wird: „Darüber hinaus werben wir für die Einrichtung eines Deutschlandfonds, um privates und öffentliches Kapital für Zukunfts-investitionen zu mobilisieren.“ In der Praxis bedeutet diese Vermischung, dass private Investmentfonds wie BlackRock und Union Investment eine risikofreie Rendite von acht bis zehn Prozent erhalten, obwohl die Finanzierungskosten des Bundes derzeit bei knapp über zwei Prozent liegen. Anders gesagt: Privates Kapital bereichert sich auf Kosten der vielen hart arbeitenden Menschen in Deutschland, die letztlich die Zeche zahlen müssen – entweder über höhere Netzentgelte oder über höhere Bundeszuschüsse. Der ökonomisch sinnlose und politisch gefährliche Ausverkauf der öffentlichen Infrastruktur kann nicht Teil des Programms einer sozialdemokratischen Partei sein.

Schließlich ist auch der Mindestlohn ein Thema im SPD-Vorstandsbeschluss. Dazu heißt es „Wir sind dafür, dass der Mindestlohn zügig und schrittweise auf 15 Euro steigt“. Diese Forderung ist richtig, aber sie wäre glaubwürdiger, wenn nicht die SPD-geführte Ampelregierung eine Mini-Erhöhung des Mindestlohns von 12 Euro auf 12,41 Euro im Jahr 2023 beschlossen hätte. Damals haben Bundeskanzler und Arbeitsminister den Vorschlag der Mindestlohnkommission, der gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter:innen in der Kommission zustande kam, klaglos angenommen und umgesetzt. Die Millionen Beschäftigten im Niedriglohnsektor

hätten es der SPD sicherlich gedankt, wenn sie mehr Mut bewiesen und den arbeitnehmer:innenfeindlichen Vorschlag der Kommissions-Mehrheit abgelehnt hätten. Nun ist das Vertrauen verspielt, und ein Bundestagswahlkampf „SPD fordert 15 Euro Mindestlohn“ wird kaum die erhoffte Wirkung entfalten. Nach dem 2023 erlebten Fiasko braucht es eine Reform des Mindestlohngesetzes, um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ein konkreter Vorschlag für eine solche Reform wird in meinem aktuellen Buch diskutiert.

### Der Blick nach vorn

Deutschland steht vor einer Herkulesaufgabe, die sich nicht mit einer Politik der kleinen Schritte bewältigen lässt. Der Staat muss mutig sein und die Grundlage für eine Wirtschaftswende schaffen, indem er die Richtung vorgibt und die Beschäftigten und Unternehmen im Transformationsprozess aktiv unterstützt. Die SPD kann dabei eine zentrale Rolle spielen, indem sie versucht, linke politische Mehrheiten zu schaffen, um dann sozialdemokratische Wirtschafts- und Klimapolitik zu betreiben. Doch dies wird nur gelingen, wenn sie sich konsequent zu ihren sozialdemokratischen Prinzipien bekennt und sich vom gängigen Marktliberalismus verabschiedet. Der Versuch, eine SPD mit Anschlussfähigkeit zum Marktliberalismus und zu einer imaginären „Mitte“ zu schaffen, ist zum Scheitern verurteilt und wird die SPD als sozialdemokratische Kraft langfristig schwächen. Die große Mehrheit der Bevölkerung möchte keine sozialdemokratische Version des Wirtschaftsliberalismus, sondern die Menschen sehnen sich nach einer Politik der ökonomischen Vernunft und sozialen Gerechtigkeit – sie wollen sozialdemokratischen Populismus.

SPD (2024) Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 13./14.10.2024: „Wir kämpfen für Deutschlands Zukunft: Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze sichern, Beschäftigte entlasten“

Krebs (2024): „Fehldiagnose: Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten“. <https://westendverlag.de/Fehldiagnose/2160> ■

# 600 Milliarden Euro für die Zukunft

Interview mit Sebastian Dullien



☞ Prof. Dr. Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung

Foto: © Peter Himself

**spw:** Das IMK hat vor fünf Jahren schon einmal eine Studie zu den öffentlichen Investitionsbedarfen in Deutschland veröffentlicht. Was hat sich seither verändert?

Sebastian Dullien: Das IMK hat 2019 gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft eine Studie zu diesem Thema veröffentlicht. Damals haben wir mit unserer Studie, die eine sehr starke Resonanz fand, den Versuch unternommen, die aufgelaufenen Investitionsrückstände zu erfassen. Wir sind seinerzeit für einen Zeitraum von zehn Jahren auf eine Summe von rund 460 Milliarden Euro gekommen. Und diese Berechnung haben wir jetzt wiederholt, weil sich die Welt seit 2019 weitergedreht hat und sich die Dinge z.B. durch den Ukrainekrieg und die zwischenzeitliche Inflation verändert haben. Und dabei hat sich gezeigt, dass die Bedarfe und Erfordernisse sich nochmal erhöht haben. Wir kommen heute auf einen öffentlichen Investitionsbedarf von 600 Milliarden Euro.

**spw:** Worum geht es denn genau bei den öffentlichen Investitionsbedarfen?

S.D.: Wir haben definiert, was der Staat für Investitionen zusätzlich über die aktuelle mittelfristige Finanzplanung hinaus ausgeben muss. Es geht einerseits um die Infrastrukturen, die wieder auf Vordermann zu bringen sind, also die zerfallenen Brücken, die maroden Schienensysteme. Es geht aber auch um die energetische Modernisierung von Gebäuden, um die Klimaziele zu erreichen oder um

die Schaffung von Kita- und Ganztagschulplätzen, weil sich im Bildungsbereich in dieser Hinsicht erhebliche Bedarfe aufgestaut haben.

**spw:** Heißt das, dass bei Fortschreibung der gegenwärtigen Haushaltsplanungen schon jetzt klar ist, dass für die nächsten zehn Jahre im Grunde zu wenig Geld zur Verfügung steht?

S.D.: Ja, denn man weiß ja, was heute die öffentliche Hand investiert bzw. an öffentlichen Investitionen plant. Es gibt für Bund und Länder eine mittelfristige Finanzplanung, aus der zu entnehmen ist, was für die nähere Zukunft an Investitionsmitteln zur Verfügung gestellt werden soll. Wenn man davon ausgeht, dass diese Planung so fortgeschrieben wird, dann sieht man, dass die Mittel bei weitem nicht ausreichen werden. Auf diese Lücke bezieht sich unsere Berechnung.

**spw:** Was ist denn das wichtigste Investitionsfeld aus deiner Sicht?

S.D.: Ich denke nicht, dass es nur ein wichtiges Feld gibt. Es handelt sich um verschiedene Dimensionen der Transformation. Man kann nicht sagen, dass gegenwärtig die energetische Gebäudesanierung wichtiger ist als der ÖPNV. Wir brauchen beides. Und diese Investitionsprojekte kann man auch nicht gegen den Ausbau von Ganztagschulen oder den öffentlichen Wohnungsbau ausspielen. In unserer Studie haben wir den Versuch unternommen, vor allem die Investitionsbedarfe zu erfassen, die für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands unabdingbar sind, wobei wir eher eine vorsichtige Schätzung vorgenommen haben.

**spw:** Welche Felder sind es denn, wo wir in besonderer Weise Investitionsbedarfe haben?

S.D.: Mehr als ein Drittel der Investitionsbedarfe gehört zur kommunalen Infrastruktur, wobei der Löwenanteil in der Beseitigung des aufgelaufenen Investitionsstaus

besteht. Dabei wurde der Anteil des ÖPNV herausgerechnet, um Doppelzählungen zu vermeiden. So ergibt sich ein kommunaler Investitionsrückstand von 177,2 Milliarden Euro, wobei der größte Teil auf Schulen und kommunale Straßen entfällt. Für die Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV werden 28,5 Milliarden Euro angesetzt. Zusätzlich zum Investitionsrückstand bei der Schulinfrastruktur sind im Bildungsbereich noch der Ausbau der Ganztagschulen und die Investitionen in die Hochschulen zu berücksichtigen. Für die Erweiterung der Ganztagschulen wurde ein Investitionsbedarf von 6,7 Milliarden Euro angesetzt. Angesichts der durch die Fluchtmigration aus der Ukraine deutlich gestiegenen Schülerzahlen scheint diese Bedarfsannahme plausibel. Wir beziffern den Investitionsbedarf im Hochschulbereich ohne energetische Gebäudesanierung in einem Zehnjahreszeitraum auf 34,7 Milliarden Euro. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau beläuft sich der zusätzliche Finanzbedarf vor allem aufgrund der stark gestiegenen Baupreise auf 36,8 Milliarden Euro. Für den Ausbau des Schienenverkehrs gehen wir von einem Investitionsbedarf von rd. 60 Milliarden Euro aus. Für die Bundesfernstraßen beläuft sich der prognostizierte Bedarf für Nachhol- und geplante Ausbaumaßnahmen auf 39 Milliarden Euro. Den Investitionsbedarf für den Klimaschutz sehen wir insgesamt bei 200 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch Investitionen für die Klimaanpassung in Höhe von 13,2 Milliarden Euro. Zusammengerechnet ergeben die von uns ermittelten zusätzlichen Finanzierungsbedarfe einen Betrag in Höhe von rd. 600 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren.

**spw:** Das ist sicherlich eine enorme Summe, über deren Finanzierung wir gleich reden werden. Kritiker würden jetzt einwenden, dass selbst dann, wenn der Betrag von jährlich 60 Milliarden Euro aufzubringen wäre, es aus vielerlei Gründen, wie zum Beispiel unzureichende Planungs Kapazitäten, gar nicht möglich wäre, diese Investitionsmittel umzusetzen.

**S.D.:** Richtig ist, dass es in der Vergangenheit immer wieder Situationen gegeben hat, in

denen das zur Verfügung stehende Geld zum Teil nicht abgerufen wurde. Das lag zum einen daran, dass Investitionsmittel oft nach Kassenlage in den Haushaltsplänen bereitgestellt wurden, was zu einer sehr kurzfristigen Verfügbarkeit der Mittel geführt hat. Durch diese ad-hoc-Politik war dann auch nicht mehr die Planbarkeit von Investitionen gegeben mit der Folge, dass in den Kommunen kein Planungspersonal zur Verfügung stand oder die Baufirmen sich nicht rechtzeitig darauf einstellen konnten, die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel zu verbauen. Aus diesem Grund sind bisweilen die bereitgestellten Gelder nicht abgerufen worden. Die Antwort darauf kann nur sein, Planungssicherheit zu schaffen. Das heißt, dass man für mehrere Jahre – und wir haben in unserer Studie einen Horizont von zehn Jahren ins Spiel gebracht – die Investitionen und die damit verbundenen Planungs- und Baukapazitäten planen sollte. Wenn man diese Planungssicherheit schafft, können die Kommunen und die Unternehmen auch das zusätzliche Personal einstellen, um die Bauinvestitionen zu tätigen. Zum anderen liegt eine Ursache in langen Genehmigungsverfahren. Hier gilt es, die Verfahren zu verschlanken. Wir sehen jetzt, dass die Übertragungsnetze wesentlich schneller genehmigt und gebaut werden als es lange Zeit üblich war. Heute gibt es ein Beschleunigungsgesetz mit neuen Regeln. Es gibt keinen Grund, warum wir nicht auch bei anderen Projekten entsprechend verfahren sollten. Die Finanzierung, die wir vorschlagen, ist nicht eine hinreichende Bedingung dafür, dass alles besser und schneller läuft. Aber es ist eine notwendige Bedingung. Natürlich gibt es noch andere Hindernisse, die aus dem Weg zu räumen sind. Aber ohne Geld funktioniert das alles nicht. Von daher haben wir zunächst einmal die Bereitstellung der erforderlichen Investitionsmittel in den Vordergrund gestellt.

**spw:** Die 600 Milliarden Euro sind auf den ersten Blick eine abstrakte Zahl. Sind denn die 60 Milliarden Euro pro Jahr eine utopische Summe oder ist das noch überschaubar?

**S.D.:** Diese Summe ist vor allem dann überschaubar, wenn man sie zusätzlich als Kredit aufnimmt, also zusätzlich zu den 0,35 Prozent, die man sowieso im Rahmen der

Schuldenbremse aufnehmen kann. Wir hätten dann übrigens trotzdem eine leicht fallende Schuldenquote.

**spw: Die Investitionssumme ist also gar kein Problem?**

**S.D.:** Das ist schon ein Problem, weil wir die Schuldenbremse haben, die ja besagt, dass - egal ob die Schuldenquote unter 60 Prozent liegt oder irgendwann auch unter 40 Prozent fällt - lediglich eine Nettokreditaufnahme von höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlaubt ist. Und von daher ist die aktuelle Rechtslage leider so, dass wir den Kredit für diese notwendigen Investitionen jetzt nicht so einfach aufnehmen können. Wir brauchen daher eine Reform der Schuldenbremse. Es handelt sich ja auch um Zukunftsinvestitionen, also langlebige Infrastrukturen, von denen auch künftige Generationen profitieren. Daher halten wir eine Kreditfinanzierung auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit für durchaus vertretbar.

**spw: Das IW gilt ja arbeitgebernah, das IMK als gewerkschaftsnah. Wie ist es möglich, dass in der Frage der Investitionsbedarfe und ihrer Finanzierung dennoch eine gemeinsame Position entwickelt werden kann?**

**S.D.:** Ich glaube, die Probleme, die wir mit der Unterinvestition in unsere Infrastruktur haben, sind so eklatant und so offensichtlich, dass es keinen großen Unterschied macht, ob man die Perspektive der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen oder der Arbeitgeber andererseits einnimmt. Mit den notwendigen Investitionen sind Standortqualitäten verbunden, von denen abhängt, ob in Deutschland investiert wird. Davon hängt auch ab, wie produktiv die Menschen arbeiten können. Und am Ende hängt unser Wohlstand und auch die Lohnentwicklung davon ab. Und von daher finde ich es relativ offensichtlich, dass die beiden Institute dann mit ihren jeweiligen Methoden zu sehr ähnlichen Ergebnissen gekommen sind und wir jetzt auch in der Lage sind gemeinsam festzustellen, was die deutsche Wirtschaft jetzt wirklich braucht.

**spw: Die Notwendigkeit, zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, um die gesellschaftlich erforderlichen Investitionen zu finanzieren, wird ja heute in Deutschland in der Öffentlichkeit weitgehend anerkannt. Kann man sagen, dass die Politik in eine ganz andere Richtung läuft als die Öffentlichkeit?**

**S.D.:** Die Politik ist zumindest bis zum Ampel-Aus zuletzt in eine andere Richtung gelaufen. Man hatte sich scheinbar damit abgefunden, dass es kurzfristig keine Reform der Schuldenbremse geben würde und deshalb auf eine Investitionspolitik eingeschränkt, die für Deutschland eher schlecht war. Am Ende ist aber ja auch an diesem Konflikt die Ampel-Regierung zerbrochen: SPD und Grüne haben nicht mehr akzeptiert, dass sich Finanzminister Lindner auf Kosten des Landes und der künftigen Generationen mit seiner radikalen Interpretation der Schuldenbremse profilierte.

Bei den Unternehmen bin ich mir nicht so ganz sicher, was dort jetzt eigentlich Mehrheits- oder Minderheitsmeinung ist. Ich sehe da einige Unternehmensvertreter, die sehr ideologisch argumentieren und andere, die pragmatisch und analytisch an diese Fragen herangehen und die dann die Dinge sehr ähnlich sehen, wie wir das tun.

**spw: Siehst du auf kurze Sicht eine Chance, dass die Schuldenbremse in der kommenden Legislaturperiode fällt?**

**S.D.:** Ich bin mir nicht sicher. Das hängt ganz vom Ausgang der vorgezogenen Neuwahlen und der sich dann ergebenden Regierungskoalition ab. Aber auch die Wirtschaftsentwicklung ist eine weitere Determinante. Es wäre auch denkbar, dass sich die Konjunktur etwas erholt und man erst einmal versucht, sich weiter durchzuwursteln. Man muss sich nur klar machen, dass diese Durchwurstelei auf Kosten des künftigen Wohlstands geht, weil öffentliche und private Investitionsentscheidungen gegen den Standort Deutschland fallen. Es wäre tragisch, wenn wir durch die Ideologie der Schuldenbremse dann zunehmend an Wohlstand verlieren. ■

# Deutschlands Export-Mantra

von Jan Prieue



☞ Dr. Jan Prieue ist Hochschullehrer i.R., Professor für Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin, Mitglied des Instituts für Politische Ökonomie (IPE) an der HWR Berlin und Fellow am IMK beim Forum Macroeconomics and Macroeconomic Policy.

Foto: © privat

„Deutschland ist eine Exportnation“ ist nicht etwa eine triviale Aussage, die auch für alle anderen Nationen der Welt zutrifft, sondern sie soll etwas Besonderes aussagen – WIR haben eine besondere Exportorientierung, und das sei gut so, es müsse bleiben, weil es die Grundlage unseres Wohlstands sei. Es ist eine gewisse überkommene Export-Besessenheit, eine neo-merkantilistische Ideologie, die zu fundamental falschen wirtschaftspolitischen Orientierungen führen kann. Weil der tragende Kern der Exporte die Industrie ist, heißt es dann folgerichtig, „Deutschland ist eine Industrienation“ mit einem hohen Industrieanteil (also keine Dienstleistungs-Nation), die vor allem vom Fahrzeugbau getragen wird. Letzteres ist allerdings nicht ganz zutreffend, weil Deutschlands Industriestruktur extrem diversifiziert ist, viel stärker als in allen anderen OECD-Ländern.

Zunächst ein Blick auf die Fakten, dann deren Interpretation und die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen.

## Das deutsche Modell und die Fakten

Nach Destatis arbeiteten 2023 46 Millionen Erwerbstätige in Deutschland, davon etwa 8 Millionen in der Industrie, also 17,4 Prozent<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Industrie heißt in der Statistik „Verarbeitendes Gewerbe“. Die von Destatis und Eurostat sowie von der Weltbank gelieferten Daten unterscheiden sich leicht (siehe weiter unten). Bruttowertschöpfung ist nicht vollkommen identisch mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), und auch die Definition von „Beschäftigung“ kann leicht differieren. Bei der Umrechnung der Bruttowertschöpfung in US-Dollar kann es auch wechsellkursbedingte Unterschiede geben.

Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung insgesamt betrug 20,4 Prozent. Der Anteil der öffentlichen Dienstleistungen lag bei 18,5 Prozent. Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitsstunde lagen im verarbeitenden Gewerbe 20 Prozent über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, in den Sektoren Information/Kommunikation und Finanzierungs- und Versicherungsdienstleistungen mit 43 Prozent bzw. 62 Prozent (über dem Durchschnitt) weit höher als in der Industrie (Destatis für 2023). Destatis schätzt, dass etwa jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt, also direkt und indirekt.

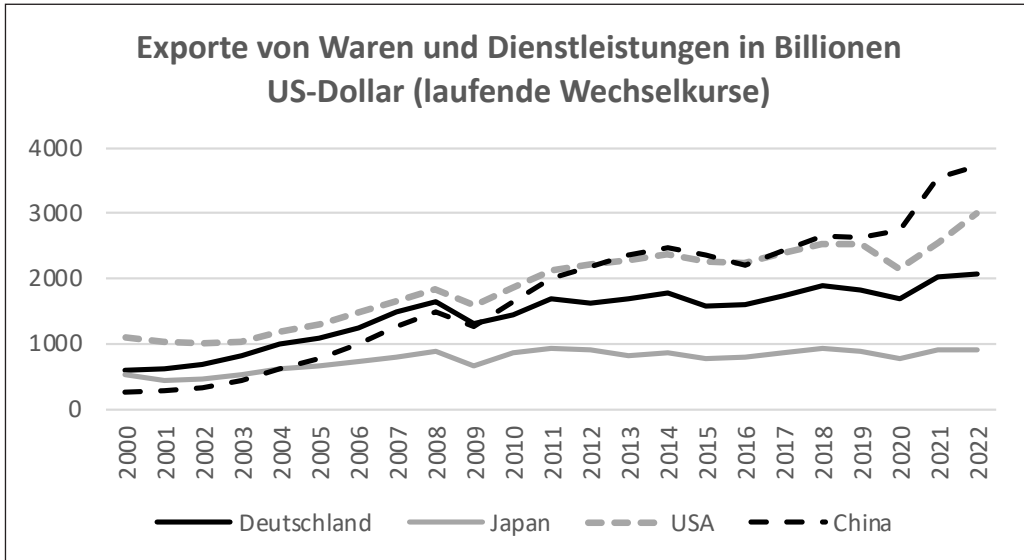
Die Exporte (Waren und Dienstleistungen) machen 43,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, allerdings liegt der Importgehalt der Exporte bei 41,7 Prozent. Demnach läge der direkte inländische Wertschöpfungsanteil der Exporte bei nur 18,1 Prozent, also ohne die indirekten inländischen Zulieferungen. Destatis schätzt die direkte und indirekte Wertschöpfung für den Export auf knapp 30 Prozent des BIP (2021). Die Berechnungsweise ist nicht ganz einfach, weil es viele Importe gibt, die unmittelbar wieder exportiert oder nur mit geringer Wertschöpfung im Inland re-exportiert werden. Bei der Berechnung der indirekten Wertschöpfung für Exporte muss man einerseits die direkten inländischen Vorleistungen berücksichtigen, andererseits auch die indirekt induzierten, wie etwa die Wertschöpfung im Bildungs- und Gesundheitswesen oder anderen Dienstleistungssektoren inklusive öffentlichem Dienst.

Schauen wir uns nun die deutschen Exporte (inklusive Dienstleistungen) in laufenden Preisen (in US-Dollar) im Vergleich der größten vier Exportländer an, d.h. USA, China und Japan. „Weltmeister“ war Deutschland noch nie, aber Nr. 2 hinter den USA. Seit 2010 ist Deutschland hinter den Aufsteiger China zurückgefallen, und China hat die USA seit 2017 überholt. Deutschland liegt also auf Platz 3, Japan ist abgeschlagen (Abbildung 1). Pro Kopf gerechnet exportiert unser Land mehr als Chi-

na und mehr als die USA. Aber dieser Vergleich ist eigentlich nichtssagend. Warum sollte man Exporte maximieren, und dabei noch die Importe ignorieren?

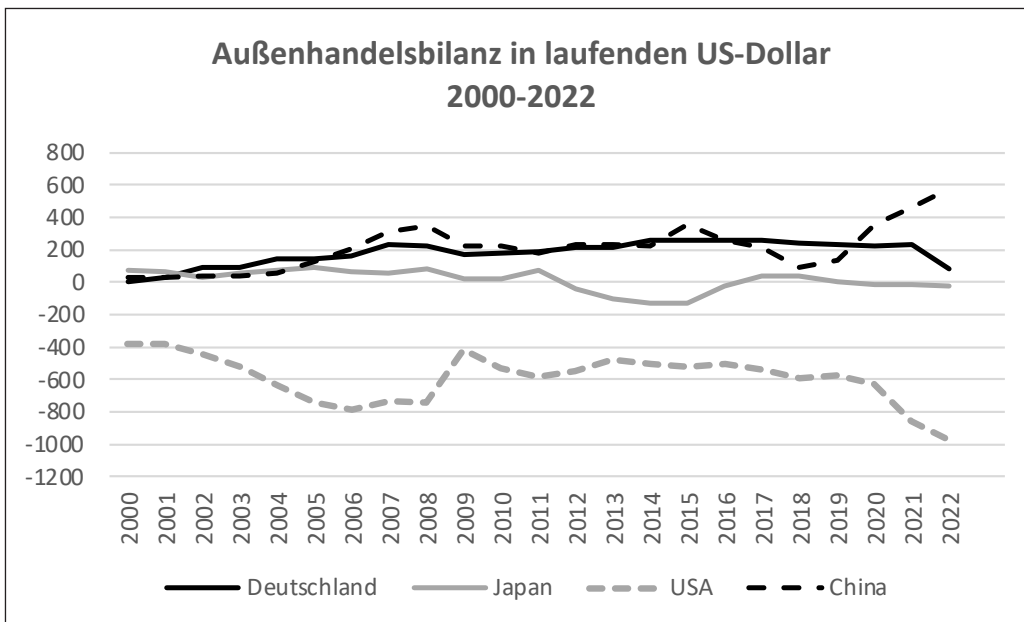
Betrachtet man den Außenhandelsaldo, also Exporte von Gütern und Dienstleistungen abzüglich Importe (Abbildung 2), rückte Deutschland als zweitwichtigstes Überschuss-

Abbildung 1



Quelle: Weltbank, World Development Indicators

Abbildung 2



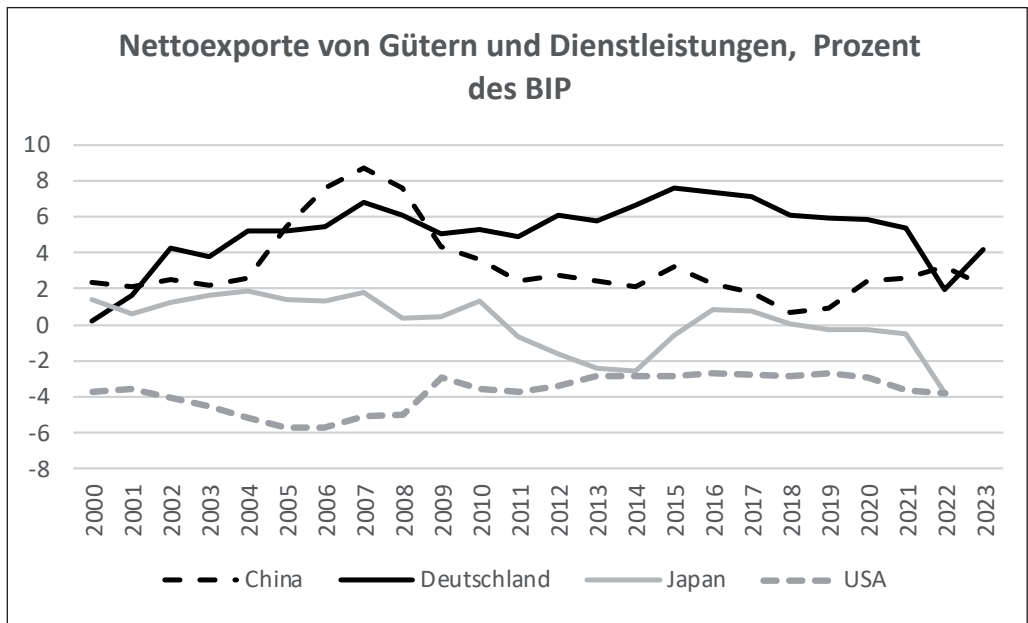
Quelle: Weltbank, World Development Indicators

land hinter China nach vorne, während Japan seit 2012 überwiegend ins Defizit geraten ist. Rechnerisch entsprechen die Überschüsse Chinas und Deutschlands fast 2/3 des US-Defizits.

Nimmt man nun den Außenhandelsaldo als Anteil des BIP, so lagen Deutschland und China seit dem Jahr 2000 an der Spitze: Deutschland mit Schwankungen zwischen 7,6 Prozent und 4,2 Prozent, während China nach dem Höhepunkt von 2007 (8,7 Prozent) bei moderaten

Schließlich blicken wir noch auf den Leistungsbilanzsaldo Deutschlands im internationalen Vergleich für das Jahr 2023. Dabei werden OPEC-Länder sowie große Gasexporteure mit Ausnahme der USA ausgeklammert. Die Leistungsbilanz umfasst neben der Handelsbilanz auch zwei weitere Bilanzen: den Saldo aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen (SEV) sowie den Saldo unentgeltlicher Leistungen (Transfers ohne Gegenleistung). Der SEV enthält vor allem Nettozuflüsse von Gewinnen, Dividenden und Zinsen aus Aktiva

Abbildung 3



Quelle: Weltbank, World Development Indicators

2,2 Prozent 2023 gelandet ist; Japan lebte seit 2011 mit einem leichten Defizit, im Jahr 2022 sogar unter 3 Prozent, während die USA zwischen -5,7 und -2,7 Prozent im Negativbereich schwankten (Abbildung 3). Im Durchschnitt der Jahre 2000 - 2022 hatte Deutschland ein Weltmeister-Plus von 5,2 Prozent, vor China mit 3,3 Prozent, Japan mit 0,1 Prozent und den USA mit -3,7 Prozent. Deutschland ist also doch Weltmeister, jedenfalls unter den vier großen Exportnationen, beim Handelsbilanzüberschuss im Verhältnis zum BIP im Trenddurchschnitt.

im Ausland. Klammert man kleinere Länder, insbesondere solche mit Finanzzentren, aus, wie etwa Singapur oder Luxemburg, dann ist Deutschland das Land mit dem höchsten Leistungsbilanzüberschuss, nämlich 5,9 Prozent im Jahr 2023 (Abbildung 4).

Deutschland ist zwar eines der großen Industrieländer – gemessen am mengenmäßigen Volumen der Industrieproduktion – auf unserem Planeten, aber mit etwa 19 Prozent Anteil (Daten der Weltbank) des verarbeitenden Gewerbes am BIP steht es weit hinter China und

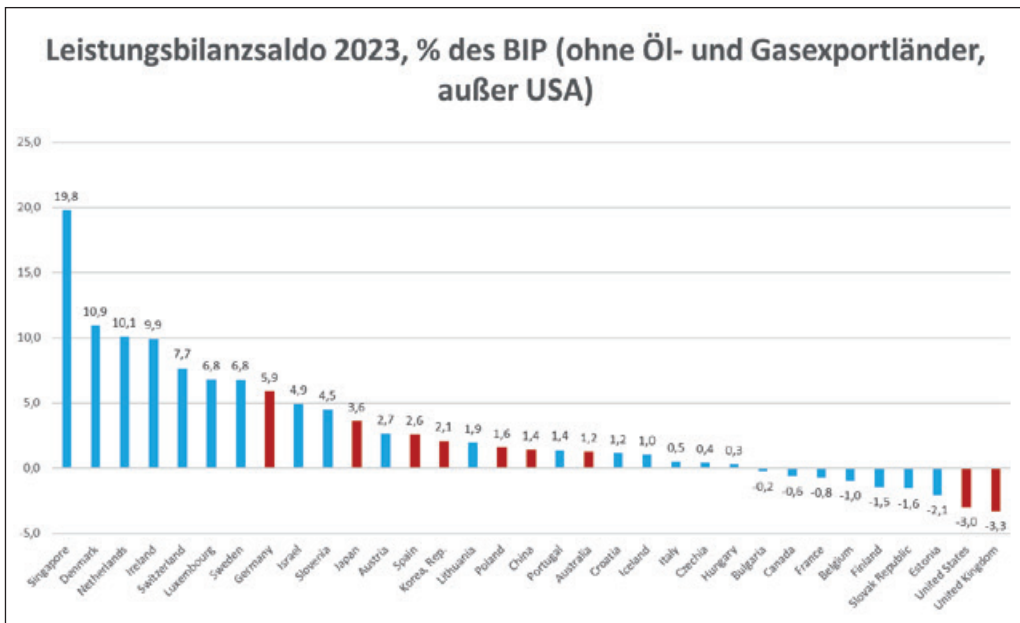


ein wenig hinter Japan, aber weit vor den USA und den meisten anderen EU-Ländern. Der Industrieanteil am BIP liegt in der Oberklasse der Länder, die die Weltbank als „middle-income countries“ (unter US\$ 14.0005 je Einwohner BIP, größer als 4.506 US\$) einstuft, bei 22 Prozent (2023). Das sind drei Prozentpunkte mehr als in Deutschland. Deutschlands Anteil an der globalen Industrieproduktion sinkt im Trend, ein gutes Zeichen für die Entwicklung von Schwellenländern.

Überschüsse bei seiner Finanzkraft hat, wobei private und öffentliche Schulden bzw. Verbindlichkeiten aggregiert sind. Das Land lebt unter seinen Verhältnissen, das Defizitland lebt mit privater und/oder öffentlicher Kreditaufnahme im Ausland. Es gibt mehr aus als es einnimmt.

Aus den kumulierten Kapitalanlagen im Ausland entsteht für das Überschussland eine positive Nettovermögensposition, da es mehr Forderungen ans Ausland als Verbindlichkeiten hat. Deutschland steht auf Rang 2 der Länder mit

Abbildung 4



Quelle: Weltbank, World Development Indicators

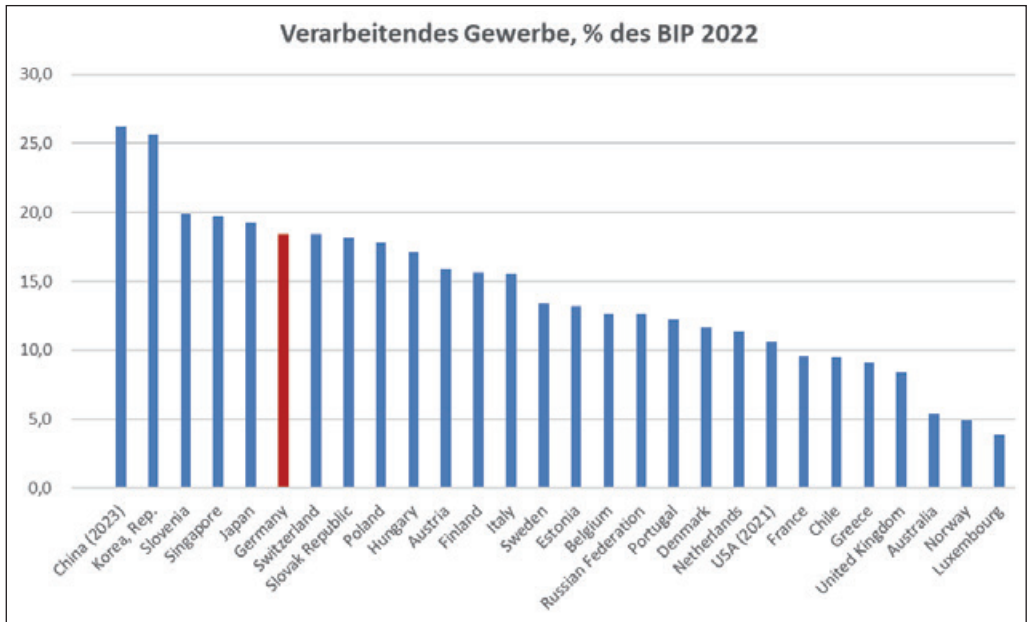
**Wie man dauerhaft unter seinen Verhältnissen lebt**

Ein Handelsbilanzüberschuss bedeutet, dass ein Land mehr Güter und Dienstleistungen produziert als es konsumiert oder investiert. Der daraus entstehende Einkommensüberschuss wird im Ausland gespart, und führt zu Zuflüssen bei SEV, erhöht also den Leistungsbilanzsaldo. Umgekehrt bei den Defizitländern, die die Zuflüsse aus dem Ausland benötigen, um ihre Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet, dass ein Land

der höchsten Nettovermögensposition, hinter Japan. Die USA haben hingegen infolge chronischer Leistungsbilanzdefizite die weltgrößte Nettoschuldnerposition, in US-Dollar gerechnet (nicht jedoch im Verhältnis zu ihrem BIP).

Der größte Teil des deutschen Exportüberschusses des Jahres 2023, nämlich 58 Prozent, erfolgte gegenüber EU-Partnerländern, 28 Prozent gegenüber den USA. Das bilaterale Handelsbilanzdefizit Deutschlands gegenüber China war etwa so groß wie der Überschuss gegenüber den USA. Folglich erzielte Deutsch-

Abbildung 5



Anmerkung: 2023 betrug der Anteil Deutschlands 19,0 Prozent, siehe oben.

Quelle: Weltbank, World Development Indicators

land 42 Prozent seines Überschusses im Extra-EU-Handel gegenüber dem Rest der Welt außerhalb von USA und China. Deutschland erzielte seit 1964, also seit 60 Jahren, ununterbrochen Handelsbilanzüberschüsse.

Zeigt ein Handels- oder Leistungsbilanzüberschuss eine besondere wirtschaftliche Stärke eines Landes an? Keineswegs, es zeigt nur einen vorwiegend exportgeleiteten Wachstumstyp an, im Gegensatz zu Ländern, die von der Dynamik der Inlandsnachfrage getrieben sind, wie etwa die USA, Großbritannien oder Frankreich. Der Wachstumstrend des Pro-Kopf-BIP im Zeitraum 2000-2023 unterscheidet sich zwischen den vier Ländern nicht sehr stark: USA 1,3 Prozent pro anno, Deutschland 1,0, Frankreich 0,6 und Großbritannien 0,8 Prozent. Der leichte Vorsprung der USA kommt durch die höhere private und öffentliche Nachfrage, kreditgetrieben, und die Dominanz der Digitalkonzerne. Die schwächere Inlandsnachfragedynamik der Überschussländer bremst das Wachstum. Nur wenige Länder der Welt haben ein exportgetriebenes Wachstum wie Deutschland, von kleinen Ländern wie Singapur oder Luxemburg und Ir-

land abgesehen – ansonsten sind es vor allem die OPEC-Länder, die notorisch unterindustrialisiert und zugleich exportgetrieben sind.

### Falscher Wachstumstyp?

Hat Deutschland also den „falschen“ Wachstumstyp aufgrund der historisch verfestigten Export- und Industriestärke? Anders gesagt, verpasst Deutschland den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft?

Bislang jedenfalls hat sich Deutschland im langen Trend nicht schlechter, oft eher besser als andere Länder entwickelt – isoliert betrachtet. Durch unseren Typ des Sozialstaates ist die Lebensqualität der Deutschen wesentlich besser als die der US-Amerikaner, trotz deren um ca. 20 Prozent höheres Niveau des BIP je Einwohner, nicht zuletzt infolge deren viel längerer Jahresarbeitszeit je Beschäftigten.<sup>2</sup> Aber Wachstum und Lebensqualität sind zwei verschiedene Dinge.

<sup>2</sup> Vgl. Jan Priewe: Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland und den USA im Vergleich. Wirtschaftsdienst, Wirtschaftsdienst Heft 6 (2024), S. 407-412.

Exportgetriebenes Wachstum geht zu Lasten der Nachbarn, die makroökonomische Defizite im Handel und bei privater und öffentlicher Verschuldung hinnehmen müssen. Der deutsche Wachstumstyp ist nicht europaverträglich, insbesondere in der Eurozone.

Wichtiger sind die folgenden inländischen Probleme, die aus der „Exportbesessenheit“ resultieren:

- Der Spielraum für nationale Fiskalpolitik ist geringer, siehe Schuldenbremse. Manche sehen die Schuldenbremse als Garant der Währungsqualität des Euro (und früher der DM), also als Voraussetzung für die Triple-A-Bewertung durch die Rating-Agenturen. Nur zehn Länder genießen diese Auszeichnung, die wesentlich, aber nicht allein vom Leistungsbilanzsaldo abhängt.
- Auch das Reallohnwachstum wird gebremst, weil es in der Wahrnehmung des Exportsektors die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ gefährden könnte. Solange dort die Arbeitsproduktivität schneller als im Durchschnitt wächst, dürfen zwar die Löhne dort schneller als woanders steigen, aber die Löhne im „Binnenmarktsektor“ hinken systematisch hinterher. Vergleiche IG-Metall-Löhne und ver.di-Löhne und Gehälter.
- Das export- und industriegeleitete Wachstumsmuster gerät immer stärker unter Druck durch den Wettbewerb mit den Schwellenländern, vor allem mit China. Es steht immer in einer Verteidigungsposition, weil es vergangenheitsorientiert ist.
- Deutschland und die EU haben den Übergang in einen zentralen Teil des Dienstleistungssektors, den Digitalsektor, so verzögert und so unzureichend realisiert, dass sie von den USA und anderen Ländern stark abhängig geworden sind. Eine solche „Industrie“ hätte wohl nur europäisch aufgebaut werden können. Jetzt hinkt Europa weit abgeschlagen hinterher.
- Deutschland ist von der Dynamik seiner Exportsektoren zu sehr abhängig geworden.

Wenn die Autoindustrie schwere Managementfehler macht und/oder von exogenen widrigen Umständen behindert wird, richtet dies volkswirtschaftliche Schäden an, die besonders die Beschäftigten und die Arbeitslosigkeit insgesamt betreffen.

- Klimapolitik mit steigenden Kosten für fossile Energie behindert einen großen Teil der traditionellen Exportindustrien. Überhaupt bedeutet ja der Übergang zu erneuerbarer Energie für Deutschland Importsubstitution: weniger Importe fossiler Energieträger. Das würde den Exportüberschuss noch steigern und den problematischen Wachstumstyp verstärken. Anders gesagt, ein Strukturwandel zur Minderung der Industrielastigkeit ist unvermeidbar.

### Der Exportüberschuss und das demografische Problem

Ein großes und verkanntes Problem des deutschen Export-Mantras betrifft die strukturelle Arbeitskräfteknappheit im Zuge des demografischen Wandels. Es sind ja zwei Seiten des gleichen Problems. Dem Handelsbilanzüberschuss von etwa 5 Prozent des BIP könnten, grob geschätzt, 5 Prozent des Arbeitskräftepotenzials entsprechen (also über 2 Millionen), das im Exportsektor (direkt oder indirekt) gebunden ist und nicht gebunden wäre, hätten wir eine ausgeglichene Handelsbilanz. Ein Abschmelzen der Überschüsse und eine Stärkung der Binnennachfrage für mehr Inlandsproduktion würde zwar das BIP nicht steigern, jedoch umstrukturieren. Der große Beschäftigungsanteil, der am Exportsektor hängt, wäre nur dann arbeitspolitisch unproblematisch, wenn wir hohe Produktivitätszuwächse hätten, die Arbeitskräfte für den Dienstleistungssektor freisetzen könnten. Danach sieht es aber in allen hochentwickelten OECD-Ländern nicht aus. Das hat viele Gründe, aber es hat auch mit der Alterung der Gesellschaften zu tun.

Alternativ den Arbeitskräftebedarf durch Nettozuwanderung in der Größenordnung von 400.000+ pro Jahr zu decken, verkennt einen zu wenig bedachten Sachverhalt. Selbst wenn diese Zuwanderung samt Integration gelänge,

würde die Arbeitskräfteknappheit nicht oder kaum dezimiert werden. Die Zuwandernden erhöhen das Produktionspotenzial, können also mehr BIP produzieren helfen, aber sie erhöhen auch die Inlandsnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, so wie es früher in Phasen geburtenstarker Jahrgänge war. Wir würden zwar mehr BIP-Wachstum bekommen, aber nicht mehr BIP je Einwohner. Zum Beispiel würden vielleicht mehr Menschen in Kitas oder im Gesundheits- und Bildungswesen eingestellt werden können, aber die Nachfrage nach Kita-Plätzen und Gesundheitsdienstleistungen würde steigen, und wir bräuchten dann auch mehr Wohnungen und mehr Bauarbeiter. Ginge es nur um Fachkräfte in bestimmten Berufen, sähe es anders aus. Die Zuwanderung überwiegend jüngerer Menschen könnte auch die Rentenfinanzierung erleichtern, aber sie löst nicht das generelle Problem der Arbeitskräfteknappheit bei schwacher Produktivitätsdynamik und starker demografischer Alterung.

### **Autokrise – Deindustrialisierung - Verlust der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit?“**

Nun stecken wir schockartig in der Strukturkrise der Autoindustrie. Sektoraler Strukturwandel dauert normalerweise lange, er sollte besser nicht abrupt als schockartiger Bruch kommen. Arbeitslose aus dem Exportsektor können nicht zu Ärzten oder Erzieherinnen umgeschult werden. Daher müssen Arbeitsplätze in der Autoindustrie ebenso wie woanders verteidigt werden, so gut es geht. Aber auf lange Sicht kann man nicht beides gleichzeitig haben, eine Industriegesellschaft und eine Dienstleistungsgesellschaft. Die Zukunft gehört letzterer.

Der verspätete Umbau des Fahrzeugbaus hätte eigentlich viel früher in Richtung Elektroautos (nicht nur in der Luxusklasse), mit grünem Strom betrieben, kommen müssen. Dazu gehört eine sorgfältig vom Staat begleitete und geförderte Strukturpolitik. Industriepolitik ist in derart strategisch wichtigen Sektoren notwendig und wurde versäumt. Es ist nicht nur ein Versagen des Managements der Industrie. Es ist auch ein ordnungspolitisches Versagen, denn Industriepolitik gilt als „un-marktwirtschaftlich“.

Eine große Deindustrialisierungsgefahr, die uns die wirtschaftliche Basis der Volkswirtschaft zerschlägt und zu Handelsbilanzdefiziten führt, ist jedoch derzeit nicht in Sicht. Trotzdem wird das Mantra desavouiert, der Mythos des „Exportweltmeisters“ weicht der Realität. Das Leitbild sollte sich ändern. Wolfgang Münchau Buch „Kaput. The end of the German miracle“, gerade in englischer Sprache bei Swift Press erschienen, liegt völlig daneben und bedient wohlfeile Vorurteile der Yellow Press. Ein deutsches „Wirtschaftswunder“ gibt es schon seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr.

Von einem „Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ kann auch dann nicht die Rede sein, wenn einige wichtige Branchen konjunkturell und strukturell kriseln. Der Begriff der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ ist fragwürdig und kann fast beliebig definiert werden. Bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit darf ein Land mit dem höchsten Handels- und Leistungsbilanzüberschuss nicht jammern. Es wäre geradezu absurd. Zu hohe Lohnstückkosten über alle Branchen hinweg sind nicht das Problem. Die Renditen der Unternehmen sind auslastungsbedingt, also rezessionsbedingt gesunken, in einigen Branchen jedoch inflationsbedingt gestiegen. Die nominalen Steuersätze für Unternehmensgewinne sind im internationalen Vergleich hoch, aber nicht die effektiven Steuersätze. Deutschland liegt da im Mittelfeld. Bürokratieprobleme gab es immer schon, die Klagen darüber sind lauter geworden. Aber dies sind keine fundamentalen Probleme. Fundamental ist aber eine schwächere technologische Wettbewerbsfähigkeit, siehe Autoindustrie, die zu langsame energetische Umstellung, die unzulängliche Digitalisierung und der Rückstand gegenüber den US-Internet-Konzernen. All das hat mit einem Rückstand der Industrie- und Technologiepolitik gegenüber den USA und teilweise gegenüber China zu tun.

Geopolitische Erschütterungen führen allerdings zu großer Unsicherheit. Käme es zu einem massiven Rückbau der wirtschaftlichen Globalisierung, stünde nicht nur für unser Land viel mehr auf dem Spiel. ■

# Deregulierung von Arbeitsmärkten als Innovationsbremse

Von Alfred Kleinknecht



⇒ Alfred Kleinknecht ([www.alfredkleinknecht.nl](http://www.alfredkleinknecht.nl)) ist Emeritus Professor für Wirtschaftstheorie (TU Delft) und Gastprofessor bei Kwansai Gakuin University in Nishinomiya, Japan.

Foto: © privat

## Produktivitätskrise in der OECD

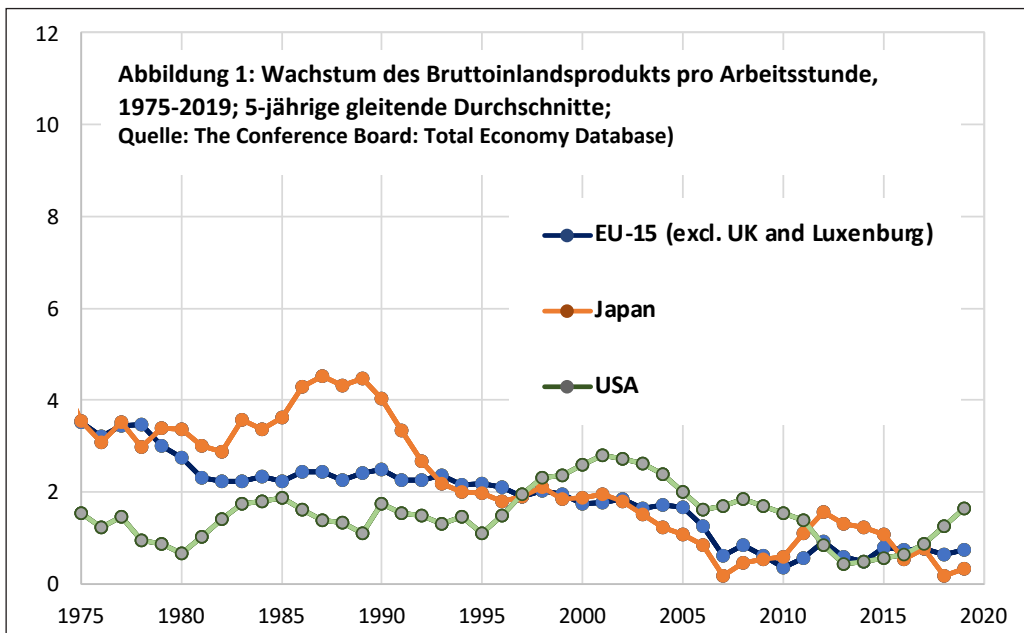
In wichtigen OECD-Ländern ist das Produktivitätswachstum seit 2004 bis 2005 deutlich abgeschwächt (Abbildung 1; siehe auch OECD 2015; Cardarelli & Lusinyan 2015; Bailey & Montalbano 2016). Dies ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen.

Erstens ging der Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologie zum aggregierten

Produktivitätswachstum in wichtigen OECD-Ländern kurz nach der Jahrhundertwende stark zurück (Cette et al. 2015). Dies geschah nach einem zehnjährigen IT-Boom (1995-2004) der vor allem in den USA das aggregierte Produktivitätswachstum befeuerte. Dieser makroökonomische Effekt ist auch in Abbildung 1 gut zu sehen.

Zweitens erweisen sich angebotstheoretisch motivierte Arbeitsmarktreformen als schädlich für die Innovation, insbesondere dort, wo Innovation auf einer stark kumulativen Wissensbasis beruht. Es gibt eine Reihe von Argumenten dazu (Kleinknecht 2020); eines der Kernargumente lautet: Strukturereformen, die auf leichtere Entlassung und höhere Personalfuktuation abzielen, machen das Management von (implizitem) Erfahrungswissen schwieriger.

Langsameres Produktivitätswachstum bedeutet ein langsames Wachstum des Kuchens, der zwischen Kapital, Arbeit und Staat verteilt



werden kann. Dies erschwert die Lösung von Verteilungskonflikten und erhöht den Sparzwang in öffentlichen Haushalten.

Verteilungskämpfe können durch einen Nebeneffekt des geringen Produktivitätswachstums verschärft werden – arbeitsintensives Wirtschaftswachstum. Eine Wirtschaft kann ja nur auf zwei Manieren wachsen: entweder mit mehr Arbeitsstunden oder mit produktiveren Arbeitsstunden. Bei geringerem Produktivitätswachstum ist ein höherer Arbeitseinsatz die einzige Alternative, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Aber früher oder später läuft ein arbeitsintensives Wachstum (zusammen mit demographischen Faktoren) gegen Grenzen an und endet in einem angespannten Arbeitsmarkt mit mehr Verhandlungsmacht für die Arbeit.

### Zu niedrige Arbeitslosigkeit

Mit niedrigproduktivem und dadurch arbeitsintensivem Wachstum besteht aus der Sicht der Angebotsökonominnen das Risiko, dass die Arbeitslosigkeit viel zu niedrig wird, weit unter dem durch Angebotsökonominnen gewünschten Niveau der NAIRU.<sup>1</sup> Mit anderen Worten, bei (zu) niedriger Arbeitslosigkeit werden die Gewerkschaften frech und stellen Lohnforderungen, die die Inflation auftreiben. Was die Situation extra pikant macht: Die relativ starke Verhandlungsposition der Gewerkschaften durch die niedrige Arbeitslosigkeit fällt ja auch noch zusammen mit einer Produktivitätskrise wodurch es weniger Verteilungsspielraum gibt.

Das Zusammentreffen eines geringen Wachstums des zu verteilenden Kuchens mit einer stärkeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in angespannteren Arbeitsmärkten kann den Inflationsdruck erhöhen. Es liegt auf der Hand, dass Angebotsökonominnen dann einen neuen Volcker-Schock

fordern – 1979 erhöhte der damalige Vorsitzende der US-Notenbank, Paul Volcker, zur Bekämpfung hoher Inflation den Leitzins auf über 20 Prozent und löste damit eine schwere weltweite Rezession aus. Die steigende Arbeitslosigkeit wirkte disziplinierend auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften (siehe auch Shapiro & Stiglitz 1984).

### Deutschland versus USA

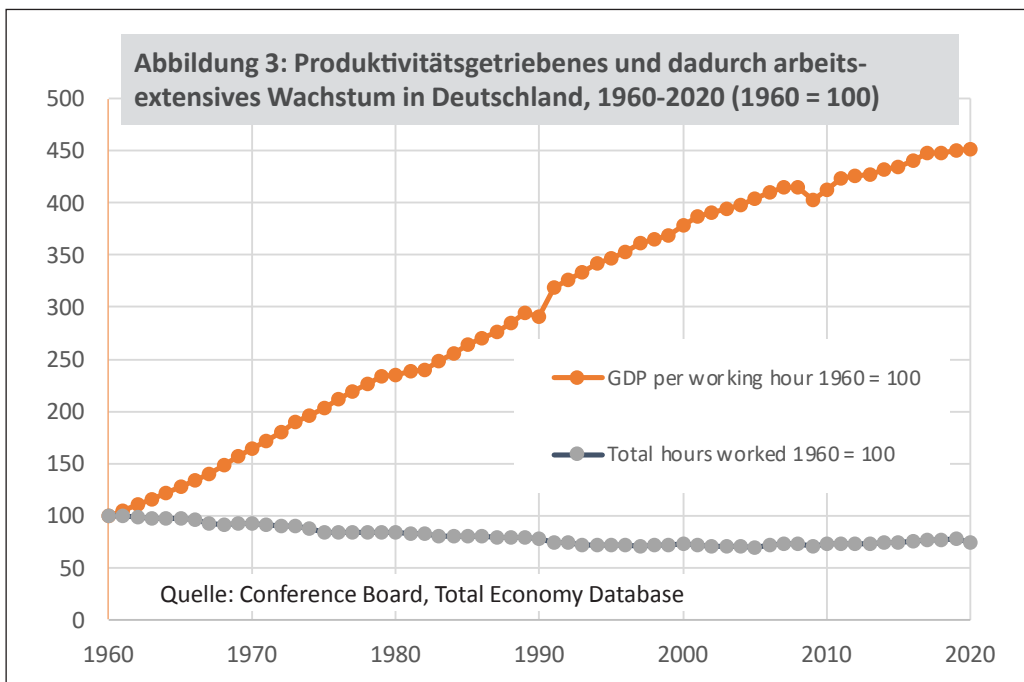
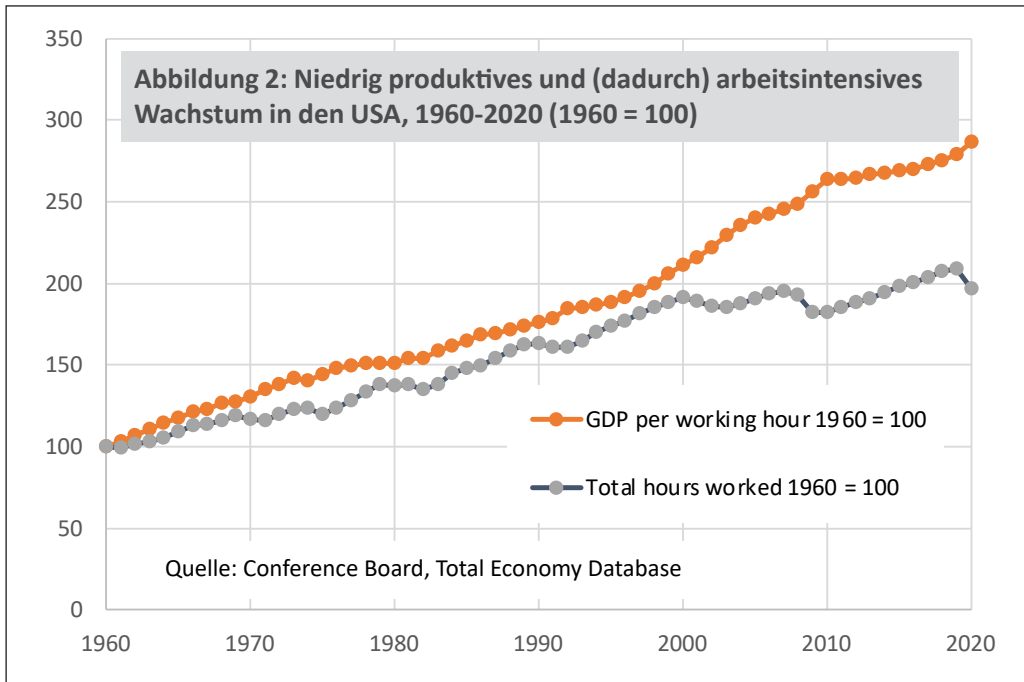
Die Beziehung zwischen geringem (hohem) Produktivitätswachstum und arbeitsintensivem (arbeitsextensivem) Wirtschaftswachstum kann durch einen Vergleich Deutschlands mit den USA illustriert werden. Hall & Soskice (2001) unterscheiden zwei Varianten des Kapitalismus:

Koordinierte versus liberalisierte Marktwirtschaften. Deutschland galt lange Zeit (jedenfalls bis zu den Hartz Reformen) als ein gutes Beispiel einer koordinierten (Rheinländischen) Variante. Die USA sind seit Reagonomics ein Beispiel für eine liberalisierte Wirtschaft mit hoch flexiblen Arbeitsmärkten. Abbildung 2 zeigt, dass das Produktivitätswachstum in den USA zwischen 1960 und 2020 erheblich niedriger war als in Deutschland. Die exakte Kehrseite des niedrigen Produktivitätswachstums in den USA ist ein erheblich höherer Einsatz von Arbeitsstunden: zwischen 1960 und 2020 haben sich die Arbeitsstunden in den USA verdoppelt, während sie in Deutschland leicht gesunken sind (Abbildung 3).

Dies lässt sich damit erklären, dass die USA bei der Umsetzung struktureller Reformen des Arbeitsmarktes Anfang der achtziger Jahre eine Vorreiterrolle übernahmen. Darauf folgte ein schwächeres Innovationstempo in der Old Economy, wodurch u.a. der amerikanische Mid-West Rust Belt entstand. Im Gegensatz dazu gab es in Deutschland bis 2005 noch ein stark produktivitätsgetriebenes und daher relativ arbeitsextensives Wachstum (Abbildung 3).

Alle Werte in Abbildung 2 und 3 sind auf 1960 = 100 normiert. Die Produktivität in Deutschland steigt von 1960=100 auf 2020=450, während sie in den USA im glei-

<sup>1</sup> NAIRU = Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment; eine Arbeitslosenquote die ausreichend hoch ist um die Gewerkschaften so zu disziplinieren, dass sie keine inflationsaufreibenden Lohnforderungen stellen (Shapiro & Stiglitz 1984). Die NAIRU-Arbeitslosigkeit wird zuweilen auch als 'natürliche Arbeitslosigkeit' angedeutet und ist im Allgemeinen deutlich höher als die Arbeitslosigkeit bei Keynesianischer Vollbeschäftigung.



chen Zeitraum weniger als 300 erreicht. Der Arbeitseinsatz in Stunden ist das Spiegelbild der Produktivitätszahlen: Zwischen 1960 und 2020 erforderte das Wachstum in den USA

eine Verdoppelung des Arbeitsstundeneinsatzes (von 100 auf 200), während die deutschen Arbeitsstunden im selben Zeitraum gesunken sind (von 100 auf 77).

Der Beschäftigungsboom in den USA war ein wichtiges Verkaufsargument für die Deregulierung von Arbeitsmärkten: das alte, euroskeptische Europa schafft keine Arbeitsplätze! Das kommt durch Rigiditäten wodurch die Arbeitsmärkte nicht als echte Märkte funktionieren: zu viel Kündigungsschutz, keine Lohnflexibilität (nach unten), zu hohe Sozialleistungen, etc. Die Angebotsökonomien von der Mont Pellerin Society haben übrigens immer sorgfältig darauf geachtet, bei Diskussionen über Euroskeletose nur Arbeitsmarktstatistiken und vor allem keine Produktivitätsstatistiken zu präsentieren.

Übrigens ist in Deutschland in der Periode, in der die Arbeitsstunden sanken (Abbildung 3) das Arbeitsangebot stark gestiegen, u.a. durch die Emanzipation der Frau und durch den Zustrom von Gastarbeitern. Wie haben die Deutschen es dann geschafft, trotz sinkender Arbeitsstunden die Arbeitslosenzahlen noch einigermaßen im Griff zu halten? Die Antwort liegt in der Arbeitszeitverkürzung. Im Jahr 1975 waren die jährlichen Arbeitsstunden pro Arbeitnehmer in den USA und in Deutschland (zufällig) gleich: 1.813 Stunden. 20 Jahre später waren die deutschen Arbeitsstunden auf 1.531 gefallen, während die amerikanischen Arbeitsstunden beinahe unverändert geblieben waren (1.817 Stunden). 2020 ist der Unterschied noch größer: 1.751 Arbeitsstunden pro Jahr in den USA gegenüber 1.324 Stunden in Deutschland (Quelle: The Conference Board, Total Economy Database). Letztendlich war das Wirtschaftswachstum in Deutschland intelligenter: Die Deutschen produzierten Wachstum mit weniger Arbeitseinsatz, während die Amerikaner viel Freizeit aufopfern mussten, um Wachstum zu erzielen.

### Einige Schlussfolgerungen

Einer der wichtigsten Erfolge der Rechten war, dass die Mitte-Links-Parteien mehr Zeit damit verbracht haben, über Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktreformen und Lohnzurückhaltung zu diskutieren, als über die Frage, wie man einen produktivitätsgetriebenen (und arbeitsextensiven) Wachstumspfad erreichen kann, flankiert mit angemessenen Verkürzungen der Standardarbeitszeit.

Da Deutschland seit den Hartz-Reformen (2002-2005) ein bescheideneres Produktivitätswachstum (und dadurch mehr Stellenwachstum) erlebt, sind in Deutschland zwei Dinge zu erwarten.

Erstens gibt es mit einer geringeren Wertschöpfung pro Arbeitsstunde jedes Jahr weniger (extra) zu verteilen; also muss irgendjemand – Kapital, Arbeit und/oder Staat – Ansprüche auf zusätzliche Einnahmen aufopfern. Das wahrscheinliche Ergebnis sind Kampagnen für Lohnzurückhaltung und für Sparmaßnahmen im Staatshaushalt.

Zweitens verbessert sich jedoch die Verhandlungsposition der Arbeit infolge eines arbeitsintensiveren Wachstums und sinkender Arbeitslosigkeit. Mächtigere Gewerkschaften werden dann höchstwahrscheinlich konfrontiert werden mit einer Kampagne, die die Europäische Zentralbank auffordert, mit Zinserhöhungen etwas gegen die unakzeptabel niedrige Arbeitslosigkeit zu tun, die angeblich zu inflationären Lohnforderungen führt.

Hier rächt sich, dass Ökonomen seit mehr als 150 Jahren den festen Reflex haben, Innovation als exogen zu unterstellen. Es ist eine bequeme Annahme: Wenn wir als Ökonomen so wenig über Innovation wissen, dann ist sie (für uns) auch nicht so wichtig. Da sie keine Innovationstheorie haben, haben die Angebotstheoretiker keine Ahnung, dass die (Diffusion der) Innovation unter ihren Strukturreformen und unter Lohnzurückhaltung leidet – und dass dies letztendlich zu geringerem Produktivitätswachstum und einem gespannten Arbeitsmarkt führt, auf dem Lohnforderungen leicht das (niedrige) Produktivitätswachstum übersteigen können.

In dieser Situation wissen sie nichts Besseres, als den Konjunkturzyklus durch Zinserhöhungen abzuwürgen, in der Hoffnung, dass höhere Arbeitslosigkeit schließlich zu niedrigeren Lohnabschlüssen und damit zu einer beherrschbaren Inflation führen wird. Doch sinkende Löhne verringern wiederum das Produktivitätswachstum, was den Verteilungsspielraum noch weiter einschränkt



(Vergeer & Kleinknecht 2014) und so zusätzlichen Inflationsdruck und noch mehr Sparzwang in den öffentlichen Haushalten erzeugt. Am Ende wird die Strategie des Volcker-Schocks eine anhaltend schmerzhaft Übung.

### Glücklicherweise gibt es Alternativen:

Erstens sollten angebotstheoretisch motivierte Strukturreformen der Arbeitsmärkte, die der Innovation schaden – insbesondere der Innovation, die auf hoch-kumulativem Wissen beruht (Hoxha & Kleinknecht 2020, 2023) – zurückgenommen werden. Angebotstheoretiker haben den Denkfehler gemacht, dass besser funktionierende Arbeitsmärkte nicht nur die effiziente Anwendung knapper Mittel (in statischer Perspektive) fördern, sondern nebenbei auch noch der Innovation nützen. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt einen Trade-Off zwischen statischer (Walrasianischer) Effizienz und dynamischer (Schumpeterianischer) Effizienz. Mit anderen Worten: das neoklassische Ideal der Perfect Competition ist ein recht innovationsfeindliches Milieu (Kleinknecht, 2020). Innovation gedeiht besser auf imperfekten Märkten.

Zweitens sollte man den Arbeitsmärkten die Möglichkeit geben, so zu funktionieren wie sich das in einer Marktwirtschaft gehört: Wenn die Nachfrage größer ist als das Angebot, müssen die Preise (in diesem Fall die Löhne) steigen. Höhere Lohnkosten fördern nicht nur die Schumpetersche schöpferische Zerstörung und schaffen damit mehr Dynamik; sie begünstigen auch die Diffusion moderner Prozesstechnologie und damit eine Wende zu einem mehr produktivitätsgetriebenen (und weniger arbeitsintensiven) Wachstumsmodell, wie das in Deutschland vor 2005 der Fall war (Abbildung 2). Größere Produktivitätszuwächse wiederum vergrößern den Kuchen, der verteilt werden kann, was den Inflationsdruck ebenso wie die Sparzwänge vermindert. Mit weniger Sparzwang kann der Staat auch die Verlierer der Modernisierung besser kompensieren. ■

### Literatur:

- Bailey, M.N. & Montalbano, N. 2016. Why is US Productivity Growth So Slow? Brookings Institution, Hutchins Center Working Paper, 22 (September 2016).
- Cardarelli, M. R. & Lusinyan, L. 2015. US total factor productivity slowdown: Evidence from the US States, IMF Working Papers 15/116, Washington, DC
- Cette, G., Clerc, C. & Bresson, L. 2015. Contribution of ICT diffusion to labour productivity growth: the United States, Canada, the Eurozone and the United Kingdom, 1970–2013, International Productivity Monitor, vol. 28, 81–8.
- Hall, P. A. & Soskice, D. 2001. Varieties of Capitalism, Oxford, Oxford University Press.
- Hoxha, S. & A. Kleinknecht 2020. When labor market rigidities are useful for innovation. Evidence from German IAB firm-level data, Research Policy, 49(7), 104066.
- Hoxha, S. & A. Kleinknecht 2023. When structural reforms of labor markets harm productivity. Evidence from the German IAB panel, Industrial and Corporate Change, DOI: <https://doi.org/10.1093/icc/dtad060>.
- Kleinknecht, A. 2020. The (negative) impact of supply-side labour market reforms on productivity: an overview of the evidence, Cambridge Journal of Economics, Vol. 44(2): 445–46.
- OECD 2015. The future of Productivity, Paris: OECD Publications.
- Shapiro, C. & Stiglitz, J.E. 1984. Equilibrium unemployment as a worker discipline device, American Economic Review, 74(3), 433–444.
- Vergeer, R. & A. Kleinknecht (2014): Does labor market deregulation reduce labor productivity growth? A panel data analysis of 20 OECD countries (1960-2004), International Labour Review, 153(3), p. 365-393.

# Für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal!

von Wiebke Esdar und Achim Post



⇒ **Dr. Wiebke Esdar** ist direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis 132 (Bielefeld und Werther). Sie ist seit 2017 Mitglied des Bundestages und gemeinsam mit Dirk Wiese Vorsitzende der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © Pat Röhrling



⇒ **Achim Post** ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis 134 (Minden-Lübbecke I). Er ist seit 2013 Mitglied des Bundestages und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Weiterhin ist Achim Post seit 2023 Landesvorsitzender der NRWSPD und stellv. SPD-Bundesvorsitzender.

Foto: © Oliver Krato

Vor uns liegt die größte Transformation unserer Wirtschaft und Arbeitswelt seit Beginn der Industrialisierung. Nach über 200 Jahren, in denen unser Wohlstand darauf gründete, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen, muss uns in sehr kurzer Zeit der Übergang von einer fossilen Industriegesellschaft zu einer klimaneutralen und innovativen digitalen Wirtschaft gelingen.

Zugleich fordert auch uns der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine finanziell massiv: für die wirtschaftliche, militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine, für die ukrainischen Geflüchteten sowie wegen der Auswirkungen auf unsere Energieversorgung und deren finanzielle Folgen stellen wir Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen die notwendigen Investitionen, um unsere äußere Sicherheit gewährleisten zu können.

Von der Industrialisierung im 19. Jahrhundert über den Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg bis hin zur Deutschen Einheit waren die mit den historischen Umbrüchen einhergehenden wirtschaftlichen Umbrüche stets von besonderen fiskalpolitischen Maßnahmen begleitet. Wie den Marshall-Plan brauchen wir auch heute Instrumente, um die enormen Investitionsbedarfe zu bewältigen, um so den Wohlstand für künftige Generationen zu sichern und gute Arbeitsplätze zu erhalten.

Mit einem gerechteren Steuersystem, das 95 Prozent der Steuerpflichtigen entlastet und dafür die höchsten Spitzeneinkommen und Millionenvermögen stärker an der Finanzierung der Zukunftsaufgaben beteiligt, wollen wir eine dauerhaft solide und gerechte Finanzierungsbasis unseres Staates sicherstellen. Um die enormen Investitionsbedarfe zu decken, sind darüber hinaus aber zusätzliche Investitionsimpulse erforderlich, die nicht zu Lasten anderer wichtiger öffentlicher Güter wie etwa der Rente oder der Infrastruktur erfolgen dürfen.

So wie jedes Unternehmen notwendige Investitionen auch über Kredite finanziert, gehören Staatsanleihen zu den üblichen Instrumenten, um den Staat zu finanzieren. In Deutschland wird diese Möglichkeit durch Schuldenregeln im Grundgesetz begrenzt. Über 15 Jahre nach Einführung der derzeit geltenden Fiskalregeln zeigt sich: Die aktuelle Schuldenregel ist zu starr und nicht auf der Höhe der aktuellen investitions- und transformationspolitischen Herausforderungen. In Zeiten großer Umbrüche sind fehlende Zukunftsinvestitionen ein Wohlstandsvernichter, den die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag spüren: Sei es der Sanierungsstau bei unserer Infrastruktur – den Brücken, Autobahnen und Schienenwegen –, sei es die sanierungsbedürftige Schule vor Ort, das geschlossene Schwimmbad in der Kommune, der nicht fahrende Bus auf dem Dorf und vieles Weitere. Deutschland braucht ein Investitionsupdate.

## Eckpunkte für einen haushaltspolitischen Zukunftsdeal

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Januar 2024 einen Prozess begonnen, um Eckpunkte für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal für unser Land zu entwerfen. Über 30 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten in der Begleitgruppe für Zukunftsinvestitionen und der Schuldenbremse mit. Die ersten Zwischenergebnisse dieses breit angelegten Prozesses haben wir im Sommer auf der Klausurtagung der Bundestagsfraktion dargelegt und wollen sie in diesem Beitrag skizzieren.

Die Investitionsbedarfe sind gewaltig. Trotz der im laufenden Bundeshaushalt vorgesehenen Rekordinvestitionen für den Umbau hin zu einer klimaneutralen und digitalisierten Wirtschaft werden in den nächsten zehn Jahren private und öffentliche Investitionen in einem hohen dreistelligen Milliarden-Bereich zusätzlich nötig werden. Hinzu kommen weitere Modernisierungs- und Investitionsbedarfe in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens in den Kommunen, in den Ländern und auch im Bund. Zu den zentralen Investitionsbereichen gehören dabei der Ausbau erneuerbarer Energien, der gesamte Gebäudebereich, die Verkehrs- und Digitalinfrastruktur, die Mobilisierung von Wachstumskapital für Zukunftsbranchen und – das ist uns besonders wichtig, zu betonen – ein großer Investitionsbedarf im Bildungsbereich.

Auf Basis dieser Analyse galt es nunmehr, Lösungsansätze zu thematisieren, die die Investitionsbedarfe im privaten wie öffentlichen Sektor auflösen könnten.

### Privates Geld mobilisieren

Beginnen wir mit den privaten Investitionsbedarfen. Dazu gehört zunächst eine klare Aussage: Öffentliche Güter sollen weiterhin aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden. Das Gros der erforderlichen Zukunftsinvestitionen in eine moderne Wirtschaft wird allerdings privat finanziert. Uns geht es darum, privates Kapital verstärkt in Zu-

kunftsprojekte zu lenken, die Einnahmen generieren, indem wir diese Projekte für private Investoren attraktiver gestalten. Als mögliche kurzfristige Maßnahmen zur Mobilisierung von privatem Kapital für Zukunftsinvestitionen braucht es neben zielgerichteten steuerlichen Anreizen für Investitionen in Nachhaltigkeit und Digitalisierung nach unserer Auffassung ebenso die Aufsetzung eines Zukunftsfonds 2.0: Auf Basis des Zukunftsfonds könnte zum Beispiel bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau („KfW Capital“) ein wesentlich größeres Vehikel bereitgestellt werden. Ein Fokus könnte dabei auf Wachstumskapital für Startups liegen – durch staatliche Bürgschaften könnte vor allem privates Kapital mobilisiert werden.

### Deutschlandfonds für private Zukunftsinvestitionen

Als langfristige Maßnahme wollen wir daneben einen Deutschlandfonds einführen. Das Instrument eines Staatsfonds ist bereits in Partei- und Fraktionsbeschlüssen der SPD angelegt. Es handelt sich um ein staatliches Finanzierungsinstrument, das auch die Möglichkeit für institutionelle Investoren (Versicherungen, Pensionskassen) sowie Bürgerinnen und Bürger bietet, sich an Zukunftsinvestitionen zu beteiligen. Ein Deutschlandfonds bündelt, investiert, lenkt und verteilt Zukunftschancen, beispielsweise durch Bürgschaften, Beteiligungen und Darlehen. Er übernimmt Risiken, vor allem dort, wo rein private Investitionen auch aufgrund von Klumpenrisiken ansonsten unterbleiben oder nicht in einem zukunftsfördernden Maße stattfinden würden. Durch einen klugen Portfolioansatz findet eine Diversifikation der Investitionen statt. Gleichzeitig partizipiert ein Deutschlandfonds aber auch an Gewinnen und schafft so gesellschaftliche Akzeptanz für die vor uns liegende Transformation. Zudem reduziert er Komplexität, verstärkt langfristige politische Ziele und erarbeitet Gemeinwohl am Finanzmarkt. Zur Governance: Angelehnt an bestehende Strukturen (z.B. Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, KfW) ist es wichtig, dass politische, langfristige Zielkorridore festgelegt und demokratisch gewährleistet sind. Innerhalb

dieses Rahmens muss der Deutschlandfonds allerdings unabhängig von direkten politischen Einflussnahmen eigenständig operieren. Neben Zuführungen des Bundes und von privaten und institutionellen Investoren (z.B. Versicherer und Pensionskassen) operiert der Deutschlandfonds auch mit staatlichen Garantien und Bürgschaften.

### **Äußere, innere und soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausspielen**

Kommen wir nun zu der Frage, wie die öffentlichen Investitionsbedarfe noch besser gedeckt werden können. Die Welt hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Zahlreiche Krisen und Konflikte mit ihren Auswirkungen stellen die deutsche Gesellschaft wie auch die Wirtschaft vor gewaltige Herausforderungen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Es geht darum, gute Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern und gleichzeitig eine nachhaltige und digitale Wirtschaft anzustreben. Es geht darum, den Frieden zu sichern, ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen. Ganz konkret geht es um die Alltagsorgen der Bürgerinnen und Bürger: Sei es eine marode Infrastruktur vor Ort, das Sicherheitsgefühl in der eigenen Fußgängerzone, eine unterfinanzierte Kommune, fehlender Wohnraum für Geflüchtete oder eine sanierungsbedürftige Schule.

Deutschland steht in der Verantwortung, den Menschen Sicherheit zu bieten: äußere Sicherheit, innere Sicherheit und soziale Sicherheit. Für uns steht fest, dass diese Sicherheiten nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen – schon gar nicht in der Haushaltspolitik. Die im Grundgesetz verankerten Fiskalregeln müssen sich an dieser Realität messen. Nicht andersherum. Das ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass wir ein Land in Wohlstand, Sicherheit und Stabilität auch der nächsten Generation vererben können.

### **Schuldenregel reformieren**

Die Verankerung der aktuell geltenden Schuldenregel im Grundgesetz geschah vor mehr als 15 Jahren. Es zeigt sich: Die Schul-

denregel ist in ihrer jetzigen Form keine adäquate Antwort auf Krisen- und Transformationsanforderungen unserer Zeit und der Zukunft.

Weiterhin ist seit dem KTF-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem November 2023 klar, wie die Auslegung der Schuldenregel zu erfolgen hat, nämlich anhand einer strikten Jährlichkeit, Jährigkeit und Fälligkeit. Mehrjährige Krisenbekämpfung ist nicht vorgesehen – ein weiterer Webfehler der aktuellen Regel.

Für Investitionen in die Zukunft ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen, gerade um den nächsten Generationen eben keine massiven Schuldenberge zu vererben – gemeint sind Investitionsschulden: wie die nicht sanierte Brücke, die heruntergekommene Schule, das stillgelegte Schwimmbad, der abgewanderte Arbeitsplatz. Dass all das nicht eintritt, ist wichtiger als eine schwarze Null auf dem Kontoauszug. Eben diese Investitionsorientierung muss die vorrangige Zielrichtung einer Reform der Schuldenbremse sein.

Weiterhin hat der Staat die Aufgabe, durch das Setzen langfristig klarer Investitionsschwerpunkte – und auch das Durchführen langfristiger Krisenreaktionsmechanismen – Planungssicherheit und Erwartungsklarheit in die Gesellschaft und Wirtschaft hinein zu vermitteln. Das ist im Rahmen der derzeit gültigen Schuldenregel nicht möglich.

Ein sozialdemokratischer Ansatz zur Reform der Schuldenregel sollte sich an den hier genannten Kriterien messen lassen. Es geht darum, Geld für unsere Zukunft und unseren Wohlstand zu mobilisieren und zeitgleich Solidarität und stabile Staatsfinanzen sicherzustellen.

Etliche der führenden Wirtschaftsinstitute und Ökonomen sowie auch internationale Organisationen wie der IWF oder die OECD haben sich mittlerweile für Reformen an der Schuldenbremse ausgesprochen. Zahlreiche Reformmodelle der Schuldenbremse wurden in jüngerer Vergangenheit von Expertinnen und Experten veröffentlicht.

Für uns zeichnen sich dabei insbesondere diese Elemente als mögliche Leitplanken für einen weiter zu vertiefenden sozialdemokratischen Reformansatz der Fiskalregeln ab:

Es braucht erweiterte finanzielle Spielräume insbesondere für Zukunftsinvestitionen. Es geht um die Frage, wie Zukunftsinvestitionen im Bund, in den Ländern und Kommunen unabhängig von Schuldenregeln getätigt werden können sowie um eine flexiblere Ausgestaltung der Schuldenregel. Nach jetziger Rechtslage ist das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35 Prozent des BIP und das der Länder auf 0 Prozent des BIP begrenzt. Diese Begrenzungen wurden 2009 von einer europäischen Vorgabe abgeleitet, die es seit der jüngsten Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes so nicht mehr gibt.

Nicht aus den Augen verlieren sollten wir aus unserer Sicht jedoch die bereits existierenden Möglichkeiten. Es geht um eine konsequente Nutzung der im Rahmen der Schuldenbremse bestehenden Möglichkeiten für stetige, verlässliche Investitionen, um eine größere Abhängigkeit zu der konjunkturellen Lage sowie der Schuldentragfähigkeit zu ermöglichen.

Bereits heute enthält das Grundgesetz keine numerische Begrenzung der Neuverschuldung, sondern lediglich Prinzipien, nach denen die Kreditaufnahme zu begrenzen ist. Der Gesetzgeber legt diese Prinzipien in einem einfachen Gesetz aus.

Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen braucht es eine Reform der Notlagenregelung. Die aktuelle Regelung für ein Überschreiten der Kreditobergrenze im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen ist mit rechtlicher Unsicherheit behaftet, insbesondere, wenn Krisen langwierige Auswirkungen haben. Diese Unsicherheiten sollten reduziert werden, um angemessene, mehrjährige Krisenreaktionen zu ermöglichen.

Wie geht es nun weiter? Jetzt geht es darum, unsere Vorschläge zu konkretisieren. Dafür befassen wir uns derzeit mit dem erst jüngst

reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Ausgestaltung der Instrumente zur Mobilisierung von privatem Kapital sowie ebenso mit der Frage, wie ein Ansatz zur Reform der Schuldenregel konkreter aussehen und umgesetzt werden kann. Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, große Schritte zu gehen. Auch wenn eine Umsetzung kurzfristig nicht realistisch ist: Umso wichtiger ist es, dass wir mittel- und langfristig an einem Strang ziehen und dafür werben, dass ein neuer Ansatz für mehr private und öffentliche Investitionen wichtiger denn je ist: Zum Wohle aktueller und vor allem auch zum Wohle zukünftiger Generationen. ■

# Angriff auf die Mitbestimmung bei Volkswagen

Von Antje Blöcker



☞ Dr. Antje Blöcker hat zu Arbeitsbedingungen und Industriestrukturen der Automobilindustrie geforscht und ist als Seniorin aktiv als IG Metall-Delegierte und beteiligt am Gesprächskreis Zukunft Auto-Umwelt-Mobilität der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Foto: © privat

Die weltweite Autoindustrie ist wieder einmal von multiplen Krisen geschüttelt. Die Absätze brechen ein, nicht aber die Produktionskapazitäten. Es bauen sich große Überkapazitäten auf. Bisherige Muster der globalen Arbeitsteilung ändern sich rapide. Liefer- und Wertschöpfungsketten verlagern sich in Richtung Elektromobilität und Digitalisierung. Handelspolitischer Protektionismus greift um sich. Mit diversen Strafzöllen wollen die bisherigen Weltauto-Regionen die eigene Industrie stärken, möglichst komplette Wertschöpfungsketten in der EU, in den USA und in China aufbauen. Die Krisen verlaufen raum- und zeitgleich, sie kommen aber in immer kürzeren Abständen. Das betrifft v.a. die deutsche Autoindustrie, die als Garant des bisherigen Exportmodells gilt. Die Schieflagen gibt es bei allen deutschen und europäischen Autokonzernen. Die Gründe dafür sind multikomplex, liegen auch in veränderten geopolitischen Konstellationen, die den Weg der für die deutsche Autoindustrie sehr erfolgreichen Globalisierung umkehren wird. Seit drei Jahren kommt es zu massivem Beschäftigungsabbau und Standortschließungen v.a. im Zulieferbereich. Auch einige Hersteller schließen Werke (Ford Saarlouis), reagieren wie stets mit „Sanierungsprogrammen“ zur Überwindung der Krise. Im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit steht v.a. Volkswagen, ein Unternehmen, das wie kein anderes für eine diversifizierte Qualitätsproduktion und für eine hohe Mitbestimmungskultur steht. Ca. alle

zehn Jahre kam es immer wieder zu massiven Krisen bei VW, die oft in harten Kämpfen stets in Kompromissen zwischen Kapital und Arbeit mündeten. Zeichnet sich ein Ende ab?

Viele Jahre haben die deutschen Autokonzerne BMW, Mercedes und VW (incl. Audi und Porsche) hohe Gewinne eingefahren und v.a. an die Aktionäre ausgezahlt, dabei sehr hohe Rückstellungen vorgenommen. Allein im Jahr 2023 wurden von den drei Konzernen 49 Milliarden Euro Gewinne eingefahren und ca. 250 Milliarden Euro Gewinnrückstellung verbucht (Krull 2024). Sie profitierten nicht nur vom wachsenden China-Markt, auf dem v.a. Premiumfahrzeuge Absatz fanden, sondern auch von zahlreichen Privilegien, die im deutschen Inlandsmarkt eine große Bedeutung (z.B. die Dienstwagen-Regelung) haben. Laut Finanzbericht der VW-Group (3. Quartal 2024) steht der VW-Konzern im globalen Wettbewerb insgesamt gut dar und blickt für den Rest des Jahres 2024 und bis 2026 zuversichtlich auf ein weiteres Wachstum. Das gelte für die Entwicklung an allen weltweiten 116 Standorten und auch für die europäischen Werke und deren erfolgreiche Produkte (mit Ausnahme der bereits beschlossenen Schließung des Audi-Werkes in Brüssel/Belgien im Jahr 2025).

Mit 237,3 Milliarden Euro liegen die Umsätze der letzten neun Monate über dem Vergleichszeitraum. Die operativen Gewinne sind dagegen um 21 Prozent gesunken, die Rendite liegt aber immer noch bei 4,4 Prozent, wenn alle Rückstellungen und Sonderzahlungen Berücksichtigung finden. Im PKW-Segment ist es nicht die Volumengruppe Brand Group Core (BGC, dazu gehören die Volumenmarken Skoda, Seat, Cupra, VW, leichte Nutzfahrzeuge der Marke VW), die im Gesamtkonzern für die gegenüber 2023 schlechteren Gewinnzahlen im Jahr 2024 verantwortlich ist, sondern v.a. die Gruppen Progressive (Marken Audi, Lamborghini, Bentley, Bugatti) und die Sport Luxury Group mit Porsche sowie die

Ergebnisse der VW-Joint-Ventures in China. Die VW Group Progressive brach gegenüber 2023 von 9,1 Prozent auf 4,5 Prozent, Porsche von hohen 18,8 Prozent 2023 auf 14,6 Prozent Rendite ein. Es geht also nicht um rote Zahlen, sondern um Gewinne, die den Kaptaleignern aber offensichtlich nicht genügen. Hinter dem VW-Konzern steht auf der Kapitalseite v.a. der Piëch-Porsche-Clan (Porsche Holding SE) mit 53,3 Prozent der Stimmrechtsanteile, das Land Niedersachsen mit 20 Prozent, das Emirat Qatar (17 Prozent) sowie Aktienstreubesitzer mit knapp 10 Prozent, auf der Seite der Arbeit stehen 683.000 Beschäftigte, mehr als 180.000 in Deutschland, davon über 130.000 bei Volkswagen in Deutschland. In Deutschland beträgt die Rendite nur noch 3,5 Prozent.

Diese nach wie vor schwarzen Zahlen stehen nun im Rampenlicht der aktuellen harten Auseinandersetzungen an allen zehn VW-Standorten, die weniger eine Profitkrise, sondern eine Beschäftigungskrise ist. Die Ursachen der angeblichen Schieflage sind vielschichtig, weisen aber auch viele hausgemachte Versäumnisse des VW-Managements auf. Erstens wird immer wieder die sehr späte Umstellung auf Elektroautos genannt. Die dann eingeführten Produkte waren in der ersten Generation sehr „schlecht gemacht“, mussten mit hohem Aufwand nachgebessert werden, waren deutlich zu teuer und hatten mit Blick auf eine funktionierende neue Software völlig versagt. Sie lagerten auf Halde, fanden kaum Absatz – dies nicht nur, weil sie sehr teuer sind, sondern weil mittlerweile andere Hersteller insbesondere Tesla, Renault und dann zunehmend chinesische Hersteller wie BYD etc. bessere und billigere Produkte anboten. Insgesamt hat die gesamte ID.Family (ID.3; ID.4; ID.5; ID.7), die an den VW-Werken in Zwickau und Emden bisher vom Band gelaufen ist, große Unterauslastung erzeugt. Das hatte zweitens mit dem Versagen des IT-Versprechens inkl. einer völlig neuen skalierbaren Plattform (SSP – Scalable Systems Platform) zu tun. Die Kosten für die Entwicklung bekamen die Verantwortlichen in Wolfsburg trotz mehrfacher Versuche, die eigens gegründete Tochtergesellschaft CARIAD ins Laufen zu bringen, nicht in den Griff. CARIAD ist samt Trinity und Campus VW

gescheitert (Boewe/Schulten 2024) und völlig unklar ist, wie die Zukunft der 6.000 IT-Experten aussieht. Ob das seit Mai 2024 gestartete Joint-Venture mit dem erst 2019 gegründeten E-Auto-Bauer RIVIAN mit bisher sehr hohen Verlusten, die von VW eingebrachten 935 Millionen Euro sowie das gleichzeitig mit viel Geld gegründete Joint-Venture mit dem E-Auto Start-up Xpeng in China, die IT-Problematik zu lösen vermögen, bleibt eine offene Frage. Offen ist auch, ob es gelingt, innerhalb des Konzerns im Zuge der internen Arbeitsteilung Verbesserungen der Skalenerträge zu erzielen, da die selbstständigen PKW-Marken Skoda, Seat, Cupra, Audi und Porsche Widerstand gegen angestrebte Gleichteile-Ziele leisten.

Diese drei Problemlagen zeichneten sich bei VW aber seit langem ab. Langanhaltende Exporte in die großen Weltmärkte China und Nordamerika haben die VW-Inlandswerke ausgelastet und für Beschäftigung gesorgt. Nun sind aber die Exporte seit einigen Jahren gesunken, die Auslandsproduktion übersteigt schon seit Jahren die Inlandsproduktion. Alle VW-Werke in Deutschland haben Auslastungsprobleme und stehen unter großem Druck auf der Beschäftigungsseite. Es sind massive Überkapazitäten entstanden, die nicht allein auf konjunkturelle, sondern v.a. auf strukturelle Problemlagen verweisen.

Auf Seiten der IG Metall und der VW-Betriebsräte ist von Tabubruch, von Kahlschlag und dem Ende der bisher kooperativen Konfliktbewältigung die Rede (Speidel 2024). Vor allem geht es um die im Oktober 2024 erfolgte Kündigung des „Tarifvertrags zur nachhaltigen Zukunfts- und Beschäftigungssicherung“, die es in der Geschichte von Volkswagen noch nie gegeben hatte. Die Zukunfts- und Beschäftigungssicherung war seit 1994 zentraler Bestandteil der Mitbestimmungskultur bei VW und wurde nie infrage gestellt. Flankiert von jährlich stattfindenden Standortssymposien und Investitionsplanungsrunden galt bisher stets: Keine betriebsbedingten Kündigungen. Bestandsgarantie für alle Standorte in Deutschland. Die erfolgte Kündigung ist ein Angriff auf die bisherige Mitbestimmungskultur bei VW und steht in diesem Beitrag im Vordergrund.

## Werksschließungen werden angedroht: Angriff auf die Mitbestimmung

Trotz der nach wie vor erzielten Gewinne setzt das VW-Management auf die Erhöhung der Rendite auf Kosten der Beschäftigung und kündigt am 25.09.2024 sechs Tarifverträge und legt wieder einmal ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm vor. Auch Werkschließungen sind nicht ausgeschlossen. Genannt werden drei VW-Werke: Osnabrück, Emden und Dresden. Aus gewerkschaftlicher und arbeitspolitischer Perspektive ist das am 25.09.2024 vom VW-Konzern vorgestellte „Ergebnisverbesserungsprogramm“, was eine Einsparung von zehn Milliarden Euro im Zeitraum von 2024 bis 2026 vorsieht, ein nie dagewesener Tabubruch (IGM 2024). Es ist zugleich ein großer Angriff an bereits gestartete Projekte des sozial-ökologischen Umbaus, der in erster Linie zu einem riesigen Vertrauensverlust in eine grüne Transformation innerhalb der VW-Belegschaften und entlang der gesamten Wertschöpfungskette geführt hat.

Die Liste der Maßnahmen, die das VW-Management am 27.10.2024 vorgelegt hat, zielt zunächst auf eine Einsparung von vier Milliarden der zehn Milliarden Euro, die von der Arbeitnehmerseite als „Giftliste“ betitelt wurde (IGM 2024 b). Der Haustarifvertrag gilt für die sechs Standorte der VW AG (Braunschweig, Emden, Kassel, Salzgitter, Wolfsburg), die VW-Töchter Financial Services, Immobilien sowie der dx.one GmbH mit zusammen 120.000 Beschäftigten. Gekündigt wurden zudem auch die Verträge zur Beschäftigungssicherung der VW Sachsen GmbH (Chemnitz, Dresden, Zwickau) mit 11.640 Beschäftigten sowie der VW-Osnabrück GmbH, wo 2.300 Menschen arbeiten. Gekündigt wurden die Tarifverträge zum Einsatz von Zeit- und Leiharbeit (organisiert über VW Group Services (zwischen 10.000 und 13.400 Arbeitsplätze), Wolfsburg AG und externe Anbieter (Leiharbeit), deren Laufzeiten ohnehin am 30.11.2024 auslaufen. Beschäftigte in Leiharbeit (ohne VW Group Services) waren stets die ersten Streichposten vergangener Restrukturierungsprogramme. Ihre Zahl ist aktuell an allen VW-Standorten quasi auf null heruntergefahren. Übernahmen, die in der Vergangen-

heit noch üblich waren, gibt es kaum noch. Das VW-Management fordert nun, in Zukunft nur noch Zeit- und Leiharbeitskräfte zu Bedingungen der Tarife der Leiharbeitsbranche zu beschäftigen, deren Entgelte in den letzten Jahren zwar gestiegen, aber immer noch deutlich unter den VW-Konditionen liegen. Der auch gekündigte Tarif Plus-Tarifvertrag betrifft Beschäftigte mit Experten- und Spezialfunktionen. Sie haben abweichend von der Kernbelegschaft höhere Arbeitszeiten, aber bessere Boni und diverse andere Vergünstigungen. Ziel ist es, die Boni in Zukunft an die tarifliche Erfolgsbeteiligung zu koppeln. Unklar blieb bisher, was mit dem Bestandsschutz für Beschäftigte passiert, deren Arbeitsverhältnisse vor 2005 begonnen haben, also unter den Haustarifvertrag I fallen.

Wenn sich die Tarifvertragsparteien am 21.11.2024 zur dritten Verhandlungsrunde treffen, werden die Belegschaften an allen VW-Standorten um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen und mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen dem VW-Management neue Ideen (etwa Arbeitszeitverkürzung, Managementbeiträge, Synergieeffekte) vorlegen. Sie wissen ja, dass es für die bloße PKW-Fahrzeugfertigung alter Art zu viele Kapazitäten gibt, die nur mit anderen Produkten ergänzt werden können. Aber es bleibt eine offene Verhandlungsrunde, in der sich die Stärke der deutschen Mitbestimmung selbstbewusst behaupten muss.

## Die Mär von „zu“ hohen Arbeitskosten

Immer wieder geraten die vom Management beklagten zu hohen Arbeitskosten in der Autoindustrie in den Mittelpunkt der Kontroverse um den gesamten Industriestandort Deutschland. Es ist von Kostenstrukturproblemen die Rede, von anhaltender De-Industrialisierung und Verlagerung an Standorte in Ost- und Südosteuropa, in Nordafrika, Südasien etc. Und in der Tat wurde verstärkt in bestehende und neue Produktionsstätten jenseits der deutschen Werke investiert. Oft wurde dies begründet mit zu hohen Energie- und Transportkosten, zu viel Bürokratie, Zugang zu Material- und Teilelieferanten, die ohnehin dort angesiedelt worden waren – nur am Rande ist von hohen Arbeitskosten die Rede.



Denn Arbeitskosten spielen in der automobilen Wertschöpfungskette mit einem Anteil von zehn Prozent (Montagen) bis 25 Prozent (Entwicklungsdienstleister) anders als in Zeiten der „Mischkalkulation“, eine untergeordnete Rolle. Nicht erwähnt wird oftmals auch, dass entlang der hierarchischen automobilen Wertschöpfungskette Global Player wie Bosch, ZF Tarifverträge haben und der M+E-Fläche, also dem Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie von Gesamtmetall (Arbeitgeber) und IG Metall (Arbeitnehmer), sprich Tarifvertragsparteien, unterliegen. Je weiter es nach unten in der Pyramide geht, minimieren sich die Tarifbindungen und die IGM-Organisationsgrade sinken rapide. Gerade bei Just-in-Time/Just-in-Sequence-Montage-Betrieben und in der Kontraktlogistik wird an sehr vielen Standorten nur der gesetzliche Mindestlohn bezahlt. Der Anteil der Leiharbeit ist hoch und gewerkschaftlich schwer organisierbar – nicht zuletzt, weil Leiharbeit z.T. tariflich deutlich besser bezahlt wird.

Das sind Probleme, die die IGM seit vielen Jahren beschäftigen, bisher aber kaum gelöst wurden. Von zuletzt 2,2 Millionen Mitgliedern der IGM gehören immerhin 35 Prozent zur automobilen Wertschöpfungskette. Neue Organisationsprobleme gibt es aber insbesondere in branchenfremden Unternehmen in der Wertschöpfungskette, wie nur zwei von vielen Beispielen zeigen:

Die knapp nur noch knapp 9.000 (von ehemals 11.500) Beschäftigten bei Tesla in Grünheide/Brandenburg haben zwar einen Betriebsrat, davon entfallen seit 2022 35 Prozent der Stimmen auf die IGM, die Mehrheit bilden managementgesteuerte Betriebsräte der ersten Stunde, mit damals nur knapp 2.000 Beschäftigten. Die Entgelte liegen etwas über der M+E-Fläche in Brandenburg, aber deutlich unterhalb des Branchendurchschnitts. Es gibt keinen Flächentarifvertrag. Hohe Arbeitsbelastungen, unangekündigte Mehrarbeit, intransparente individuelle Arbeitsverträge etc. haben dazu geführt, dass die IGM-Betriebsräte den Betriebsrat aus Protest vorerst verlassen haben

Die Beschäftigten des Batterieherstellers CATL/China in Arnstadt/Thüringen hatten

gerade erst einen Betriebsrat mehrheitlich mit IGM-Stimmen gegründet. Prompt kündigte die Geschäftsleitung im Oktober 2024 einer Angestellten, die für den Betriebsrat kandidiert hatte. In Arnstadt arbeiten etwas mehr als 1.850 Beschäftigte, darunter auch 500 Leiharbeiter. CATL bezahlt nicht nach Tarif, die Einstiegsgehälter liegen bei 15,- Euro.

Als Volkswagen und die IG Metall am 03.09.1948 den ersten Haustarifvertrag abgeschlossen, geschah dies noch unter der Kontrolle der britischen Alliierten der damaligen VW GmbH. Volkswagen wurde bekanntlich aus geplünderten Geldern der Gewerkschaftskasse 1938/1939 als Nazi-Fabrik „Kraft durch Freude“-Werk gegründet und stellte sehr bald auf Kriegsproduktion um. Ein VW-eigener Tarifvertrag war dieser Historie geschuldet, da bis zur Privatisierung von Volkswagen im Jahr 1960 die bis dato bundeseigene VW GmbH kein Mitglied der bundeseigenen VW GmbH im Arbeitgeberverband war. Ab diesem Zeitpunkt gilt auch das VW-Gesetz, dass dem Land Niedersachsen eine Sperrminorität im VW-Aufsichtsrat garantiert. VW-Gesetz und die hauseigenen Verträge konnten im Zeitverlauf durchweg bessere Konditionen als der Flächentarif erreichen. Das betraf auch die Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden ebenso wie mehr Jahresurlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und vieles mehr wie etwa die Verträge zur Vier-Tage-Woche (1992/1994) und die zur Auto 5000 GmbH (2001), bei denen es schon damals um drohende Arbeitsplatzverluste von jeweils 30.000 VW-Beschäftigten ging und die jeweils sehr kritisch innerhalb der IG Metall diskutiert wurden und letztlich mit erheblichen Entgeltseinbußen einhergingen. Erst von 2006 bis 2009 konnte über den VW-Zukunftstarifvertrag II/III mit der „Nachhaltigen Standort- und Zukunftssicherung“ sowie den Vereinbarungen zu den VW-Innovationsfonds I und II (Blöcker 2022) an frühere Erfolge angeknüpft werden, weil hier ausdrücklich die Belegschaften einbezogen waren. Die drei Standorte in Sachsen werden bis 2027 in den Haustarifvertrag stufenweise integriert. Über alle Krisenzyklen gilt, dass vereinbarte Konzessionen nie wieder eingefangen werden konnten.

Derzeit sollen laut „Giftliste“ alle Beschäftigungsgruppen auf 10 Prozent ihrer Entgelte verzichten. Diese Forderung des Managements ist eine Drohung, von der selbst der VW-Vorstand und die Kapitaleigner wissen, dass vor dem Hintergrund der Ergebnisse in der Metall- und Elektroindustrie (5,1 Prozent in zwei Stufen) die Belegschaften mit aktivem Widerstand reagieren werden.

Gerade bezüglich der VW-Entgelte wird oft wenig berücksichtigt, dass die VW-Belegschaften an den deutschen Standorten seit vielen Jahren zu Konzessionen bereit waren und fast immer deshalb Entgeltverluste hinnehmen mussten, weil Sonderkonditionen im Tausch verloren gingen. Wenn in der Öffentlichkeit auf hohe ergebnisorientierte VW-Boni verwiesen wird, wird z.B. oft nicht erwähnt, dass Urlaubs- und Weihnachtsgeld seitdem wegfallen sind. Wenn auf den gegenüber der M&E-Fläche höheren VW-Haustarifvertrag eingegangen wird, wird übersehen, dass es über Jahre hinweg, eine sehr starke Annäherung an den M+E-Flächentarifvertrag gegeben hat, die Differenz beträgt noch gerade 2 Prozent und berücksichtigt keineswegs, dass aufgrund der Werks-Unterauslastung fast an allen deutschen VW-Standorten Nacht- und andere Drei-Schichten komplett gestrichen worden sind, die zu erheblichen Monatsabzügen führen. Es gab zwar immer wieder auch Mehrarbeitszustimmungen auf Seiten der Betriebsräte, aber das Absinken der VW-Entgelte ist nicht mehr übersehbar. Nicht umsonst fallen die VW- und die Flächentarife-Vertragsverhandlungen zeitlich nahezu zusammen. Es sind also nicht die zu hohen Löhne bei VW, sondern die oft schlechten Entgelt-Bedingungen in der automobilen Wertschöpfungskette, die in Zeiten des Facharbeitsmangels dringend einer Änderung bedürfen. Denn gute Entgelte sind eine wertvolle Wertschätzung in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung.

### **Mitbestimmung wird schwerer: Zukünftige Tarifverhandlungen im Kulturwandel der Arbeit**

Sowohl für die veränderte geopolitische Lage als auch für die veränderten Wertschöpfungsketten aufgrund der Digitalisierung der

Produkte und Prozesse und des veränderten Antriebs gilt, dass damit ein erheblicher Kulturwandel von Arbeit einhergeht, der andere Kompetenzen erfordert und die VW-interne Struktur der Arbeit sehr verändert. Beschäftigte z.B. aus der geschlossenen Kunststofffertigung bei VW in Braunschweig sind für die Batterie-montage und Leistungselektronik aufgrund der über Jahre eingespielten „Lernunkulturen“ unter großen Schwierigkeiten qualifiziert worden.

Insgesamt geht der Anteil der sogenannten Shop-Floor (VW-Werkerinnen in der Produktion) seit Jahren zurück. So arbeiten in Wolfsburg von den zuletzt ca. 63.000 Werk-tätigen nur noch 17.000 Belegschaftsmitglieder in der Produktion. Deshalb ist es auch völlig unzulässig, Produktivitätsvergleiche mit z.B. Tesla in Grünheide anzustellen, da dort keinerlei Overhead wie F&E oder andere Zentralfunktionen anfallen.

VW-Beschäftigte werden intern in Richtung IT geschult, viele externe IT-Experten wurden rekrutiert. Das hat zu Aufwertung, aber auch zu Abwertung bisherigen Erfahrungswissens mit einer Androhung von Verlagerung standardisierter Verwaltungs- und Entwicklungstätigkeiten geführt. Große Empörung löste z.B. aus, als bekannt wurde, dass Dualstudierende nach Abschluss der Ausbildung direkt am Fließband mit einem Einstiegsgehalt von brutto 4.000 EUR und nicht wie im indirekten Bereich mit ca. 5.300 EUR übernommen werden sollten. Derartige Maßnahmen waren Teil der angekündigten Einsparmaßnahmen im indirekten Bereich von 20 Prozent. Da es sich zudem oftmals um neue VW-Töchter (etwa CARIAD/IT), PowerCo/Batterie/Brennstoffzelle) oder MOIA (Mobilitätsdienstleistungen) oder um Joint-Venture (VW-Northvolt, nun auch VW-Rivian und VW-Xpeng) handelt, müssen jeweils gesonderte Tarifverträge ausgehandelt werden, die sehr an die Situation Anfang der 2000er Jahre erinnern, wo mehr als 15 verschiedene VW-Tarifverträge (inkl. Autovision; 5000 GmbH, Autostadt GmbH etc.) zu einem Zerfransen der Tariflandschaft mit einem stark hierarchischen System vom Kern- bis zum äußersten Rand geführt haben und erst nach 2006 (Zukunftsvertrag II) zum Teil mühevoll wieder eingesammelt werden konnten. Heute steht vor allem die bisherige

Mitbestimmungskultur vor großen Herausforderungen, um die es neben den anderen Bausteinen des „Performance“-Programms geht und die im Mittelpunkt der hohen medialen Aufmerksamkeit stehen. Es gibt einen Tabu-Bruch, was die Kündigung der so wichtigen Beschäftigungssicherung angeht. Aber es zeichneten sich über die letzten Jahre bereits Brüche in der traditionellen qualitativen Mitbestimmungskultur, nicht nur bei VW, ab, die neue Haltelinien erfordern. Denn letztlich geht es nicht nur um eine doppelte, stark technologisch ausgerichtete Öko-Transformation der Autoindustrie, sondern in erster Linie um eine soziale und demokratische Wende, in der Arbeit als zentraler Wertfaktor an Stärke im Arbeit-Kapital-Natur-Verhältnis zurückgewonnen werden muss.

### **Industriepolitische Lösungskonzepte für Europa und Deutschland**

Nach den USA, Indien, Brasilien und der Türkei erhebt – wie eingangs erwähnt – seit dem 05.07.2024 auch die EU über die bereits geltenden, zusätzliche Einfuhrzölle auf in China produzierte Elektroautos. Strafen bei der Einfuhr von E-Autos in Höhe von 17 Prozent bis zu 38 Prozent wurden verhandelt und gelten nun seit dem 01.11.2024. Noch ist das ein offenes Ergebnis im veränderten Protektionismus-Gemenge, da es weder eine genaue Klarheit darüber gibt, welche E-Autos in welcher Art und Weise betroffen sein werden, noch darüber, ob es zwischen der EU und China zu neuen bilateralen Vereinbarungen kommen wird.

Die chinesischen E-Autos sind nicht nur deutlich billiger, weil sie vom chinesischen Staat über besondere Förderstrukturen subventioniert werden, sondern v.a., weil nahezu die gesamte Produktionskette in China vorhanden ist (etwa Rohstoffe, Batteriezellen, siehe oben) und sie deshalb über große marktliche Wettbewerbsvorteile verfügen. Diesen Wettlauf kann die EU auch mit Zöllen nicht gewinnen. Deshalb zielt die EU-Industriepolitik auf den Ausbau des Anteils der automobilen Wertschöpfung in Europa. Massiv gefördert werden nicht nur Batteriefabriken inkl. der Zellfertigung und Komponenten, sondern auch neue Chip-Produktionen – bislang mit sehr wenig Erfolg. Auch diesbezüglich

erscheinen Industriesubventionen kein Mittel zu sein, Arbeitsplätze in der europäischen Autoindustrie langfristig zu schützen. Das gilt insbesondere für Deutschland.

Bleiben die Senkung der vergleichsweise hohen Energiekosten, ein schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur, das bidirektionale Laden als Batteriespeicher sowie eine höhere Innovationsförderung für Zukunftstechnologien, um die KI-basierte Digitalisierung, die ja ebenfalls wegen extremer Rechnerleistungsbedarfe sehr hohe Energiekosten verursachen, als Ausweg? Diesbezügliche Vorschläge sind noch sehr dünn und unausgewogen. Die Debatte etwa um Industriestrompreise hat das deutlich gemacht. Absurd ist das von CDU/CSU, FDP, AfD und BSW geforderte Aus des Verbrenner-Aus in der EU ab dem Jahr 2035. Das ist nicht nur eine Verleugnung des menschengemachten Klimawandels, für den ja gerade der Autoverkehr maßgeblich verantwortlich ist, sondern diese Position wird weder – so zu hoffen – in der EU noch in Deutschland ein Mehrheit finden.

Demgegenüber kann eine Re-Vitalisierung der Prämien für E-Autos durchaus sinnvoll sein. In der Tat sind die Verkäufe von E-Autos seitdem rückläufig, was nicht nur deutsche Hersteller, sondern auch alle anderen Wettbewerber betrifft. Abwrack-Prämien wie im Krisenjahr 2009 und die Kaufprämien explizit für E-Autos können zwar kurzfristige Erfolge nachweisen, die strukturellen Probleme der Überkapazitäten aber nicht lösen und tragen zudem zu einem „weiter so“ mit immer mehr Autos bei. Institutionelle Autokäufer verfügen über derart viele versteckte Subventionen, die kein Hinderungsgrund zum Kauf von E-Autos sind. Prämien für Privatkäufer erwiesen sich als Privileg einer Käuferschicht, die zum Zweit- oder gar Drittauto, möglichst mit eigener Photovoltaikanlage, neigen. Mit einer fairen Mobilität für alle, hat das gar nichts zu tun.

### **Ausblick**

Für eine andere Industriepolitik, für eine aktive Sozialpolitik und für eine andere Gesellschaftspolitik steht ein breites Gewerkschaftsbündnis, das sich darauf beruft, dass ein fairer

Transformationsprozess und die Schaffung von guten Arbeitsverhältnissen kein Anhängsel der Klimapolitik, sondern integraler Bestandteil derselben ist. Für die Belegschaften an allen VW-Standorten ist dies die Prämisse, um Prozesse eines ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Wandels hin zu nachhaltigen Produktions- und Konsumweisen einzuleiten.

Das Auto als individuelles Fortbewegungsmittel wird im Modal-Split der Verkehrsmittel seine bisherige Dominanz verlieren und sich einordnen in ein Mobilitätssystem, das eine am Bedarf orientierte und bezahlbare Mobilität für alle sichert. Volkswagen wird auch diese Krise überleben. Eine andere Produktpolitik sowie eine faire Umverteilung der Gewinne werden dazu führen, dass sich wieder mehr Menschen ein kleines oder auch ein größeres VW-Familienauto kaufen können. Ein wichtiger Ansatz stellt die demokratische Konversion dar, die den betrieblichen und regionalen Umbau in Richtung gemeinwohl- und gebrauchsoientierter Produkte in fairen Produktionsweisen bei massiver Arbeitszeitreduzierung in den Vordergrund stellt. Das wird ein holpriger und schwieriger Weg, nicht zuletzt, weil in zahlreichen Betrieben der Autoindustrie rechtspopulistische Strömungen massiv gegen den menschengemachten Klimawandel agitieren und die Ängste der Belegschaften schüren. ■

### Quellen:

Boewe, Jörn/Schulten, Johannes (2024): Das Versagen der europäischen Autoindustrie. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/september/das-versagen-der-europaeischen-autoindustrie>

IG Metall Wolfsburg (2024): Vorstand legt Giftliste vor. <https://www.igmetall-wob.de/meldung/volkswagens-giftliste-offiziell-bestaetigt>

IG Metall Wolfsburg (2024a): Börsenexperten: VW-Quartalszahlen kein Argument für „Opfer von der Belegschaft“. <https://www.igmbi-vw.de/meldung/boersenexperten-quartalszahlen-kein-argument-fuer-opfer-von-der-belegschaft>

Krull, Stephan (2024): Tabubruch und Kräftemessen bei Volkswagen. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1186335.volkswagen-vw-management-plant-laut-betriebsrat-werksschliessung.html> (eingesehen 28.10.2024)

Speidel, Frederic (2024): Zäsur im mitbestimmten Unternehmen? In: Sozialismus, Nr. 10. 2024, S. 35-38

Volkswagen Betriebsrat (2024): Mitbestimmen! Extra. Oktober 2024. Wolfsburg

Volkswagen Finanzbericht (2024): Quartalszahlen 30.09. vom 29.10.2024. [https://uploads.vw-mms.de/system/production/documents/cws/002/809/file\\_de/216fb8a428be701afca8fe476100b2038599ae05/Q3\\_2024\\_d.pdf?1730264422](https://uploads.vw-mms.de/system/production/documents/cws/002/809/file_de/216fb8a428be701afca8fe476100b2038599ae05/Q3_2024_d.pdf?1730264422)

Volkswagen Group (2024): Tarifverhandlung. Medieninformation 120/2024. Wolfsburg. [file:///C:/Users/user/Downloads/Tarifverhandlung\\_Volkswagen\\_setzt\\_fuer\\_Zukunftssicherung\\_auf\\_Beitrag\\_der\\_Beschaeftigten.pdf](file:///C:/Users/user/Downloads/Tarifverhandlung_Volkswagen_setzt_fuer_Zukunftssicherung_auf_Beitrag_der_Beschaeftigten.pdf)

# Kant und Marx<sup>1</sup>

von Michael R. Krätke<sup>2</sup>

Zum hundertsten Todestag Immanuel Kants, im Jahre 1904, erschienen in der „Neuen Zeit“, der damals wichtigsten und einflussreichsten sozialistischen Zeitschrift in Deutschland und in Europa, etliche Gedenkartikel. In einem ungezeichneten Leitartikel mit dem schlichten Titel „Immanuel Kant“ wandte sich der Autor gegen die damalige Modeparole „Zurück zu Kant“. Kant kann für uns heute nicht mehr sein als ein Vordenker der bürgerlichen Aufklärung mit all seinen historisch bedingten Beschränkungen, erklärte er.<sup>3</sup> Damals war die Sozialdemokratie schon längst keine Sekte mehr, sondern eine soziale und politische Massenbewegung, mit einer eigenen Lebenswelt und Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Partei, die SPD, verlangten viele Opfer von ihren Funktionären, Aktivisten und Anhängern und konnten auf deren Loyalität zählen. Die Bewegung wie die Partei war „sozialistisch“, der Sozialismus, als Chiffre für eine andere und bessere Gesellschaft, galt unangefochten als gemeinsames Ziel. Ein Ziel, das in der Zukunft lag. Offiziell und programmatisch war die SPD, der politische Kopf der ganzen Bewegung, eine „marxistische“ Partei, der Marxismus galt unbestritten als die Parteidoktrin. Karl Kautsky, der Theoriestar der Partei, verwaltete seit Engels' Tod im Jahre 1895 das Marxsche Erbe allein – und er verwaltete es gar nicht schlecht. Als Marxisten hielten die führenden Leute der Partei wenig von moralisierender Kritik der schlechten Gegenwart,

auch wenn sie in prinzipieller Opposition zum Kaiserreich und zur bestehenden wilhelminischen Gesellschaft standen. Der Sozialismus galt ihnen als historische Notwendigkeit, die Marxsche Theorie gab die wissenschaftliche Erklärung, warum es mit dem Kapitalismus zu Ende gehen musste – wenn nicht in absehbarer Zeit, so doch auf die Dauer. Dennoch konnten sie nicht umhin, Moral zu predigen – die sozialistische Bewegung war eine Bewegung für eine bessere, gerechtere Welt, sie vertrat eigene Werte, auch gegenüber ihren Anhängern. Sozialdemokraten sollten durchaus bessere Menschen sein, ihren Lohn nicht versaufen, ihre Frauen mit Respekt behandeln, ihre Kinder nicht schlagen, auf Sauberkeit achten usw. Seit jeher hatten die unteren Klassen ihre eigene „moralische Ökonomie“, die etwa solidarisches Verhalten pries und rücksichtsloses, eigennütziges Verhalten verpönte. Ausbeutung – eine der Schlüsselkategorien der Marxschen Ökonomiekritik – war für sozialdemokratische Arbeiter in erster Linie eine moralische Kategorie. Sie hielten den Kapitalismus, wie sie ihn kannten, für zutiefst ungerecht und unmoralisch, ohne sich je in die Mehrwerttheorie vertieft zu haben. Daher schien vielen der Ruf, ja die Forderung nach einer zusätzlichen, einer ethischen Begründung des Sozialismus ganz plausibel. Wie anders ließen sich die Opfer rechtfertigen, die viele, Aktivisten, Funktionäre, einfache Mitglieder, brachten und damit auf ein gutes oder doch ein wenig besseres Leben für sich selbst im Hier und Heute für ein besseres, gutes Leben für viele andere in der Zukunft verzichteten. Was war im Blick auf das höhere Ziel erlaubt im Klassenkampf und was nicht? Darauf hatte die Sozialdemokratie – auch ohne Grundwertekommission – durchaus Antworten. Terrorismus, Attentate, Sabotage, gezielte Gewaltakte gegen Machthaber und Repräsentanten der bestehenden Ordnung verabscheute man, niemand rief zu Rachefeldzügen gegen die besitzenden Klassen oder zum Bürgerkrieg auf.

1 Der Artikel wurde aufgrund seiner Länge in zwei Teile geteilt. Der zweite Teil erscheint im Heft 1/2025.

2 Michael R. Krätke, studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft in Berlin und Paris, lehrte Soziologie in Berlin und Bielefeld und Politikwissenschaft in Kassel, war Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Amsterdam, an der Universität Lancaster (UK) und an der Tohoku Universität in Sendai, Japan. Von 2009 – 2011 war er Direktor des Institute of Advanced Studies in Lancaster. Gegenwärtig Emeritus und Professor für Politische Theorie an der Universität von Wuhan, VRChina. Hat neben zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelbänden etliche Bücher zur Politischen Ökonomie veröffentlicht und war an mehreren internationalen Forschungs- und Editionsprojekten beteiligt (u.a. an der MEGA2). Arbeitet seit vielen Jahren auch als Wirtschaftsjournalist für deutsche, schweizerische und französische Zeitungen. Lebt in Amsterdam.

3 Siehe O.V., Immanuel Kant, in: Die Neue Zeit, 22. Jg., I. Bd., 1903/04, Nr. 18, S. 553 – 559.

Den Sozialismus mit Kant neu zu begründen, Kant und Marx irgendwie philosophisch zu verbinden, das war die Idee einiger Akademiker, die die Schule des Neukantianismus in Deutschland begründeten. Marxisten waren keine darunter. Umso größer die Überraschung als Eduard Bernstein, einer der orthodoxesten Marxisten, Schüler und Freund von Marx und Engels, von Engels eingesetzt als Nachlassverwalter des Marxschen Erbes, in den Ruf nach mehr Kant auch in der Sozialdemokratie einzustimmen schien. Bernstein hatte in seiner gegen die orthodoxen Parteimarxisten und deren Deutung der aktuellen Weltlage – nicht gegen Marx und Engels – gerichteten Schrift über die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (zuerst 1899) sogar um einen neuen Kant gebeten: Der Sozialdemokratie, so schrieb er, tue ein neuer Kant not, „der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht, der aufzeigt, wo ihr scheinbarer Materialismus die höchste und darum am leichtesten irreführende Ideologie ist“. Ein solcher neuer Kant müsse gegen die Epigonen mit rücksichtsloser Schärfe bloßlegen, „was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer wert und bestimmt ist fortzuleben und was fallen muss und fallen kann“.<sup>4</sup> Offenkundig meinte Bernstein nicht eine neue ethische Begründung des Sozialismus im Kantischen Geist, sondern die notwendige Arbeit der Kritik, diesmal am Marxismus und an den Marx-Engelsschen Kategorien bzw. der von ihnen begründeten „historisch-materialistischen“ Denkweise. Dafür stand ihm der Name Kant. Nach dieser Provokation kamen auch die orthodoxesten Marxisten nicht mehr daran vorbei, sich mit Kant und Marx zu befassen. Bei Marx selbst wurden sie da nicht so rasch fündig, auch nicht bei Engels.

4 Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 217. Bernstein, das muss man im Blick auf seine zahlreichen falschen Freunde stets betonen, verstand sich immer, vor wie nach seiner offenen Kritik an der offiziellen Parteidoktrin als Marxist, den Stiefel des „Revisionisten“ zog er sich ebenso wenig an wie er dem Vorwurf seiner Gegner, er sei kein Sozialist mehr, irgendwelche Konzessionen machte. Bernstein, der Marx' Theorie (zutreffend) für unvollständig und unvollendet und (diskutabel, zum Teil auch treffend) für falsch oder unzureichend begründet hielt, wollte den Kern des Marx-Engelsschen Erbes nie preisgeben, trotz aller Kritik an den „Marxisten“ (vgl. dazu: Michael R. Krätke, Eduard Bernstein und der „Revisionismus“, in: Michael Krätke/Max Reinhard/Thilo Scholle/Stefan Stache (Hrsg), SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus, Baden-Baden 2021, S. 122 - 133.

## Kantianer waren sie nicht

Nein, als junge Männer waren Karl Marx und Friedrich Engels Hegelianer. Kant spielte an den deutschen Universitäten keine Rolle mehr, die Hochzeit des Kantianismus war um 1813 vorbei. Hegel und der Hegelianismus waren in den folgenden Jahren, nach Hegels Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie an der Berliner Universität 1818, große intellektuelle Mode geworden. Wer wie Marx 1818 oder wie Engels 1820 geboren war, der konnte sich als Student mit 19 oder 20 Jahren an den damaligen deutschen Universitäten dem Einfluss Hegels und der Hegelianer kaum entziehen. So ging es auch dem jungen Marx, der sich zunächst gegen Hegels Philosophie sträubte, deren „groteske Felsenmelodie“ ihm nicht behagte. Als enthusiastische Hegelanhänger teilten sie zunächst Hegels Sicht auf und Hegels Kritik an Kant und den Kantianern. Denn in Hegels Schriften taucht Kant immer wieder auf, Kant ist der Philosoph, auf dessen Werk Hegel aufbaute und den er kritisch überwinden wollte.

Allerdings begann Marx schon früh, den intellektuellen Übervater Hegel zu kritisieren und sich von ihm zu emanzipieren. Als sehr junger Mann, frisch in Jena mit einer Abhandlung über die griechische Naturphilosophie promoviert, arbeitete er an einer gründlichen „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, von der allerdings nur Teile und Fragmente erhalten geblieben sind; nur die Einleitung dazu wurde 1844 veröffentlicht. Darin kündigte er ein umfassendes Programm der Kritik an, von der Kritik der Religion bis zur Kritik der Politik.<sup>5</sup> Immer wieder kam er auf Hegel zurück, ohne jemals wieder eine größere oder kleinere Abhandlung über dessen Philosophie zu schreiben. In seiner langwierigen Arbeit am „Kapital“ experimentierte er gelegentlich mit Hegel entlehnten Argumentationsfiguren. Nach eigenem Bekunden hat er im ersten Band des „Kapital“ mit der Hegelschen Ausdrucksweise „kokettiert“, eine Koketterie, die er jedoch schon in der zweiten Auflage dieses Bandes von 1872

5 Siehe Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 378 - 391.

wieder aufgab.<sup>6</sup> Gegenüber den Zeitgenossen, die Hegel ebenso wie davor Kant zum toten Hund erklärt hatten, verteidigte er Hegel in den 1860er Jahren und später gegen den damaligen Zeitgeist. Aber Hegelianer war und wurde er nicht mehr.

Nach seiner Doktordissertation und nach einer langen Auseinandersetzung mit den Junghegelianern und mit dem von ihm zeitweilig hochverehrten Ludwig Feuerbach verlor Marx das Interesse an Philosophie, eine eigenständige Philosophie hat er nie entwickelt – und er hatte auch keinerlei Ehrgeiz in dieser Hinsicht. Auch wenn er gelegentlich andeutete, er würde gern einmal das „Rationelle“ an der Methode, die Hegel „entdeckt, aber zugleich mystifiziert hat“, allgemeinverständlich darlegen.<sup>7</sup> Dazu ist er leider nie gekommen. Wenige hingeworfene Notizen – wie die im Frühjahr 1845 in ein Notizbuch gekritzelt „Thesen über Feuerbach“ – sind als das zu nehmen, was sie waren: Hingeworfene Notizen, Stichworte zu Einfällen, Andeutungen oder erste Ahnungen von Gedanken, die noch des Durch- und Nachdenkens, der Ausarbeitung bedurften – und nicht als Kern einer „marxistischen Philosophie“, die es nur in der Phantasie marxistischer Philosophen gibt.<sup>8</sup> Nur gelegentlich, im Rahmen seiner naturwissenschaftlichen Studien kehrte er zu einigen Philosophen zurück, jedoch nicht zu Kant, auch nicht zu Hegel, sondern zu Leibniz oder Descartes. Erkenntnistheoretisch scheint er mehr für die Schriften von führenden Naturforschern seiner Zeit, wie des Biologen Charles Darwin und des Physikers Ernst Mach übrig gehabt zu haben als für die zeitgenössische Schulphilosophie.

## Was Kant und Marx gemeinsam hatten

Beide waren Berufsinтеллекuelle, Kant ein Vorkämpfer der Aufklärung, als deren Erbe

und Fortsetzer Marx sich sah. Beide teilten die Bewunderung, ja Verehrung für Jean Jacques Rousseau, die Rousseau-Lektüre hat beider politisches Denken stark beeinflusst. Beide waren von der welthistorischen Bedeutung der Französischen Revolution tief überzeugt, die Große Zeitenwende, die 1789 begann, bestimmte ihre Weltsicht. Beide wollten die Philosophie bzw. die Sozialwissenschaften ihrer Zeit revolutionieren, auch wenn Kant die Sozialwissenschaften noch ganz traditionell als Teil der Moralphilosophie und daher der Metaphysik sah. Beide betrieben das Geschäft der Kritik der herrschenden Denkweisen (in den Natur- und Sozialwissenschaften) und sahen darin ihre Lebensaufgabe. Ein politischer Aktivist und Revolutionär war Kant allerdings nie, auch wenn er sich in den Streit der Fakultäten und Wissenschaften mengte. Marx dagegen agierte des Öfteren als Politiker und Journalist, war aber imstande, sich rasch wieder in die Studierstube zurückzuziehen.

Kants philosophische Hauptwerke, geschrieben und veröffentlicht zwischen 1781 und 1790, sind allesamt mit „Kritiken“ betitelt und auch so gemeint: Als Kritiken der herrschenden Denkweise, als Versuche, die bisherigen Denkgewohnheiten zu überwinden. So die „Kritik der reinen Vernunft“ (1781/87), die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) und die „Kritik der Urteilskraft“ (1790). Marx' Hauptwerk „Das Kapital“, hieß im Untertitel „Kritik der Politischen Ökonomie“.<sup>9</sup> Der zentrale Strang dieser Kritik sollte die „Kritik der ökonomischen Kategorien“ sein, wie er seinem Freund und Rivalen Lassalle schrieb: „Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist Kritik der ökonomischen Kategorien oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt.“<sup>10</sup>

Kant arbeitete lange an seinen Kritiken, die „Kritik der reinen Vernunft“ kostete ihn zehn Jahre, obwohl er das Buch nach langer Vorarbeit dann in kurzer Zeit (etwa fünf Monaten) niederschrieb und danach wieder teilweise um-

6 Nur wenige Exzerpte und Notizen zu Hegels Werken von Marx' Hand sind erhalten. Das letzte kurze Exzerpt stammt aus dem Jahre 1862 und bezieht sich auf Hegels sogenannte „kleine Logik“, also die Darstellung der Logik, die Hegel in seiner „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“ gab.

7 Karl Marx, Brief an Friedrich Engels um den 16. Januar 1858, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1967, S. 260.

8 Engels hat diese Marxschen Thesen zuerst 1888 veröffentlicht, in einer leicht redigierten Fassung. Siehe Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 5 – 9.

9 Die erste Teilversion dieser Arbeit, die nur die ersten beiden Kapitel umfasste, hat Marx 1859 unter dem Titel „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ veröffentlicht.

10 Karl Marx, Brief an Ferdinand Lassalle vom 22. Februar 1858, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1967, S. 550.

arbeitete bzw. ergänzte für die zweite Auflage, die sechs Jahre später erschien. Marx quälte sich noch viel länger mit seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“, die ebenfalls drei bzw. vier Teile umfassen sollte. Er brachte sie nie zu Ende. Kant arbeitete seine Schriften um, allerdings nicht so fanatisch detailbesessen wie Marx, der bis zu seinem Tode insgesamt vier deutlich verschiedene Fassungen des ersten Bandes des „Kapital“ zustande brachte und weitere Fassungen vorbereitete, während er an den folgenden Bänden weiterarbeitete – und nie zu Ende kam.

Beide, Kant wie Marx, waren nicht zimperlich im Umgang mit ihren Zeitgenossen, sie kritisierten alle, verschonten niemanden. Kant hielt nicht viel von der akademischen Philosophie seiner Zeit, Marx hielt noch viel weniger von der Universitätswissenschaft seiner Zeit, für die zeitgenössische Ökonomie in Deutschland hatte er nur Verachtung übrig. Für beide gilt, dass der Erfolg ihrer Hauptwerke sich zunächst in Grenzen hielt. Beide hielten wenig von ihren Kritikern und reagierten kaum auf Einwände. Marx insbesondere wahrte ein geradezu erbittertes Schweigen gegenüber den frühen Kritikern seines Werks und wich allen Versuchen, ihn in eine öffentliche Debatte z.B. über seine Werttheorie zu verwickeln, hartnäckig aus. Kant immerhin hat seinen Ruhm noch erlebt, für Marx kam das erst lange nach seinem Tod. Kant bekam den „Kantianismus“ noch mit, die ersten mehrbändigen Ausgaben seiner Werke ebenso wie die ersten Kommentare und sogar ein regelrechtes Kant-Wörterbuch erschienen noch zu seinen Lebzeiten. Marx hat sich gegen den „Marxismus“ seiner Zeitgenossen heftig verwahrt – mit Ausnahme der Arbeiten seines Freundes Engels. Der Siegeszug des „Marxismus“, nicht an den Universitäten, wo er keine Rolle spielte, sondern in der sozialistischen Arbeiterbewegung, kam erst nach seinem Tode. Sein Freund Engels hatte daran den größten Anteil.<sup>11</sup> Doch regelrechte Werkausgaben

begannen erst lange nach Marx' und Engels' Tod zu erscheinen.

## Marx' Kant-Studien

Ob und wie gründlich der junge Marx Kants Schriften studiert hat, wissen wir nicht genau. Er hat ihn studiert, das bezeugen seine Briefe. Wie er 1837 an seinen Vater schrieb, hat er sogar ein eigenes System der Rechtsphilosophie entwickelt – „im Grundschemata“ an Kants Rechtsphilosophie angelehnt, doch „in der Ausführung gänzlich davon“ abweichend. Also dürfen wir annehmen, dass Marx auf jeden Fall den ersten Teil von Kants „Metaphysik der Sitten“ von 1797 gelesen haben muss, das Buch, in dem Kant seine Rechts- und Staatsphilosophie darlegte. Leider ist von diesem Marxschen Versuch nichts erhalten außer der Gliederung, die er seinem Vater mitteilte.<sup>12</sup> Notizen oder Exzerpte von Marx' Hand, die sich direkt auf Kants Werke beziehen, haben wir leider nicht. In seinen frühen philosophischen Exzerpten wird Kant nur wenige Male erwähnt. Aus den nachgelassenen Exzerpten von Marx sticht nur eins hervor, aus dem Jahre 1841: Da hat Marx „Notizen zur Geschichte der kantischen Schule“ aufgeschrieben, ein Exzerpt auf Karl Rosenkranz' Buch „Geschichte der Kantischen Philosophie“, das 1840 (als Band 12 der von Rosenkranz und Schubert besorgten Ausgabe von Kants sämtlichen Werken) erschienen war. Marx hat vor allem den dritten Teil exzerpiert, in dem Rosenkranz die Überwindung der kantischen Philosophie durch Hegel darstellte.<sup>13</sup> Marx' Kant-Studien sind also nicht dokumentiert. Das gilt allerdings auch für seine Hegel-Studien. Dazu sind nur wenige Exzerpte überliefert, obwohl wir wissen, dass Marx z.B. Hegels „Wissenschaft der Logik“ gründlich und mehrfach studiert hat. Exzerpte und Notizen zu dieser Hegel-Lektüre, falls Marx sie (seiner Gewohnheit folgend) angefertigt hat, sind nicht erhalten. Trotzdem war Marx unbestreitbar ein ausgezeichnete Hegel-Kenner.

<sup>11</sup> Auch wenn Engels für die späteren Entwicklungen bzw. Verwicklungen des Marxismus nicht verantwortlich zu machen ist. Da er beim Popularisieren der Marxschen Theorie durchschlagenden Erfolg hatte, wurden seine Schriften von den gnadenlosen Vereinfachern, insbesondere von den Amtswältern der späteren Staats- und Parteidoktrin des „Marxismus-Leninismus“ skrupellos ausgebeutet und oft genug verfälscht.

<sup>12</sup> Siehe Karl Marx, Brief an den Vater vom 10. November 1837, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1968, S. 3 – 12.

<sup>13</sup> Siehe Karl Marx, Notizen zur Geschichte der Kantischen Schule, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe, Bd. IV / 1, Berlin 1976, S. 277 – 288.



## Marx und Kant – ein Gespräch?

So hat Oskar Negt das Verhältnis der beiden gesehen, er machte daraus gar ein „Epochengespräch“.<sup>14</sup> Doch an einer Schwierigkeit kam auch er nicht vorbei. Marx und Engels sagen in ihren Schriften nicht viel über Kants Philosophie. Es gibt weder von dem einen noch von dem anderen detaillierte Auseinandersetzungen mit der Kantschen Philosophie. Was es gibt, sind Randbemerkungen, oft Wiederholungen von Einwänden anderer (z.B. Hegels) oder Versuche, Kant in Kurzform in seinen historischen Kontext zu stellen. Direkte Einflüsse von Kants Denken auf Marx (und/oder Engels) lassen sich – anders als bei Hegel – nicht nachweisen. So kommt man nicht umhin, in ihrem weitgefächerten Werk nach impliziten Bezügen zu Kant zu suchen. Solche Bezüge gibt es – trotz und gegen die herrschende Lehrmeinung im sogenannten Marxismus-Leninismus, wo Kant in der Regel als Haupt des deutschen Idealismus abgehettelt und erledigt wird, also als Jemand, mit dem die erklärten „Materialisten“ Marx und Engels gar nicht zu tun haben konnten.

Erstaunlich, aber wahr: Marx (wie auch Engels) verteidigen und preisen Kants philosophische Leistung. Marx folgt dem Urteil seines Freundes Heinrich Heine, der Kant in seiner Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland als „grosse[n] Zerstörer im Reiche der Gedanken“ rühmte. Kants Philosophie „war eine Revolution“ – und zwar eine heftige, Kant übertraf „an Terrorismus den Maximilian Robespierre“, so Heine.<sup>15</sup> Kants Philosophie sei mit Recht als die „deutsche Theorie der Französischen Revolution“ zu betrachten, schrieb der junge Marx, Kant gegen seine Kritiker verteidigend, 1842.<sup>16</sup> Implizit kann man in Marx' früher Hegel-Kritik (der Kritik der Rechtsphilosophie) einen Anklang an Kant finden: Geradezu heftig kehrt Marx sich dort gegen die Zumutung, sich losgelöst von aller Erfahrung auf die „Sache der Logik“ zu verlassen, statt streng der „Logik der

Sache“, d.h. eines konkreten empirischen Gegenstands, zu folgen.<sup>17</sup> In seinen wenigen Äußerungen zur Methode lassen sich auch Anklänge an Kants Darstellung des Erkenntnisprozesses in der „Kritik der reinen Vernunft“ finden. So, wenn Marx in seinen Thesen zu Feuerbach von 1845 gegenüber dem bisherigen, bloß „anschauenden Materialismus“, der die „sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis“ übersehen und vernachlässigt habe, die Leistung des Idealismus – Kant ist gemeint – rühmt, weil der „die tätige Seite [...] entwickelt“ habe, wenn auch nur „abstrakt“.<sup>18</sup> Das ist klar auf Kant gemünzt, der das Denken als Tätigkeit auffasst, die allererst „den rohen Stoff sinnlicher Eindrücke zu einer Erkenntnis der Gegenstände“ verarbeiten kann.<sup>19</sup> Auch Marx' Insistieren auf den „Grenzen der Dialektik“, seine (selbst)kritischen Bemerkungen über „Begriffskonstruktionen a priori“ kann man als impliziten Bezug auf Kant deuten. Der sieht die Grenze zum falschen Gebrauch der Dialektik überschritten, wo sie als „Organon zur wirklichen Hervorbringung [...] von objektiven Behauptungen gebraucht“ wird.<sup>20</sup>

Engels hat den Stolz auf die deutsche Philosophie „von Kant bis Hegel“ oft bekundet. Wir „deutschen Sozialisten“, schrieb er 1882 im Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe seines Bestsellers „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, sind stolz darauf, „von Kant, Fichte und Hegel“ abzustammen.<sup>21</sup> So reklamierte er das Erbe der klassischen deutschen Philosophie für die sozialistische Arbeiterbewegung (zumindest in Deutschland). Allerdings rühmte er Kant, den Naturforscher: Kant habe in seinen Schriften zur Kosmologie das physikalische Weltbild revolutioniert, indem er das stabile Newtonsche Sonnensystem ersetzte durch einen „geschichtlichen Vorgang:

17 Siehe Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 216 u.ö. Es handelt sich um ein umfangreiches Manuskript, entstanden im Sommer des Jahres 1945, das erst 1927 zum ersten Mal veröffentlicht wurde.

18 Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1968, S. 5.

19 Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft, in: Werke in zwölf Bänden, Bd. 3, Zürich 1977, S. 45. Diese Ausgabe ist textidentisch mit der von Wilhelm Weischedel herausgegebenen Werkausgabe in zwölf Bänden.

20 Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft, a.a.O., S. 104.

21 Friedrich Engels, Vorwort zur ersten Auflage [in deutscher Sprache] (18820], in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 188.

14 Siehe Oskar Negt, Kant und Marx. Ein Epochengespräch, Göttingen 2003.

15 Heinrich Heine, Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland (1834/35), in: Heinrich Heine, Historisch-Kritische Gesamtausgabe, Bd. 8 / 1, Hamburg 1979, S. 182, 190.

16 Karl Marx, Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 80.

in die Entstehung der Sonne und aller Planeten aus einer rotierenden Nebelmasse“. Er zog bereits die Folgerung, dass „mit dieser Entstehung ebenfalls der künftige Untergang des Sonnensystems notwendig gegeben sei“. Diese Kantische Theorie war „der größte Fortschritt, den die Astronomie seit Kopernikus gemacht hatte“, so Engels.<sup>22</sup> In Kants Entdeckung „lag der Springpunkt alles ferneren Fortschritts. War die Erde etwas Gewordenes, so musste ihr gegenwärtiger geologischer, geographischer, klimatischer Zustand, mussten ihre Pflanzen und Tiere ebenfalls etwas Gewordenes sein, musste sie eine Geschichte haben“.<sup>23</sup>

Bei aller Wertschätzung sind Marx und Engels Hegels Kant-Kritik weitgehend gefolgt. In einem ihrer ersten gemeinsamen Werke, dem Konvolut von Skizzen und Entwürfen, geschrieben in den Jahren 1845 bis 1847, heute bekannt unter dem Titel „Die deutsche Ideologie“, bestritten sie die Gültigkeit von Kants Moralphilosophie. Denn in seiner „Kritik der Praktischen Vernunft“ von 1788 hätten sich die deutschen Zustände am Ende des 18. Jahrhunderts gespiegelt. Zustände, in denen es die politisch wie sozial ohnmächtigen deutschen Bürger nicht weiterbrachten bzw. bringen konnten als bis zum „guten Willen“. Die Verwirklichung dieser guten Absichten habe Kant in seiner Philosophie ins „Jenseits“ verschoben. Kants guter Wille habe „vollständig der Ohnmacht, Gedrücktheit, Misere der deutschen Bürger“, die nie fähig waren, gemeinschaftliche, nationale Interessen zu entwickeln, widergespiegelt. Die „charakteristische Form“, die der auf wirklichen Klasseninteressen einer nationalen Bourgeoisie beruhende französische Liberalismus in Deutschland annahm, „finden wir wieder bei Kant“.<sup>24</sup> Der Spott über die Ohnmacht des guten Willens stammt von Hegel. Engels kam in seiner letzten philosophischen Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ 1888 darauf zurück.

Nun mit einer doppelten Kritik: an Kants Moralphilosophie und an Kants Erkenntnistheorie und mit einer Spitze gegen den Neukantianismus, der wissenschaftlich „ein Rückschritt“ sei. Hegel habe den Kantschen „kategorischen Imperativ“ bereits scharf und treffend kritisiert – als ohnmächtigen, guten Willen, „weil er das Unmögliche fordert, also nie zu etwas Wirklichem kommt“. Kants Moraltheorie bleibe „der wirklichen Welt gegenüber ohnmächtig“.<sup>25</sup> Kants Erkenntnistheorie sei de facto durch den Fortschritt der Naturwissenschaften im 18. und 19. Jahrhundert vollständig überholt worden. Denn die wissenschaftliche Praxis, das Experiment und die industrielle Anwendung wissenschaftlichen Wissens habe die Idee eines unfassbaren „Ding an sich“ widerlegt. Wenn wir die Richtigkeit naturwissenschaftlicher Hypothesen beweisen können, indem wir „ihn selbst machen“ und ihn unseren Zwecken „dienstbar machen“, werden aus „Dingen an sich“ „Dinge für uns“ und mit dem Kantschen „Ding an sich“ ist es zu Ende.<sup>26</sup> Die Neukantianer klammern sich daran, an „das Stück Kant, das am wenigsten verdiente, aufbewahrt zu werden“.<sup>27</sup> ■

22 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1968, S. 22, 52. Engels bezieht sich auf Kants „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“ von 1755.

23 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1968, S. 316.

24 Karl Marx / Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1969, S. 177, 178.

25 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1969, S. 281, 289.

26 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach, ebd., S. 276.

27 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1968, S. 332.

# Hat Europa ein Problem mit der Wettbewerbsfähigkeit?

von Arne Heise



☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Foto: © privat

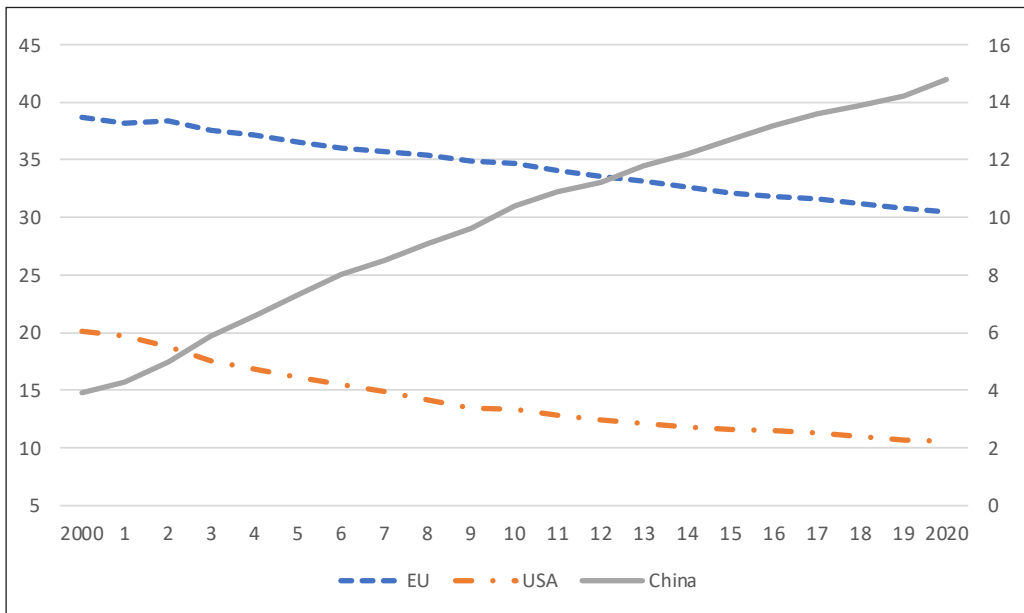
Deutschlands Wirtschaft stagniert, die EU zeigt ebenfalls nur wenig Wachstumsdynamik. Was sich als frohe Botschaft der Nachhaltigkeitsökonomik anhören könnte, die das Post-Wachstumszeitalter als einzige Chance zur Eindämmung der Klimakrise propagiert, wird in der (wirtschafts-)politischen Berichterstattung doch eher als Problem diskutiert –

und dies wohl zurecht, denn das gegenwärtige Null-Wachstum, dass tatsächlich mit einer Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen einhergeht, ist nicht etwa das Ergebnis einer gezielten wirtschaftspolitischen Strategie, sondern mutmaßlich das Resultat nachlassender Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU.

## Verliert die EU an Wettbewerbsfähigkeit?

Dies zumindest lässt die Entwicklung des Anteils der EU am Welthandel ebenso vermuten wie die langfristige Wachstumsentwicklung im Triadenvergleich: Abbildung 1 zeigt, dass über die letzten beiden Dekaden hinweg der Anteil der EU am Welthandel von fast 40 Prozent auf knapp über 30 Prozent gesunken ist. Dies ging einher mit einer Verdreifachung des Welthandelsanteils Chinas bei gleichzeitiger Halbierung des Anteils der USA.

Abbildung 1: Anteile am Welthandel, 2000 – 2020, in Prozent



Anmerkung: linke Skala: EU und USA; rechte Skala: China  
 Quelle: WTO; erstellt mit ChatGPT

Und Tabelle 1 offenbart die Wachstumsschwäche der EU: Stieg das BIP in der EU zwischen 2000 und 2020 nur um 1,4 Prozent pro Jahr, so wuchs es in den USA immerhin um 2,0 Prozent und in China gar um 8,3 Prozent jährlich.

**Tabelle 1: Entwicklung des BIP, 2002 - 2023**

Land/ Wirtschaftsraum	Durchschnittliche Jahreswachstumsrate
EU	1,4
USA	2,0
China	8,3

Quelle: OECD

Natürlich sind hier Qualifizierungen angebracht: Einerseits kann der exportorientierte industrielle Nachholprozess Chinas nicht ohne Verlust anderer Länder an Weltmarktanteilen bewerkstelligt werden – der Verlust an Anteilen an einem größer werdenden Markt muss also keineswegs als Schwäche angesehen werden. Und das geringe(re) BIP-Wachstum der EU muss auch vor dem Hintergrund eines rückläufigen Erwerbbspersonenpotentials in der EU relativiert werden. Vor allem aber hat der US-amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit auf Länder bzw. Ländergruppen wie der EU zumindest nicht in gleicher Weise und Konnotation anzuwenden ist wie für Unternehmen: Volkswirtschaften können – anders als Unternehmen – nicht pleitegehen und vom Markt verschwinden. Volkswirtschaften können die Rahmenbedingungen, unter denen wirtschaftliche Akteure, die auf ihrem Territorium tätig sind, (mit)bestimmen, Unternehmen in der Regel nicht. So müssen Unternehmen beispielsweise den Wechselkurs, der über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im globalen Weltmarkt entscheidet, hinnehmen, während Volkswirtschaften ihn – zumindest temporär – manipulieren können (was China intensiv nutzt) und Wechselkurse gleichen zumindest langfristig nominelle Preisdifferenzen

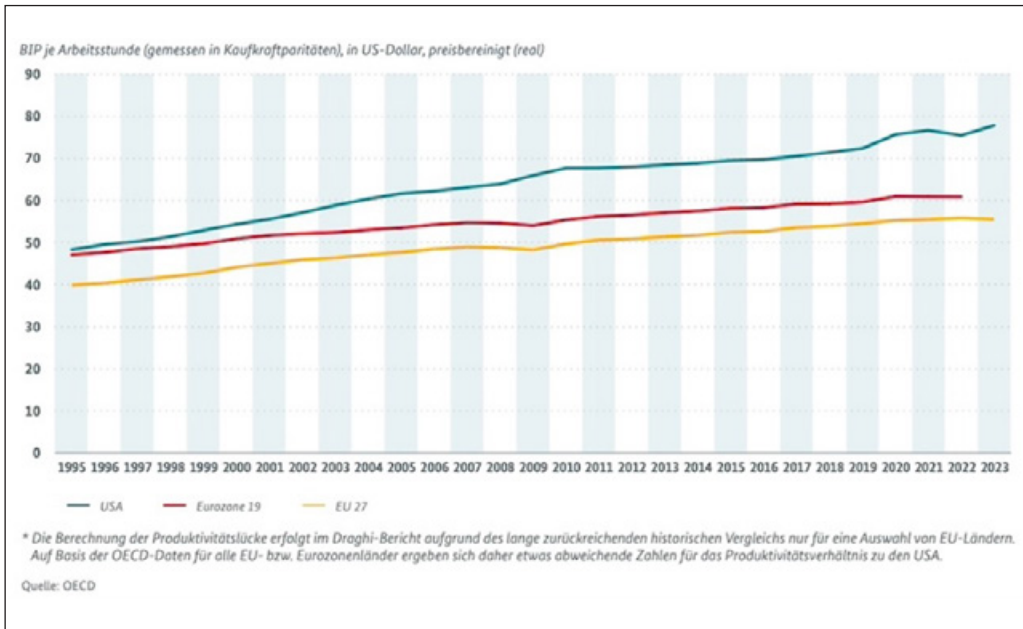
aus. Statt also von Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften zu sprechen, wäre es angemessener, deren relative Leistungsfähigkeit zu thematisieren.

### Der ‚Draghi-Report‘

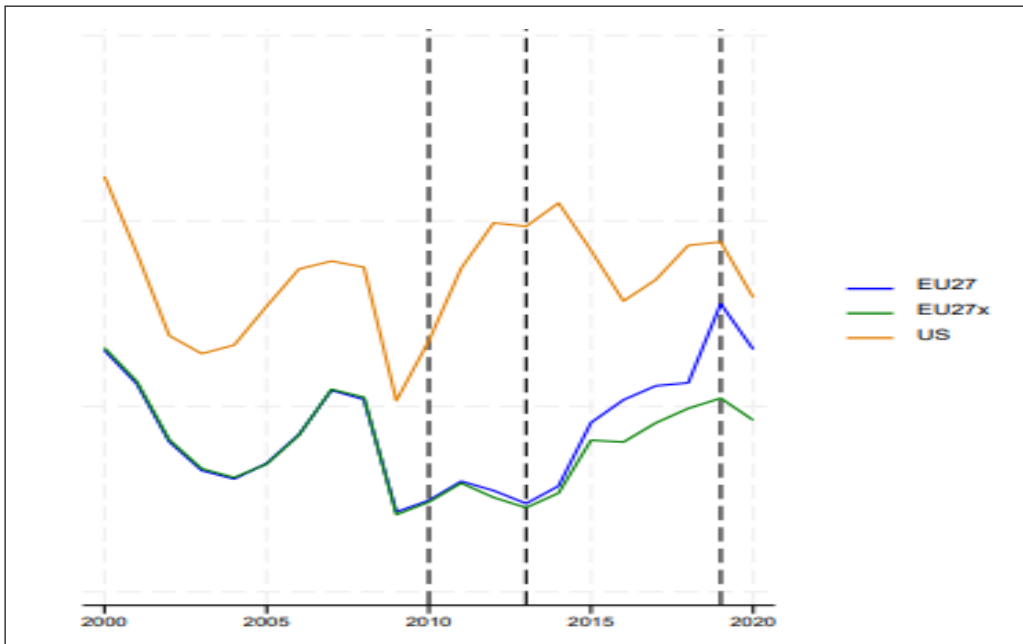
Unbeschadet dieser Überlegungen hat die EU-Kommission im Herbst einen unter der Federführung des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten und früheren EZB-Chefs Mario Draghi erstellten Report ‚Zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU‘ veröffentlicht, der vor den beschriebenen Entwicklung Chancen und Risiken der Wirtschaftsentwicklung in der EU im globalen Umfeld beschreibt.

Die relative Leistungsfähigkeit der EU (und Deutschlands), so beschreibt es der Draghi-Report, hängt wesentlich davon ab, inventions- und innovationsfähig zu bleiben. Es muss also darum gehen, nicht nur neue Produkte und Produktionsverfahren und -technologien zu entwickeln, sondern diese gegen die aggressive Industriepolitik insbesondere Chinas auch marktfähig zu machen und – anders als im Fall z.B. der Solarenergie – auch zu halten. Hier sieht der Draghi-Report die EU in verschiedenen Sektoren – insbesondere auch ‚sauberen‘ Sektoren wie der Windkraft, die für eine Nachhaltigkeitstransformation bedeutungsvoll sind – grundsätzlich gut aufgestellt, bemängelt aber auch eine sich bereits über längere Zeit auftuende Innovationslücke, die sich in relativ rückläufiger Arbeitsproduktivität (vgl. Abb. 2) gegenüber den USA zeigt. Als Gründe für diese Entwicklung wird gleichermaßen die relativ schwache produktive Investitionstätigkeit der Unternehmen (vgl. Abb. 3) und der öffentlichen Hand (Abb. 4) gesehen, die sich insbesondere im Vergleich zu China, aber auch gegenüber den USA zeigt. Investitionen sind Voraussetzung für Innovationen und hier zeigen sich Schwächen insbesondere in Informations- und Kommunikationstechnologien und hier wiederum besonders bei Investitionen in Forschung und Entwicklung – wofür u.a. der in der EU immer noch weniger entwickelte Markt für Wagniskapital verantwortlich gemacht wird.

**Abbildung 2:**  
**Arbeitsproduktivität in der EU und USA**



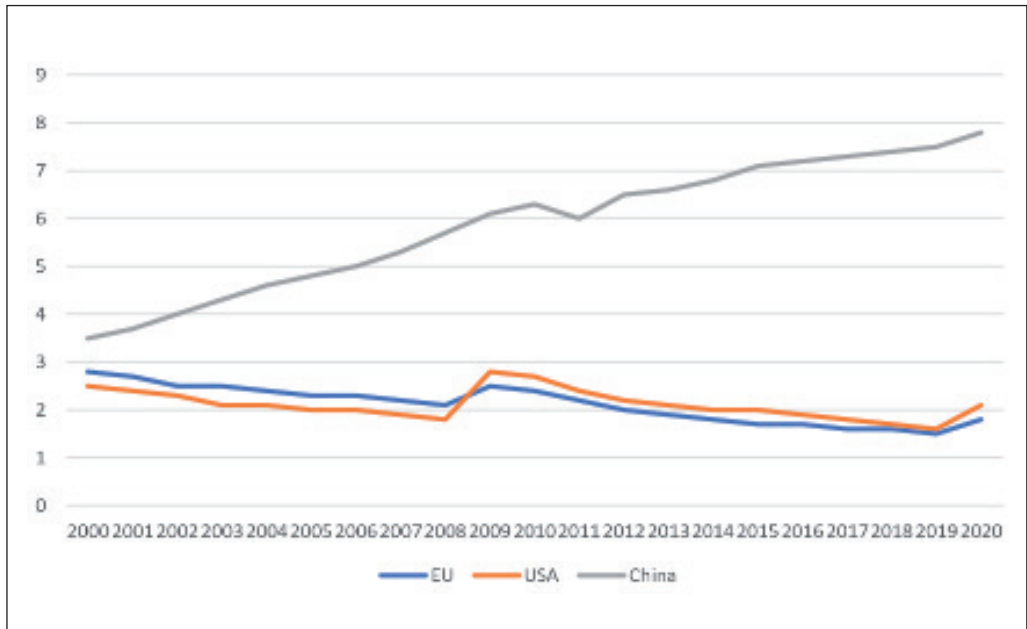
**Abbildung 3:**  
**Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (ohne Bauten'), 2000 – 2020, in Prozent des BIP**



Anmerkungen: EU27x = EU-27 ohne Irland

Quelle: D.Hanzi-Weiss und R.Stehrer; Dynamics in productive investment and gaps between the United States and EU countries; EIB working paper 2024/01, 2024, S. 10

**Abbildung 4:**  
**Entwicklung der Netto-Staatsinvestitionen, 2000 bis 2020 als Anteil BIP**



Quelle: OECD, IWF; erstellt mit ChatGPT

### Für eine neue Industriepolitik

Die Empfehlungen, die der Draghi-Report gibt, können durchaus als Zeitenwende interpretiert werden: Einerseits wird die Globalisierung nicht mehr als unausweichliche Tatsache angesehen, die durch entsprechende Anpassung als Chance zu betrachten ist, sondern es werden die geopolitischen Risiken ebenso thematisiert, wie anerkannt wird, dass einige Länder – namentlich China – in aggressiver Weise versuchen, den fairen Wettbewerb der standortgebundenen Länder zu untergraben und damit die relative Leistungsfähigkeit der EU (und Deutschlands) zu schwächen. Es wird eine neue Industriepolitik vorgeschlagen, die in besonderer Weise solche Branchen unterstützt, in denen die EU entweder bereits eine führende Rolle hat und die gleichzeitig als Schlüsselindustrien der grünen und digitalen Transformation angesehen werden können und solche Branchen, die aus geopolitischen Gründen zur Reduktion der Abhängigkeit von als unsicher angesehenen Ländern oder Welt-

regionen wichtig sind. Industriepolitische Maßnahmen können dabei gleichermaßen auf der Angebotsseite – z.B. durch Zuschüsse für Forschung & Entwicklung, Wagniskapitalförderung oder Marktzugangsbeschränkungen für ausländische Produkte – wie auf der Nachfrageseite – z.B. durch öffentliche Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen und grüne Energieversorgung – ansetzen.

Wenngleich der Draghi-Report perspektivisch mit dem starken Plädoyer für eine aktive und geopolitisch ausgerichtete Industrie- und Innovationspolitik in der EU neue Wege aufzeigt, die begrüßenswert sind, drückt er sich doch um eine konkrete Beantwortung der Frage herum, wie diese Strategie mit dem Problem umgeht, dass das BIP-Wachstum nicht vollständig von Treibhausgasemissionen entkoppelt werden kann. Das Dilemma, zwischen Steigerung der Leistungsfähigkeit und einer nachhaltigen Dekarbonisierung abwägen zu müssen, droht wieder einmal zugunsten der Leistungsfähigkeit entschieden zu werden. ■

# Was haben Lambsdorffpapier, Hartzreform und das aktuelle CDU-FDP-Narrativ gemeinsam?

## Wirtschaftspolitisches déjà vu: Mit Sozialabbau aus der Krise

von Michael Dauderstädt



☞ Dr. Michael Dauderstädt ist Publizist und Berater und war bis 2013 Leiter der Abteilung für Wirtschaft- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Foto: © privat

Konservative und liberale Politik und die sie wie üblich unterstützenden Medien beklagen seit Monaten Deutschlands wirtschaftliche Lage: Beim Wachstum hat es die rote Laterne, die Wettbewerbsfähigkeit ist gefährdet oder schon verloren, der Standort unattraktiv. Abhilfe kann nur eine angebotsorientierte Politik schaffen mit weniger Staat und mehr Markt sowie einem weniger großzügigen Sozialstaat, da er die Menschen von der Arbeit abhalte. Bis in die Wortwahl (die rote Laterne sah Hans-Werner Sinn schon<sup>1</sup>) erinnert das an zwei vorangehende Krisen, die ähnlich diagnostiziert und therapiert werden sollten.

1982 schrieb der damalige liberale Wirtschaftsminister Lambsdorff sein berühmtes Papier „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, das als Scheidungspapier der sozialliberalen Regierungskoalition unter Helmut Schmidt in die Geschichte einging. 20 Jahre später war es wieder so weit. Diesmal antwortete eine rot-grüne Regierung auf den Reformstau der Kohl-Regierung und die do-

minante Krisenpanik (Vorreiter: ifo-Präsident Sinn) mit den Hartz-Reformen der Agenda 2010. Wie sich die Bilder gleichen: Heute sehen die schwarzseherischen Kritiker der Ampel die Situation wieder genauso und holen die gleichen Rezepte aus der Mottenkiste. Der ehemalige Chefökonom der Deutschen Bank Thomas Mayer stellte im Interview<sup>2</sup> mit dem Deutschlandfunk am 29.07.2024 die aktuelle Lage ganz explizit in diese Dreier-Reihe. Am 01.11.2024 veröffentlichte Bundesfinanzminister Lindner sein „Lambsdorffpapier“ mit ähnlichem Titel „Wirtschaftswende Deutschland – Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit“ und ähnlichen Folgen: Sturz einer SPD-geführten Regierung.

Aber stimmten die Diagnosen überhaupt und halfen die Therapien?

Die drei Krisen unterscheiden sich eigentlich sehr deutlich vom weltwirtschaftlichen Hintergrund, wenn auch weniger in der Symptomatik: Anfang der 1980er litt Deutschland unter dem zweiten Ölpreisschock. Die sonst notorisch positive Leistungsbilanz geriet ins Defizit, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 7 Prozent (1982), das Wachstum brach ein, die Haushaltsdefizite stiegen auf über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Verschuldung auf fast 40 Prozent (1982). Um die Jahrtausendwende war Deutschlands Entwicklung von den Folgen der Wiedervereinigung und der Einführung des Euro gezeichnet, verbunden mit einer starken Überbewertung der DM bzw. im Euroraum. Die Arbeitslosigkeit war viel dramatischer (über 10 Prozent), das Wachstum schwächelte, die Staatsverschuldung und das Defizit verletz-

<sup>1</sup> Sinn, Hans-Werner (2002): Die rote Laterne - Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen, in: ifo Schnelldienst, 2002, 55, Nr. 23, 3-32

<sup>2</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-thomas-mayer-oekonom-zu-eu-defizitverfahren-und-konjunktur-dlf-addc0bda-100.html> (Zugriff am 09.09.2024)

ten die damals gerade neuen Maastricht-Regeln (3 bzw. 60 Prozent des BIP), wenn auch nur leicht. Die Leistungsbilanz, die nach der Vereinigung defizitär geworden war, wies ab 2002 wieder Überschüsse auf. Und heute? Deutschland traf ein Doppelschlag: erst die Pandemie, dann der Ukrainekrieg mit seinen Folgen in Form von Sanktionen, Inflation, Flüchtlingen und Mehrausgaben für Rüstung und Hilfe für die Ukraine. Dahinter droht dieses Mal ein komplexeres Krisensyndrom, welches das traditionelle Wachstumsmodell in Frage stellt: keine billige Energie, keine US-garantierte Sicherheit und kein langfristig stabiler Absatzmarkt China mehr. Aktuell kränkt zwar das Wachstum, aber die Arbeitslosigkeit bleibt relativ stabil bei 5 - 6 Prozent. Die Leistungsbilanz ist weiter deutlich im Überschuss, die Staatsfinanzen sind relativ gesund, auch wenn die Schuldenstandsquote durch die hohen Ausgaben in der Doppelkrise auf etwas mehr als 60 Prozent gestiegen war. Ungeachtet dieser Unterschiede wurden die Ursachen gern als hausgemacht beschrieben und im überbordenden Sozialstaat, Freizeitmentalität und zu hoher Belastung der Unternehmen durch Steuern, Löhne und Aufwände verortet.

Entsprechend sahen die Therapievorschläge aus: Rentenreform, Kürzungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen, „Entbürokratisierung“. Was geschah tatsächlich und hat es geholfen? Lars Feld, der Berater von Bundesfinanzminister Lindner, hat 2013, 30 Jahre nach dem Lambsdorff-Papier, dessen Folgen untersucht.<sup>3</sup> Aus liberaler Sicht beklagt er, dass die neue christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl zu wenig von den liberalen Forderungen umsetzte, im Kern nur einige Steuersenkungen. Der Sozialstaat blieb weitgehend unangetastet. Das Wachstum erholte sich trotzdem, mit deutlicher Verspätung auch die Staatsfinanzen. Auch die Leistungsbilanz wies wieder Überschüsse auf, wohl auch wegen des wieder sinkenden Ölpreises. Nur die Arbeitslosigkeit

blieb hoch, da die Produktivität schneller als die Nachfrage stieg.

Die 2003 bis 2005 ergriffenen Maßnahmen der rotgrünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder (Agenda 2010) konzentrierten sich auf den Arbeitsmarkt mit seiner schon lange hohen Arbeitslosigkeit. Die Effekte sind umstritten und wegen der schweren Finanzmarktkrise 2008 - 2010 auch nur verzerrt zu beobachten.<sup>4</sup> Mittelfristig entwickelte sich Deutschland zwar vom „kranken Mann“ zum „Superstar“, aber kurzfristig (bis zur Krise) blieb das Wachstum eher schwach, obwohl die Arbeitslosigkeit sank. Dies erklärte sich durch die Zunahme der Minijobs in dem wachsenden Niedriglohntektor, womit sich ein stagnierendes Arbeitsvolumen auf mehr und schlechter bezahlte Beschäftigte verteilte. Die Leistungsbilanz verbesserte sich deutlich dank schwacher Binnennachfrage und interner Abwertung (sinkende Lohnstückkosten). Der Staatshaushalt konsolidierte sich nur wenig, um in der Krise ab 2009 wieder massiv ins Defizit zu rutschen. Inwieweit die mittelfristigen Erfolge der deutschen Wirtschaft ab 2010 noch der Agenda-Politik zuzuschreiben sind, ist fraglich.<sup>5</sup> Sie beruhen eher auf eben dem exportorientierten Wachstumsmodell, das heute in Frage steht: Nachfrage aus China, billige Energie, Friedensdividende und Leben von der Substanz (unterlassene Staatsausgaben für Infrastruktur und Bildung). Das heute oft gehörte christlich-liberale Lob für die Agenda-Politik ist ideologisch geprägt und bewertet nicht die tatsächlichen Effekte. Zu denen zählen auch zwei weitere Folgen, nämlich die gestiegene Ungleichheit und Armut und – auf politischer Ebene – die Stimmenverluste der SPD an die 2007 gegründete „Linke“.

Wenn heute wieder der Freizeitpark Deutschland mit seinen sozialen Hängematten für schwaches Wachstum und sinkende Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich gemacht wird, ist es höchste Zeit, diese Jahrzehnte alten Argu-

3 Feld, Lars P. (2013): Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 13/9 (<https://www.econstor.eu/bitstream/10419/88112/1/772166285.pdf> Zugriff am 09.09.2024)

4 Dauderstädt, Michael und Dederke, Julian (2012): Reformen und Wachstum. Die deutsche Agenda 2010 als Vorbild für Europa? Wiso direkt (<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/09197.pdf> Zugriff am 09.09.2024)

5 Dustmann, Christian u.a. (2014) From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy, CDP No 06/14 ([https://cream-migration.org/publ\\_uploads/CDP\\_06\\_14.pdf](https://cream-migration.org/publ_uploads/CDP_06_14.pdf) Zugriff am 09.09.2024)



mentationsfiguren zu hinterfragen. Wer mehr Wachstum durch Lohnsenkungen und Sozialkürzungen erreichen will, will schlicht eine Umverteilung zugunsten des Kapitals. Tatsächlich hat sich das Wachstum in den beiden vergangenen Krisen vor allem durch höhere Nachfrage aus dem Ausland erholt. Darauf kann man sich in einer zunehmend protektionistischen Weltwirtschaft kaum verlassen. Stattdessen wäre ein anderes Wachstumsmodell angezeigt, das mehr auf die Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft und Gesellschaft abzielt. Deutschland braucht Investitionen – auch im Zeichen des Klimawandels – in die Infrastruktur, den Wohnungsbau, die grüne Transformation, in Bildung und Gesundheit. Das Modernisierungsprogramm der Ampel wies da in die richtige Richtung, entgleiste aber in der Ukraine Krise und kam wegen koalitionsinterner Konflikte auch nicht wieder in Schwung. Deshalb auf die falschen Rezepte der Vergangenheit zurückzugreifen bringt das Land einer Lösung aber nicht näher. Im Lindner-Papier findet sich wieder der alte Mix aus wirklichkeitsfremder Ideologie (Marktwirtschaft vs. Industriepolitik) und Umverteilung zulasten der Schwächsten: Steuersenkungen für Unternehmen und reichere Haushalte, weniger Geld für bedürftige Deutsche und Asylberechtigte sowie für den Klimaschutz.

So ist die Fokussierung auf das BIP-Wachstum schon lange fragwürdig, da das BIP wichtige Wohlfahrtsinstrumente wie Freizeit ebenso ausblendet wie negative externe Effekte, vor allem für die Umwelt. So zeigt etwa ein detaillierter aktueller Vergleich Deutschlands mit den gern als Vorbild präsentierten USA, dass die USA bei vielen Indikatoren der Lebensqualität schlechter abschneiden.<sup>6</sup> So ist die Zahl der Arbeitsstunden pro Beschäftigten in Deutschland mit unter 1.200 eine der niedrigsten in der OECD und deutlich niedriger als in den USA (über 1.400). Aber ist weniger Freizeit oder Zeit für Erziehung und Pflege in der Familie oder Ehrenamt gesellschaftlich erstrebenswert?

Ebenso löcherig ist die ökonomische Grundlage des Begriffs „Wettbewerbsfähigkeit“. Paul Krugman bezeichnete ihn schon 1994 als „gefährliche Obsession“.<sup>7</sup> Angesichts hoher Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands muss man schon gewisse Verrenkungen machen, um einen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit zu entdecken. Dann sind die Überschüsse Zeichen dafür, dass Deutschland mehr spart als investiert (was richtig ist) und dass es für Investitionen nicht attraktiv ist. Schon Hans-Werner Sinn musste, um seinen Befund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit mit der Realität starker Exporte in Einklang zu bringen, Deutschland zu einer Basarökonomie mit einem pathologischen Exportboom erklären.<sup>8</sup> Plausibler ergeben sich die hohen Ersparnisse in Deutschland als Ergebnis einer ungleichen Einkommensverteilung und diese sollten bei Bedarf vom Staat absorbiert werden, wie Carl Christian von Weizsäcker schon 2013 zeigte.<sup>9</sup> Doch davor bewahrt uns die Schuldenbremse, ein weiteres Relikt falschen ökonomischen Denkens, das auch der Kern des Lindner-Papiers und der Auslöser des Ampel-Endes ist. Dabei sind die von Lindner ins Feld geführten deutschen und europäischen Schuldenregelungen volkswirtschaftlich kontraproduktiv und setzen auf technokratische Indikatorenarithmetik statt auf eine demokratisch beschlossene und kontrollierte finanzpolitische Strategie, um langfristig Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern.<sup>10</sup> ■

6 Prieue, Jan (2024): Comparing living and working conditions - Germany outperforms the United States, IMK Study 91, ([https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008792](https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008792) Zugriff am 09.09.2024)

7 Krugman, Paul (1994) Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs Vol.73/ No.2 (<http://gesd.free.fr/krugman94.pdf> Zugriff am 09.09.2024)

8 Sinn, Hans Werner (2005): Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht? Berlin Econ

9 Von Weizsäcker, Carl Christian (2013) Vorsorge-Albtraum, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 93. Jahrgang, 2013 Heft 13 S. 7–15 (<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2013/heft/13/beitrag/der-vorsorge-albtraum.html> Zugriff am 09.09.2024)

10 Eine umfassende Analyse der Hintergründe und Folgen dieser Schuldenregelungen findet sich in Philippa Sigl-Glöckner (2024) Gutes Geld. Wege zu einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft, Köln Bastei Lübbe

# Sammelrezension: Rechtstheorie im Anschluss an Marx

von Thilo Scholle<sup>1</sup>

René Bohnstingl/Andreas Kranebitter/  
Linda Lilith Obermayr/Karl Reitter (Hrsg.)  
**Jahrbuch für marxistische  
Gesellschaftstheorie**  
#1: Staatskritik, Marxistisches Denken  
Mandelbaum Verlag, Wien 2022  
**321 Seiten, 20 €**

René Bohnstingl/Monika Mokre/Linda  
Lilith Obermayr/Karl Reitter (Hrsg.)  
**Jahrbuch für marxistische  
Gesellschaftstheorie**  
#2: Arbeitskritik und weiteres  
**284 Seiten, 20 €**

Andreas Fisahn  
**Repressive Toleranz und marktkonforme  
Demokratie**  
Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demo-  
kratie in der Bundesrepublik Deutschland  
PapyRossa Verlag, Köln 2022  
**709 Seiten, 39 €**

Linda Lilith Obermayr  
**Die Kritik der marxistischen Rechtstheorie.  
Zu Paschukanis' Begriff der Rechtsform**  
Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2022  
**284 Seiten, 39,90 €**

Matthias Peitsch  
**Prämissen der Rechtstheorie**  
Der Homo Juridicus und seine Kritik im  
historischen Materialismus  
Verlag Turia + Kant, Wien 2020  
**408 Seiten, 40 €**

Dirk Purschke  
**Der Rechtsgedanke bei Marx.  
Quellenstudien zu einer Entwick-  
lungsgeschichtlichen Rekonstruktion seiner  
Philosophie des Rechts**  
Walter de Gruyter Verlag, Berlin 2022  
**312 Seiten, 99,95 €**

Mike Schmeitzner (Hrsg.)  
**Die Diktatur des Proletariats**  
Begriff – Staat – Revision  
Nomos Verlag, Baden-Baden 2022  
**290 Seiten, 59 €**

Daniel Uhlig  
**Das Recht bei Marx und im Materialismus**  
Eine systematische Darstellung der Thesen  
materialistischer Rechtstheorien und ihrer Pro-  
bleme unter Berücksichtigung der wirtschaf-  
tstheoretischen und philosophischen Prämissen  
Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2020  
**412 Seiten, 99,90 €**

Carolina Alves Vestana  
**Das Recht in Bewegung. Kollektive  
Mobilisierung des Rechts in Zeiten der  
Austeritätspolitik**  
Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2022  
**285 Seiten, 39,90 €**

Tim Wihl  
**Aufhebungsrechte**  
Form, Zeitlichkeit und Gleichheit der  
Grund- und Menschenrechte  
Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2019  
**285 Seiten, 39,90 €**

Die Rolle von Recht und Staat spielt bereits seit den frühen Texten im Werk von Marx und Engels eine beachtenswerte Rolle. Eine ausformulierte Theorie von Recht und Staatlichkeit haben beide allerdings nicht entwickelt. In marxistisch orientierten Theoriedebatten der Arbeiter:innenbewegung über Funktion und Nutzen des Rechts für sozialistische Politik ging es vor allem darum, ob aus und mit dem Recht eigene Handlungsmöglichkeiten der Bewegung entstehen, oder ob Recht vollständig an die Funktion der kapitalistischen Ökonomie gebunden ist. Auch in aktuellen Versuchen einer Rekonstruktion und Aktualisierung marxistischer Rechtstheorie lassen sich diese Themen ausmachen.

<sup>1</sup> Thilo Scholle ist Jurist. Er lebt in Lünen und Berlin.

Ein interessantes neues Buchprojekt stellt das „Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie“ dar, das neben etwa einem Dutzend an Aufsätzen auch Rezensionen und weitere Beiträge enthält. In ihrem Editorial zum ersten Band halten die im Namen eines Redaktionskollektivs auftretenden Herausgeber:innen fest, das Jahrbuch solle Platz für alle schaffen, die an Marx und verschiedene Marxismen anknüpfen und diese weiterentwickeln wollen. Das Marxsche Denken solle nicht philologisch rekonstruiert werden, sondern den Hintergrund einer Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen bilden. Mit Blick auf den Schwerpunkt des ersten Bandes, „Staatskritik“, schreiben sie, der bürgerliche Staat könne als die politische Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden. Staatstheorie im engeren Sinne betreiben allerdings nur zwei Beiträge des Schwerpunkts. So schreibt Karl Reitter über „Elemente der Marxschen Staatskritik“ und Lukas Egger bietet „Thesen zu Rassismus und Staatlichkeit aus der Perspektive der materialistischen Staatstheorie“. Interessant ist der Beitrag von Emanuel Kapfinger zur „Rekonstruktion revolutionärer Theorie“, in der er für den deutschen Sprachraum fünf „typische Richtungen“ ausmacht – den „orthodoxen Marxismus“, die „linke Theorie“ im Sinne eines Projekts gegen Diskriminierung und für Solidarität, den „anti-autoritären Kommunismus“, die „kritische Philosophie“ insbesondere der Begriffsarbeit und den „Poststrukturalismus“. Der Autor legt sich selbst nicht auf eine Richtung fest, sondern plädiert vor allem für Arbeit an der Theorie sowie Organisation der Theorie – also Austausch und breiten theoretischen Diskurs. Lesenswert ist auch Gerhard Hanlosers Skizze zur Rezeption Eugen Dührings in den zeitgenössischen Rezeptionen der Sozialdemokratie. Deutlich wird die klare Haltung von Friedrich Engels gegen den im Werk Dührings wahrgenommenen Antisemitismus und die durchaus historisch relevante Rolle, diesen aus der Sozialdemokratie gedrängt zu haben. Ausdrücklich ohne Schwerpunkt kommt Band 2 des Jahrbuchs aus. Slave Cubela widmet sich unter der Überschrift „Totale Herrschaft und Produktion“ der Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert, und stellt die „totale Kontrolle“ über den Produktionsprozess in den Mittelpunkt der Darstellung. Sehr ver-

einfacht geht der Autor dann aber vor, wenn er für die 1920er Jahre Henry Ford als Vorbild der deutschen Sozialdemokratie ausmacht. Die Sozialdemokratie sei davon überzeugt gewesen, dass die Arbeiter in den großen Unternehmen eine Produktivkraftentwicklung voranbringen würden, die man in der angestrebten Wirtschaftsdemokratie nach Sozialisierung dieser Unternehmen zur materiellen Umverteilung hätte nutzen können. „Die Nationalsozialisten knüpften an die sozialdemokratische Vorstellung der deutschen Arbeit an“. Diese Verschiebung des analytischen Ausgangspunktes von einer eigentlich auch an Marx anschließenden Vorstellung, dass mit der Ausweitung von Produktion auch Ausweitungen der gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten einhergehen können, auf Henry Ford und den Nationalsozialismus überzeugt nicht.

### Staatsableitungen

Analytischer Ausgangspunkt für eine Reihe von Arbeiten bleibt das Werk des sowjetischen Theoretikers Eugen Paschukanis, insbesondere dessen „Allgemeine Rechtslehre des Marxismus“. Auch Linda Lilith Obermayr bezieht sich an zentraler Stelle auf das Werk Paschukanis und versucht, aus der zeitgenössischen „bürgerlichen“ Kritik an Paschukanis durch den Rechtstheoretiker Hans Kelsen einen Kern marxistischer Rechtstheorie zu entwickeln. Rechtstheorie in diesem Sinne müsse zugleich Rechtskritik sein, und – mit Bezug auf Paschukanis – eine Kritik der Rechtsform an sich. Anders als die Austromarxisten etwa habe Paschukanis eine gesellschaftliche Veränderung durch Veränderung des Rechts als nicht möglich erachtet. Auf dem Weg in eine sozialistische Gesellschaft werde das Recht letztlich absterben und andere Formen der gesellschaftlichen Aushandlung an seine Stelle treten. Letztlich würden sowohl Marx wie auch Paschukanis und Kelsen versuchen, „den Blick für die unverhüllte soziale Realität zu öffnen“. Zentral für Obermayr ist, dass Paschukanis nicht bei einer Kritik des Rechtsinhalts stehen bleibe und die Vermittlung der kapitalistischen Ausbeutung damit keine Frage der inhaltlichen Ausgestaltung des Rechts sei. Diese Erkenntnis folgt bei Obermayr allerdings nicht aus einem Abgleich mit jeweils konkreten

gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern aus einer im Band detaillierter entwickelten Lesart der Marxschen Methodik.

Daniel Uhlig versucht in seiner Monografie anhand der Marxschen Primärtexte sowie von einigen Exegeten, ebenfalls Elemente einer Rechtstheorie bei Marx und Engels freizulegen. Recht bzw. vor allem Rechtswissenschaft werde bei Marx eher als Ideologie verstanden. Die teils aus dem Marxschen Werk entnommene These von einem Absterben des Staates und einem Ende des Rechts in einer kommunistischen Gesellschaft sei in erheblichem Maße reduktionistisch. „Insofern bietet sich an, die Absterbethese eher als einen Fluchtpunkt aufzufassen. Die Absterbethese zielt auf Emanzipation. Sie formuliert mit der Überwindung jeglicher rechtlicher, mithin im Zweifel des Zwangs und staatlich vermittelter Gewalt bedürftiger Verhältnisse das – vielleicht in letztllicher Konsequenz unerreichte – Ziel, dem sich eine Gesellschaft durch einen Ausbau von Selbstverwaltung, Selbstregulierung und Selbstorganisation annähern kann, wenn sie sich dafür entscheidet. Insofern betont die These vom Absterben des Rechts vielleicht am eindringlichsten von allen Thesen der materialistischen Rechtstheorie das Interesse am Herrschaftsabbau.“ So bleibe die Rechtstheorie eng an die Ökonomietheorie gebunden und hier insbesondere an die Wertlehre. Nach ausführlicher Auseinandersetzung verwirft Uhlig insbesondere unter Bezugnahme auf das Werk Eugen Böhm-Bawerks die Marxsche Arbeitswertlehre, empirisch lasse sich das Wertgesetz nicht begründen, an die Existenz des Wertgesetzes gekoppelten Feststellungen fehle es damit an der Möglichkeit der Falsifizierbarkeit. Zu retten sei vielleicht die soziale Beziehung, die dem Wertbegriff innewohne: „Mit der Wertlehre gab Marx seiner moralischen Perspektive einen Namen.“ Ein Anschluss an Marx sei möglich, setze aber viele Schritte funktionaler und kausaler Beziehungen zwischen den theoretischen Kategorien des Historischen Materialismus voraus.

Einen ausgesprochen anspruchsvollen Ansatz der Entwicklung materialistischer Rechtstheorie stellt der Band von Matthias Peitsch dar. Ausgangspunkt ist die These, zentrale Elemente

materialistischer Rechtstheorie seien unter Bezug auf bürgerliche Rechtstheorien zu entwickeln. Bezugspunkte für das vorliegende Werk sind hier Texte von John Locke, Jean-Jacques Rousseau, Hans Kelsen und Daniel Loick, Hauptbezugspunkt mit Blick auf die Analyse und die Entfaltung marxscher Methodik ist für Peitsch Louis Althusser. Es gehe darum, die Evidenzen der anderen Rechtstheorien zu dekonstruieren und damit eine neue Problematik zu erschließen. Die Frage sei, ob der historische Materialismus mit den anderen existierenden Theoriegruppen gebrochen habe. Dabei gehe es auch um die – auch von Marx selbst – fälschlich angenommene Kontinuität von Begriffen. Zentral für Peitsch ist im Bereich der Klassenanalyse die Verwechslung von „interpersonaler“ mit einer „apersonalen“ Lesart. Die Produktionsverhältnisse dürften nicht als Konfrontation von Individuen verstanden werden. Das individuelle Dasein des Kapitalverhältnisses sei ein juristisches – und in der „juristischen Verwechslung“ würden Struktur und Element gleichgesetzt. Dies erkläre aber nicht, warum sich sonst das Recht als Form von dem gesellschaftlichen Verhältnis als Inhalt unterscheiden solle. Mit Blick auf das Recht gehe es gerade nicht um das autonome Zusammenleben von Individuen. Matthias Peitsch entfaltet seinen theoretischen Ansatz sorgfältig und präzise. Zugleich bietet er für nicht mit der Althusserischen Herangehensweise (oder ihrer Kritik) vertraute Leser:innen wenig Zugang zu seinem Stoff. Zudem stellt sich hier die – ähnlich wie bei den Bezügen auf Paschukanis wohl bereits im methodologischen Ausgangspunkt begründete – Frage nach dem Verhältnis der theoretischen Überlegungen zur jeweiligen empirisch fassbaren gesellschaftlichen Realität.

### **Staat, Recht und die tatsächlichen Verhältnisse**

Eine Rekonstruktion der Marxschen Rechtsphilosophie ist auch Anliegen der Monografie von Dirk Purschke. Dabei mustert er vor allem die Texte der ersten Schaffensjahrzehnte Marxs auf ihre rechtsphilosophischen Bezüge durch und kommt im Ergebnis zwar zu einer allgemeinen Methodik der Rechtsbetrachtung bei Marx, aber nicht zu einer konsolidierten

Theorie, die die Existenz von „Recht“ unmittelbar an das Bestehen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung binden würde. Das positive Recht lasse sich immer nur aus seiner historischen Bestimmtheit heraus erfassen und stehe in einem strukturellen Abhängigkeitsverhältnis zu den materiellen Lebensverhältnissen, also etwa in Bezug auf die vorherrschenden Eigentumsverhältnisse. Die Kritik des Rechts werde damit bei Marx in eine Theorie der Geschichte eingebettet. So werde etwa im Kommunistischen Manifest auch die Möglichkeit des Appells an das Recht im Kontext des politischen Klassenkampfes weiter angeschärft. Die weiteren genannten Beispiele wie etwa die Einführung des Zehnstundentags in England, die Einführung einer starken Progressivsteuer sowie die Abschaffung des Erbrechts stellten Forderungen dar, die ohne positivrechtliche Regelungen kaum denkbar scheinen würden. Eine strikte Kopplung des Rechts im Sinne eines Basis-Überbau-Modells findet sich für den Autor bei Marx hingegen nicht. Das Recht bewege sich zwischen dem Sein eines gesellschaftlichen Zustands des fremdbestimmten Zusammenlebens und dem Sollen einer Vergesellschaftlichung, die sich durch Selbstbestimmung und eine solidarische Gestaltung sozialer Spielräume der Individuen auszeichne. Letztlich halte Marx damit an einer „progressiven Bezugsdimension des Rechts“ fest.

Die Verbindung theoretisch-analytischer Arbeit mit einem Blick auf die konkreten Verhältnisse gehört zu den zentralen Ansprüchen des Bandes „Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie“ von Andreas Fisahn. Gegliedert sind die Kapitel in die recht groben Unterteilungen „Rechtsstaat“ und „Demokratie“, an die sich abschließende reflektierende Kapitel anschließen. Fisahn folgt der Einbettung des Rechts in die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, er sieht dabei auch die widersprüchlichen und teils gegenläufigen Entwicklungen, und vor allem nimmt er keine plumpen Ableitungen der rechtlichen Entwicklung aus den ökonomischen Verhältnissen vor: „Im Ergebnis werde ich zu zeigen ersuchen, dass der Rechtsstaat in der fordistischen Periode repressiver war als in der neoliberalen Ära, in der sich eine eigenartige Mischung aus Re-

pressivität und Toleranz, also repressive Toleranz entwickelt hat“. Im Anschluss an Hermann Heller entwickelt Fisahn das Bild der „sozialen Kohäsion“, für ihn die Schaffung eines „Wirkgeföhls“ um die Verfassung herum. Hart ist Fisahns Position zum Stand der Demokratie in der EU – und spannend die Frage, um welches Projekt herum auf europäischer Ebene „soziale Kohäsion“ entstehen kann. Fisahn mustert hier den auch auf EU-Ebene skizzierten „Green New Deal“ als zumindest über die Parteigrenzen hinweg akzeptiertes Kohäsionsprojekt durch, das zumindest in der Politik hegemonial werden könne. Eine die Perspektiven des globalen Nordens wie des globalen Südens berücksichtigende Perspektive lasse sich unter der Überschrift des „guten Lebens“ (als Ersetzung eines konsumorientierten Wohlstandsbegriffs) zwar denken, aber nur bei einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wirklich betreiben.

Der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ gehört bereits bei Marx und Engels zu den eher schillernden Begriffen. In der kommunistischen Interpretation wurde das Diktum zu einem der zentralen Begriffe der Staatstheorie. Eine Reihe spannender Einordnungen zu Begriffsgeschichte, Auseinandersetzungen und Verwendung des Begriffs sowohl in der sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung wie auch in den kommunistischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg enthält der von Mike Schmeitzner herausgegebene Sammelband. In seiner Einleitung verweist Schmeitzner auf die begriffliche Unklarheit bei Marx. Erst Lenin habe es dann unternommen, aus verstreuten einzelnen Bezügen auf den Begriff ein auf seine eigenen autoritären Partei- und Politikkonzepte bezogenes Konzept zu kreieren. Während etwa Karl Kautsky den Begriff als Klassenherrschaft im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie verstanden habe, hätten Lenin und Trotzki ihn im Sinne einer repressiven Parteidiktatur interpretiert. Sehr instruktiv sind bereits die beiden eröffnenden Beiträge von Wilfried Nippel und nochmals von Mike Schmeitzner jeweils zur Geschichte des Begriffs sowie zum Deutungskampf zwischen Lenin, Trotzki und Kautsky um den Begriff. Uli Schöler steuert zudem einen interessanten Beitrag zur Diskussion

über den Begriff bei den Menschewiken und insbesondere bei Julius Martow bei. Der zweite Abschnitt widmet sich lesenswert drei konkreten frühen Realisationsbeispielen: Russland, Ungarn und Bayern. Mit Blick auf die weitere Wirkungsgeschichte des Konzepts interessant ist zudem Nikolas Dörres Beitrag zum Eurokommunismus. Nicht ganz überzeugen kann Jan Claas Behrends Beitrag zu Stalin, da er dort durchgängig von einem feststehenden Begriff des „Marxismus“ sowie vom Denken eines „Marxisten“ auszugehen scheint und vor allem nicht wirklich klar macht, warum Stalin für ihn über alle persönlichen Lebensphasen hinweg in einem solchen Sinne „Marxist“ geblieben ist. Deutlich wird bei Lektüre des Bandes, das einen den Begriff „Diktatur“ rein instrumentell verstehende Variante bei Marx und Engels keine Basis finden kann – der Begriff aber letztlich weder analytisch noch normativ wirklich weiterhilft.

### Das Recht als politisches Kampffeld

(Sehr anspruchsvolle) rechtstheoretische Anschlüsse an Marx sucht auch Tim Wihl. Mit dem Begriff der „Aufhebungsrechte“ versucht er dabei, Möglichkeiten einer rechtsförmig werdenden demokratischen Politik zu beschreiben. Zentral ist dabei die Bedeutung des Prinzips der Gleichheit – stärker noch als die von Freiheit und Eigentum. Moderne Rechte seien ohne possessive Inhalte wie ohne freiheitliche Gehalte denkbar – aber ohne Egalität lasse sich nicht von modernen Aufhebungsrechten sprechen. Das egalitäre Zukunftsmoment des Rechts korrespondiere mit dessen Konstitutionskraft für die Aufhebungsrechte, das „diese Rechte eine progressive, gleichheitsorientierte Politik, die ihrerseits jede dem Begriff nach demokratische Politik durch eine zumindest fundamentale Fortschritts- und Gleichheitsorientierung gleichzeitig erst konstituiert.“ Krisen der Demokratie seien so auch Krisen der Aufhebungsrechte. Recht im Sinne der Aufhebungsrechte wird so zu einem Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung, die fortschrittliche Entwicklung immer wieder aufs neue antreiben kann.

Einen optimistischeren Blick auf die Möglichkeiten gesellschaftlicher Gestaltung durch

Recht wirft auch Carolina Alves Vestena. Staatliche und rechtliche Institutionen sieht die Autorin vor allem als Ausdruck sozialer Verhältnisse. Das juristische Feld konstituiere sich als „relational autonomer sozialer Bereich gegenüber den anderen sozialen Feldern“. Recht sei dabei strukturell widersprüchlich: Kollektive Akteurskonstellationen könnten sich im Kontext ihrer sozialen Kämpfe auf die Grammatik der etablierten Rechte berufen – allerdings nicht unmittelbar, sondern vermittelt über die juristischen Lehren. Als Praxistest ihres theoretischen Rahmens wählt die Autorin die Auseinandersetzungen in Portugal über die Durchsetzung bzw. Rücknahme der Austeritätspolitik in Portugal im Anschluss an die Finanzkrise seit 2007. Nach einer Zeit der sozialen Proteste hätte hier das Verfassungsgericht zumindest teilweise Anliegen der Protestbewegungen aufgenommen. Allerdings drückt sich dies auch nach Darstellung der Autorin nicht durch ausdrückliche Bezugnahmen auf gesellschaftliche Diskussionen in den entsprechenden Urteilen aus, so dass der Nachweis des theoretischen Rahmens nicht ganz gelingt. Etwas einfacher wäre hier vielleicht der – im Band nur gestreifte – Blick auf politische Parteien und ihre Arbeit an der Umsetzung gesellschaftlicher Mehrheiten in einen rechtlichen Rahmen.

Die Erkenntnis, dass die Entwicklung des Rechts immer auch mit Blick auf Veränderungen gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse beschrieben werden muss, ist eigentlich wenig überraschend. Da Recht gesellschaftliche Macht nicht einfach widerspiegelt, ist die Arbeit an der Frage, wie diese Beeinflussung konkret vonstattengeht, zentral. Die in den vorgestellten Bänden dargestellten Ansätze bieten dazu durchaus anregende analytische Ausgangspunkte – die allerdings überwiegend noch deutlich stärker mit Blick auf konkrete Beispiele angewandt und damit auch auf ihre tatsächliche Tauglichkeit überprüft werden könnten. Grundsätzlich spricht viel dafür, „Recht“ nicht unmittelbar an das Bestehen des Kapitalverhältnisses zu koppeln, sondern es im Sinne der Rekonstruktion marxischen Denkens bei Puschke und Fisahn als Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu begreifen. ■

# Rezension: Der Eurokommunismus

von Thilo Scholle<sup>1</sup>

*Francesco Di Palma/Walther L. Bernecker/  
Jean-Nums Ducange/Maximilian Graf/  
Irina Kasarina/Wolfgang Müller (Hrsg.)*

## **Der Eurokommunismus**

*Schlüsseltex te und neue Quellen*

*Metropol Verlag, Berlin 2024*

**310 Seiten, 24 €**

Die Entwicklungen des Eurokommunismus gehörten in den 1970er und frühen 1980er Jahren sicherlich zu den spannendsten theoretisch-analytischen Entwicklungen des europäischen Parteikommunismus. Geführt vor allem in den kommunistischen Parteien Italiens (PCI), Frankreichs (PCF) und Spaniens (PCE) entwickelte er in Abgrenzung zu den Vorgaben aus der Sowjetunion Strategien kommunistischer Politik innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates und bot so auch Anknüpfungspunkte für Debatten im linkssozialistischen Spektrum auch im deutschen Sprachraum bis hinein in die Diskurse im Umfeld der „spw“.

Ihre Einleitung beginnen die Herausgeber\*innen mit der in der Folge dann verneinten Frage, ob eine Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus aus wissenschaftlicher Sicht heute überhaupt noch lohne oder ob der Eurokommunismus nicht als überforscht zu betrachten sei. Ziel des vorliegenden Bandes sei, anhand von im deutschsprachigen Raum bislang schwach bis gar nicht rezipierten Schlüsseltexten und neu erschlossenen Archivalien politisch-historische Hintergründe, Akteure, Deutungen und theoretische Grundlagen dieser Strömung herauszustellen. Einen allgemeinen „Springpunkt“ für die Entwicklung der Theorie machen die Herausgeber\*innen nicht aus. Die Wege von PCI, PCF und PCE seien zwar durch „internationale Entwicklungen und transnationale Wechselwirkungen“ beeinflusst worden, hätten aber spezifisch-nationale Rahmenbedingungen gehabt. Die Autor\*innen weisen allerdings darauf hin, dass Palmiro Togliatti bereits kurz

nach dem Zweiten Weltkrieg erste Überlegungen zu „Einheit in der Vielfalt“ und jeweilige „nationale Wege zum Sozialismus“ öffentlich diskutiert habe.

Gegliedert ist der Band in fünf thematische Blöcke, die jeweils aus einer kurzen Einleitung eines der Herausgeber\*innen sowie den anschließenden Dokumenten besteht. Den Auftakt macht ein Abschnitt zum PCI von Francesco Di Palma. Interessant ist hier unter den Dokumenten beispielsweise ein Interview mit dem damaligen Parteiführer Enrico Berlinguer aus dem April 1975, in dem er sich klar auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der frühen Nachkriegszeit und ihren politischen Möglichkeitsraum als Ausgangspunkt für kommunistische Politikentwicklung bezieht. Der „Kampf für die Demokratie“ sei ein integraler Bestandteil eines Transformationsprozesses hin zum Sozialismus. In einem weiteren Interview aus dem Jahr 1979 unterstreicht er zudem den „Impuls zur Revolution“, der von den Ländern des Westens ausgehe. Zugleich deutet er sehr offen einen Stillstand bei der politisch-theoretischen Weiterentwicklung im Osten an. Den folgenden Abschnitt zur Politik der PCE leitet Walter L. Bernecker ein. Dabei diskutiert er auch die bei Zeitgenoss\*innen als ambivalent wahrgenommene Rolle des damaligen Parteichefs Santiago Carillo, die je nachdem eher als Handeln aus Überzeugung oder aus Opportunismus verstanden wurde. In einem in Auszügen abgedruckten Manifest der PCE aus dem Jahr 1975 heißt es: „Der Sozialismus wird in diesem Teil Europas nur durch die volle Entwicklung der Demokratie siegen und sich festigen können durch die Bekräftigung des Wertes der persönlichen und kollektiven Freiheiten, des Verzichts auf die Amtlichkeit einer Staatsideologie, bei gleichzeitiger demokratischer und dezentralisierter Gliederung, Parteienvielfalt, Gewerkschaftsautonomie, religiösen Freiheiten, Freiheit der Meinungsäußerung, der Kultur und der Wissenschaft.“ Dritte behandelte Partei ist der PCF, zu dem Jean-Numa Ducange die Einleitung beisteuert.

<sup>1</sup> Thilo Scholle ist Jurist. Er lebt in Lünen und Berlin.

Interessant ist etwa ein Text des Parteiideologen Jean Kanapa aus dem Jahr 1978, in dem dieser festhält, der Eurokommunismus sei keine Ideologie oder gemeinsame Parteilinie, sondern nehme die Vielfalt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ihres Landes ernst. Er sei auch keine Variante der Sozialdemokratie, deren Politik sich aktuell als Austeritätspolitik und Autoritarismus zusammenfassen lasse. Für ihn drücke Eurokommunismus das Streben der Werktätigen nach Sozialismus in Freiheit aus. Die letzten beiden Abschnitte widmen sich SED und KPdSU. Maximilian Graf präsentiert die Auszüge aus SED-Dokumenten, in erster Linie aus Gesprächsnotizen zum Austausch mit sowjetischen Vertretern. Diskussionen mit westdeutschen oder westeuropäischen Kommunisten sind in diesem Band nicht enthalten. Wolfgang Müller und Irina Kasarina schließen den Band sodann mit einem Überblick über Quellen der KPdSU selbst ab. Anders als bei den SED-Dokumenten geht es hier überwiegend um Gesprächsvorbereitungen und Notizen zu Diskussionen mit den drei westlichen eurokommunistischen Parteien selbst. Dass

die Sowjets die Theorie des Eurokommunismus durchaus ernst nahmen, zeigt etwa eine „Gedächtnisstütze“ für ein Gespräch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, mit dem Generalsekretär der PCF, Georges Marchais, aus dem Dezember 1975, in dem beispielsweise die Idee, nicht-kommunistische Parteien könnte so etwas wie uneingeschränkte Handlungsfreiheit zugebilligt werden, als höchst problematisch markiert wird.

Ein interessanter Band, der allerdings in Bezug auf eurokommunistische Theorieentwicklung nicht zu sehr in die Tiefe geht. Deutlich wird, dass es den beteiligten westlichen kommunistischen Parteien nicht nur um taktische Positionierungen ging, sondern durchaus um ernsthafte grundsätzliche Vorstellungen von einem demokratischen Weg zum Kommunismus. So ist der Band zwar keine Fundgrube für aktuelle theoretische Bezüge, sondern tatsächlich – wie von den Herausgeber\*innen auch selbst als Anspruch formuliert – ein interessanter Beitrag zur historischen Einordnung des Eurokommunismus in seinem eigenen (partei-) politischen Bezugsfeld. ■



# Für eine spw auf der Höhe der Zeit

von Thilo Scholle

**Liebe Abonnentinnen und Abonnenten der spw,**

**liebe Genossinnen und Genossen!**

Die spw besteht seit 1978. Sie hat bewusst an die gleichnamige Zeitschrift angeknüpft, die Paul Levi in der Weimarer Republik für die sozialistische Linke in der SPD herausgegeben hat. Ihr Anliegen war es von vornherein, kritische, internationale, programmatische Impulse in die Diskussion der SPD und darüber hinaus, von Gewerkschaften, Bewegungen und Initiativen einzubringen. Sie war eng mit dem Diskurs bei den Jusos und in der SPD verbunden, ohne sich darin und in Tagespolitik zu erschöpfen. Die Diskussion um die Herforder Thesen von 1981 und die 53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus von 1989 hat sie maßgeblich mitgestaltet. Von 1990 an hat sich die spw noch stärker für verschiedene sozialistische Linien geöffnet und hat mit „Crossover“ daran mitgewirkt, einen partei- und organisationsübergreifenden Diskurs zu organisieren. In dieser Zeit wurde auch der Verein für Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V. u.a. von Detlev Albers, Peter von Oertzen und Horst Peter als Plattform neben dem Verlag gegründet. An das Wirken von Peter von Oertzen haben wir im November im Rahmen einer gemeinsamen Tagung u.a. mit dem SPD-Bezirk Hannover erinnert und auch aktuelle Anschlussmöglichkeiten diskutiert. Mit den Kongressen rund um Fragen des digitalen Kapitalismus gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und weiteren Partnerinnen und Partnern konnten wir in den letzten Jahren zudem breite Debatten rund um die ökonomische Verfasstheit unserer Welt und mögliche politische und gesellschaftliche Antworten organisieren.

Kontinuierlich hat die spw über politische Entwicklungen, Programme und Theorien berichtet und sie kommentiert, im Heft, auf Tagungen, Kongressen und zunehmend online Foren der Diskussion geschaffen – immer

getragen vom Engagement ihrer Aktiven, finanziell und organisatorisch unabhängig von Staat und Partei, und darum zuverlässig kritisch und pointiert. Mit einem Orientierungsrahmen (abgedruckt in Heft 258) haben wir erst vor kurzem Diskursfelder abgesteckt, die wir vorrangig bearbeiten wollen.

Die politische, soziale, ökonomische und ökologische Krise bewegt uns. Krieg und Gewalt, kapitalistische Logik, autoritäre Politik, Ausbeutung von Mensch und Natur, soziale Ungleichheit nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft sind für uns nicht alternativlos. In den aktuellen Auseinandersetzungen wollen wir die Erfahrungen und langen Linien der Diskurse um demokratische sozialistische Politik und Wirtschaft einbringen und weiterentwickeln. Das ist für uns nicht Traditionspflege als Selbstzweck, sondern ein Aufheben für die Zukunft.

Die spw Redaktion/Verlag GmbH beendet ihre Tätigkeit zum Jahreswechsel und damit endet auch das Abo in seiner bisherigen Form. Die Zeitschrift spw wird es weiter geben, herausgegeben vom Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung. Alle Vereinsmitglieder erhalten die Zeitschrift in gedruckter oder digitaler Form, je nach persönlicher Präferenz.

Dieser Wechsel soll also weder das Ende der spw als Zeitschrift, noch als politischem Projekt bedeuten. Im Gegenteil. Die spw war nie Selbstzweck, ihr Anspruch ist, politische Debatten anzustoßen und zu fundieren. Die Beispiele anderer linker Zeitschriften in den letzten Jahren zeigen: „nur“ als reines Printprodukt wird dies nicht mehr funktionieren. Ein linkes Diskursprojekt benötigt eine starke Präsenz im digitalen Raum. Und es muss in den Formaten vertreten sein, die im digitalen Raum auch wahrgenommen und genutzt werden. Deshalb gilt zum einen: Alle Texte der spw werden als Open Access auch auf der Homepage zugänglich sein. Zum anderen werden

wir neue Formate etablieren. Das Umfeld der spw besteht aus vielen spannenden Menschen, engagiert in Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Bewegungen. Ihre Erfahrungen und Einsichten werden wir im Rahmen eines Podcast-Formats nutzbar machen und diesen Kreis stetig erweitern. Das Heft bleibt der Ort für die Weiterentwicklung der „langen Linien“ – mit Texten zur politökonomischen Orientierung und Debatte, die sich an anderen Orten kaum noch finden. Homepage und Newsletter werden der Ort, der kurzfristige Analyse und politische Intervention ermöglicht.

Wir möchten ein Projekt auf der Höhe der Zeit – inhaltlich und technisch. Die spw hatte immer den Anspruch, aktuelle politische Debatten und theoretisch-analytische Einordnungen aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Dabei waren und sind wir immer offen für aktuelle Anschlüsse und Impulse. Ein kur-

zer Blick auf die weltpolitische und ökonomische Nachrichtenlage unserer Tage, auf die Situation von Sozialdemokratie und politischer Linker insgesamt zeigt, wie wichtig das auch heute ist.

Das braucht freiwillige Mitarbeit und professionelle Unterstützung, kostet Zeit und Geld. Beides zu organisieren, ist die Aufgabe des Vereins. Ihr könnt das mit Eurer Mitgliedschaft, mit Beiträgen und natürlich auch mit Spenden möglich machen. ■

Mit solidarischen Grüßen

Thilo Scholle

*Thilo Scholle ist Jurist, und lebt in Lünen und Berlin. Er ist Mitglied der spw-Redaktion und Vorsitzender des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung*

## **In Erinnerung an Ulla Saß (27.07.1955 – 16.11.2024) spw-Geschäftsführerin 1990 bis 1996**

Die 90er Jahre waren eine für unsere Zeitschrift prägende Zeit, in der sich die spw zum Diskursorgan eines breiter angelegten sozialistischen Spektrums in der SPD entwickelte und zugleich für ein Crossover mit linken Strömungen anderer Parteien stand. In dieser Zeit und in diesem Sinne übernahm ein neues Team erfolgreich die Verlags- und Redaktionsgeschäfte. Ulla war daran als Geschäftsführerin und leidenschaftlich engagierte Genossin – u.a. mit sehr erfolgreichen Buchproduktionen – maßgeblich beteiligt. Wir trauern um sie.

*Redaktion und Geschäftsführung*

# spw

SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und  
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:  
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:  
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

**Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.**



[spw.de](http://spw.de)

# Hans **Böckler** Stiftung

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien



**JETZT BESTELLEN!**  
[BOECKLER.DE/HANS](https://boeckler.de/hans)



**HANS.**  
BÖCKLER NEWS

Aktuelle Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung, dazu Interviews, Portraits, Veranstaltungsberichte und die wichtigsten Termine: Das und mehr gibt's kostenlos alle zwei Wochen im HANS.